

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Jürgen Kocka
Ursachen
des Nationalsozialismus

Arno Klönne
Legendäres über die
Gründerzeit der
Bundesrepublik

Axel Bust-Bartels
Der Arbeiteraufstand
am 17. Juni 1953

ISSN 0479-611 X

B 25/80

21. Juni 1980

Jürgen Kocka, Dr. phil., geb. 1941, Studium der Geschichte und Politischen Wissenschaft; o. Prof. für Allg. Geschichte unter bes. Berücksichtigung der Sozialgeschichte, Universität Bielefeld.

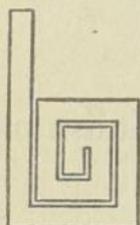
Veröffentlichungen u. a.: Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847—1914, 1969; Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914—1918, 1978²; (mit G. A. Ritter) Deutsche Sozialgeschichte. Dokumente II: 1870—1914, 1974; (mit G. Hohorst u. G. A. Ritter) Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, 1870—1914, 1975; Unternehmer in der deutschen Industrialisierung, 1975; Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie, 1977; Sozialgeschichte, 1977. Mithrsg. der »Kritischen Studien zur Geschichtswissenschaft« und von »Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft«.

Arno Klönne, Dr. phil., geb. 1931, Professor für Soziologie an der Universität/Gesamthochschule Paderborn.

Veröffentlichungen u. a.: Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland (zusammen mit D. Claessens und A. Tschoepe), 8. Auflage Düsseldorf 1978; Die deutsche Arbeiterbewegung — Geschichte, Ziele, Wirkungen, Düsseldorf 1980.

Axel Bust-Bartels, Dr. rer. pol., geb. 1947, Dipl.-Volkswirt, wiss. Ass. am Soziologischen Seminar der Universität Göttingen.

Veröffentlichungen u. a.: Zur Produktionsweise und Theorie der Übergangsgesellschaften (mit G. Stamatis), Gießen 1975; Die Entwicklung ausgewählter Arbeitsbedingungen in der DDR, in: Prokla. Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik, Nr. 27 (2/1977); Humanisierung der Arbeit — Einheit von Theorie und Praxis in der DDR?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/77; Herrschaft und Widerstand in den DDR-Betrieben (erscheint im Herbst 1980 in Frankfurt/M.).



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage »Aus Politik und Zeitgeschichte«;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage »Aus Politik und Zeitgeschichte« stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Ursachen des Nationalsozialismus

Ob man den deutschen Nationalsozialismus als eine Spielart des Faschismus oder eine Form des Totalitarismus begreifen soll, ist seit langem Streitpunkt in einer wissenschaftlichen Debatte mit politischen Obertönen. Wie sehr der Nationalsozialismus der Person Adolf Hitler, wie sehr er geschichtlichen Strukturen und Prozessen zugerechnet werden muß, ist Gegenstand einer anderen Dauerdebatte. Ein dritter, vor allem außerhalb der Wissenschaft geführter, Streit ging in der letzten Zeit um das Verhältnis von Sozialismus und Nationalsozialismus. Zu diesen Debatten soll am Schluß dieses Artikels kurz Stellung genommen werden.

Zunächst aber soll eine vornehmlich sozialgeschichtliche Erklärung des Nationalsozialismus vorgetragen werden, die auf einer Vielzahl von Einzelforschungen und Reflexionen der letzten Jahre fußt. Sie ordnet den Nationalsozialismus in lange Traditionen der deutschen Geschichte ein, ohne seine neue Qualität gegenüber dem Vorhergehenden zu leugnen und ohne die Notwendigkeit seines Aufstiegs zu behaupten. Sie unterscheidet zwischen langfristig und kurzfristig wirkenden Ursachen. Sie erlaubt die Einordnung des Nationalsozialismus im internationalen Vergleich. Und sie bietet eine Basis, um auch nach seinen sozialen Folgen zu fragen und damit eine Perspektive für die Interpretation der Bundesrepublik als eines nach-faschistischen Staates zu gewinnen.

I.

„Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“¹⁾ Dieses Diktum Max Horkheimers von 1939 hat in vielerlei Variationen in den Diskussionen der letzten Jahre eine große Rolle gespielt. Die These, daß auch der deutsche Faschismus eine Frucht der Krise des kapitalistischen Wirtschafts- und bürgerlichen Gesellschaftssystems war und mit einer gewissen Notwendigkeit aus dieser hervorging, wird in vielen einschlägigen Veröffentlichungen vertreten, ins-

¹⁾ M. Horkheimer, Die Juden in Europa, in: Zeitschrift für Sozialforschung, Jg. 8, 1939, S. 115—37, hier S. 116.

besondere von marxistischer Seite²⁾. Grob zusammengefaßt, sind es vor allem drei Zusammenhänge, die darauf hindeuten, daß eine solche These gewisse Berechtigung besitzt:

1. Kein Zweifel kann bestehen, daß der Aufstieg des Nationalsozialismus durch die Wirtschaftskrise um 1930, die selbst aus den inneren Widersprüchen des privatwirtschaftlichen Systems erklärt werden kann, deutlich gefördert worden ist. Die wirtschaftliche Wachstumsverlangsamung und die Reduzierung der Unternehmergewinne am Ende der zwanziger Jahre verschärften den Verteilungskampf und erschwerten den ohnehin schwierigen Verteilungskompromiß. Daß die letzte parlamentarische Regierung 1930 an einem sozialpolitischen Konflikt zerbrach, ist symptomatisch³⁾. Die strukturell bedingte, d. h. schon vor dem Niedergang der Konjunktur relativ hohe (1929:

²⁾ Z. B. in dem einflußreichen Taschenbuch: R. Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus — Faschismus, Reinbek 1971. Vgl. als Überblick über die theoretische Diskussion: W. Wippermann, Faschismustheorien, Darmstadt 2. Aufl. 1975; A. Kuhn, Das faschistische Herrschaftssystem und die moderne Gesellschaft, Hamburg 1973; R. Saage, Faschismustheorien, München 1976. — Eine sehr gute Auseinandersetzung ist: H. A. Winkler, Die „neue Linke“ und der Faschismus: Zur Kritik neomarxistischer Theorien über den Nationalsozialismus, in: ders., Revolution, Staat, Faschismus, Göttingen 1978, S. 65—117. Vgl. auch E. Hennig, Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland, Frankfurt 1977.

³⁾ Bekanntlich war der Streit über die Frage, wie das mit der Krise entstandene Defizit in der staatlichen Arbeitslosenversicherung zu decken sei, der Anlaß, der die Große Koalition sprengte, auf die sich die Regierung Hermann Müller stützte. Sie trat am 27. März 1930 zurück. Die auch Industrieinteressen vertretende Deutsche Volkspartei (DVP) wollte den bisherigen Versicherungsbeitrag von je 3,5% für Arbeitgeber und Arbeitnehmer beibehalten, die mit den Gewerkschaften eng verbundene SPD forderte eine Erhöhung auf 4%. Ein Kompromiß kam nicht zustande. Damit hörte das parlamentarische System auf zu funktionieren. Denn die nun folgenden „Präsidialkabinette“ unter Heinrich Brüning (ab 30. 3. 1930), Franz von Papen (ab 1. 6. 1932) und Kurt von Schleicher (ab 3. 12. 1932) konnten sich nicht mehr auf parlamentarische Mehrheiten stützen, sondern regierten mit der Autorität des Reichspräsidenten. Der Reichstag duldete das. Er war zu zerstritten, um sich auf eine von der Mehrheit getragenen Politik zu einigen. Vgl. K. D. Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalismus, Köln/Berlin 1969, S. 185—218.

9 Prozent) Arbeitslosigkeit, die 1932 die Zahl von knapp sechs Millionen oder 30 Prozent erreichte, der durch die Brüning'sche Deflationspolitik beschleunigte Lohn- und Gehaltsverfall seit 1930, der schließlich ausgeprägter war als der allgemeine Preisrückgang — all das war Ausfluß der Krise des privatwirtschaftlichen Systems und zugleich eine wichtige Bedingung des Aufstiegs des Nationalsozialismus.

Daraus resultierten Not und Enttäuschung, oft auch Hoffnungslosigkeit und Mißtrauen gegenüber den etablierten politischen Kräften. Dadurch lockerten sich die herkömmlichen politischen Bindungen und Identifikationen, wodurch eine neue Protestbewegung wie die Hitlers überhaupt erst die Chance der Massenwirksamkeit erhielt. Die Wirkungen der Krise erleichterten den Sieg des Nationalsozialismus auch dadurch, daß sie die Arbeiterbewegung, besonders die Gewerkschaften, in den Jahren 1929 bis 1933 erheblich schwächten. So nahm die Zahl der Streiks bei wachsender Not in diesen letzten Jahren der Weimarer Republik deutlich ab. Gewerkschaften und SPD fanden sich gezwungen, den Abbau der sozialen Leistungen und Lohnreduktionen stillschweigend zu tolerieren. Und als Papen und dann Hitler zu ungesetzlichen Schlägen auf sozialdemokratische Machtpositionen und schließlich zur Zerschlagung von KPD, SPD und Gewerkschaften ausholten, erhob sich kaum Widerstand, zeigte sich diese Millionenorganisation wie gelähmt. Darin kam etwas von der Demoralisierung und der Entmutigung dieser Krisenjahre zum Vorschein, die zur Erschütterung des Selbstbewußtseins, der Klassensolidarität und der im übrigen nie sehr ausgeprägten Kampfbereitschaft geführt hatten⁴⁾.

⁴⁾ D. Petzina, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977. Eine gute Einführung ist weiterhin: W. Fischer, Deutsche Wirtschaftspolitik 1918—1945, 3. Auflage, Opladen 1968. Wirtschaftsgeschichtlich im internationalen Maßstab: C. P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise, 1929/1939, München 1973. Zuletzt vor allem K. Borchardt, Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes. Vorabdruck aus: Bayerische Akademie der Wissenschaften, Jahrbuch 1979, München 1979, S. 1—47. Borchardt betont, wie klein der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum der deutsche Regierungen 1930—1932 gewesen sei. Er weist insofern die häufige Kritik der Historiker an Brüning's „Krisen-Management“ zurück. Solche Kritik zuletzt zusammengefaßt bei W. Jochmann, Brüning's Deflationspolitik und der Untergang der Weimarer Republik, in: D. Stegmann u. a. (Hrsg.), Industrielle Gesellschaft und Politisches System. Beiträge zur politi-

2. Einen zweiten Beleg für den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Krise und Faschismus kann man im politischen Verhalten der Kapitalbesitzer und Unternehmer sehen. Zweifellos hat sich nur eine Minderheit von Unternehmern auch nur einigermaßen mit dem Weimarer System identifiziert. Die meisten von ihnen standen dem Parlamentarismus und dem demokratischen Wahlrecht eher skeptisch gegenüber, sie kritisierten den Ausbau der Sozialpolitik, und sie lehnten den seit dem Kaiserreich stark gewachsenen gewerkschaftlichen Einfluß ab. Ihre mangelnde Unterstützung für die erste deutsche Republik war denn auch ihr wichtigster Beitrag zum Aufstieg des Nationalsozialismus. Die direkte Unterstützung der NSDAP durch Unternehmer und Unternehmergruppen war dagegen bis 1932 äußerst begrenzt. Sieht man von einzelnen wie Adolf Kirdorf und Fritz Thyssen ab, so bestand in der „Wirtschaft“ wenig Sympathie für die sozial-radikale Klein-Partei, die sich nicht ganz ohne Grund *national-sozialistisch* nannte. Die Finanzhilfen hielten sich auch noch nach 1930 sehr in Grenzen, besonders wenn man bedenkt, daß die großen Unternehmen und Unternehmerverbände meist mehrere Parteien (außer der KPD) finanziell unterstützten, um über mehrere Drähte gleichzeitig zu verfügen. Doch nahmen die Geldzuwendungen nach 1930 zu; und in den letzten Monaten vor der Machtergreifung scheinen besonders schwerindustrielle Gruppen, aber auch Bankenvertreter ihren Einfluß zunehmend für Hitler in die Waagschale geworfen zu haben. Weniger die Angst vor der KPD oder einer kommunistischen Revolution veranlaßte die Unternehmer dazu, mehr die Hoffnung, Hitler werde die Gewerkschaften und den Parlamentarismus zurückdrängen, die Ordnung wiederherstellen und wirtschaftspolitische Bedingungen schaffen, die es den Unternehmern erlauben würden, aus den

schen Sozialgeschichte, Bonn 1978, S. 97 ff. — Zur Geschichte der Gewerkschaften: M. Schneider, Tolerierung — Opposition — Auflösung. Die Stellung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu den Regierungen Brüning bis Hitler, in: W. Luthardt, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927—1933, Frankfurt 1978, Bd. 1, S. 220—280 (darin auch weitere wichtige Beiträge); R. Gates, Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Krise 1929—1933, in: H. Mommsen u. a. (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974 (Neudruck 1977), S. 206—225; sowie die Aufsätze von H. Mommsen, jetzt gesammelt in: ders., Arbeiterbewegung und Nationale Frage, Göttingen 1979, S. 345—383.

roten Zahlen herauszukommen und erneut zu expandieren. *Nachdem* die Partei eine mächtige Massenpartei geworden war, fand sie also die kräftige und nicht zu unterschätzende Unterstützung vieler Unternehmer, die dann — wie viele andere — auf diesen Wagen aufsprangen und die ihnen weniger zusagenden Aspekte der Bewegung nachsahen oder unterschätzten ⁵⁾.

⁵⁾ Zu diesem kontroversen Thema vgl. eine ostdeutsche Position bei E. Czichon, *Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik*, Köln 1972; eine Gegenposition vertritt H. A. Turner, Jr., *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft*, Göttingen 1972, bes. S. 9—32; ders., *Großunternehmertum und Nationalsozialismus 1930—1933*, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 221, 1975, S. 18—68. Dazu wiederum kritisch D. Stegmann, *Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929—1934*, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marx'schen Theorie*, Bd. 6, Frankfurt 1976, S. 19—91; ders., *Antiquierte Personalisierung oder sozioökonomische Faschismustheorie? Eine Antwort auf H. A. Turners Kritik an meinen Thesen zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Großindustrie vor 1933*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 17, 1977, S. 275—96. Jetzt wieder kritisch gegen Stegmann: V. Hentschel, *Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik*, Düsseldorf 1978, S. 102—138. Der unmittelbare Einfluß der Unternehmer auf die Entscheidungen 1930—33 wird m. E. von Czichon und Stegmann überschätzt, von Turner wohl am besten abgewogen und von Hentschel etwas unterschätzt (u. a. weil er die wirtschafts-, sozial- und parteiengesellschaftliche Einbettung unterläßt). — K. Borchardt, *Zwangslagen*, a. a. O., S. 13—23, hat der Diskussion indirekt eine neue Dimension insofern hinzugefügt, als er zeigen konnte, daß in der wachstumsgestörten Wirtschaft der Weimarer Republik die Verteilung zwischen Kapital- und Unternehmereinkommen einerseits und Löhnen, Gehältern und Sozialleistungen andererseits im Vergleich zu der Zeit vor 1914/18 und der Zeit nach 1933 bzw. 1945 außerordentlich ungünstig für Unternehmer- und Kapitaleinkommen war (als Folge von sozial- und lohnpolitischen Entscheidungen, vor allem am Anfang der Weimarer Republik). Damit hingen, so Borchardt, die weit unterdurchschnittliche Investitionsquote und hohe Arbeitslosigkeit zusammen. Er diagnostiziert eine Strukturkrise, so muß man folgern, in deren Licht manchen Unternehmer-Forderungen (z. B. nach Lohnabbau, längerer Arbeitszeit und Beschränkung der sozialen Leistungen) ökonomische Rationalität nicht abzuspüren ist und mancher Unternehmer-Widerstand gegen gewerkschaftliche Politik und Sozialstaat ökonomisch einsehbar wird. Natürlich läßt sich so weder erklären noch gar rechtfertigen (und Borchardt tut das auch nicht), warum Unternehmer schließlich mit der nationalsozialistischen Lösung der Krise sympathisierten. Über Borchardt hinaus wird man überdies fragen müssen, ob nicht in anderen Ländern (England zum Beispiel) ähnliche Verteilungsungleichgewichte bestanden, ohne daß die dortigen Unternehmer derart systemkritische Konsequenzen daraus zogen wie in Deutschland. Man wird überdies den generellen Befund von Borchardt sehr nach Branchen differenzieren müssen,

3. Drittens wird die These vom Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus gestützt, wenn man auf einige wichtige Ergebnisse nationalsozialistischer Politik 1933 bis 1939 blickt. Die organisierte Arbeiterschaft traf der Zugriff des sich etablierenden totalen Staats mit voller Kraft. Sie wurde aufgelöst oder in Gliederungen der NSDAP eingebaut. Das alte Führungspersonal wurde entmachtet, verfolgt, zum Teil vernichtet, jedenfalls ausgetauscht. Die Ideologie der Arbeiterbewegung wurde bekämpft. Wenn verschiedene faschistische Bewegungen etwas gemeinsam haben, dann ihre anti-sozialistische, anti-marxistische, anti-kommunistische Stoßrichtung und ihre anti-bolschewistische Kampfidologie. Selbständige, freie Gewerkschaften, Tarif- und Streikrecht hat noch kein faschistisches System toleriert. Im Vergleich dazu wurden die Unternehmerorganisationen mit Glacéhandschuhen angefaßt. Zwar kam es auch hier zu organisatorischen Umwandlungen; und in Konfliktfällen ließen die neuen politischen Führer wenig Zweifel, wer der Herr war. Doch gab es — sieht man von der sogenannten „Arisierung“, dem Verdrängen der Juden aus dem Wirtschaftsleben, ab — wenig Personalwechsel; die größeren Industriellen und ihre Organisationen behielten bemerkenswerte Selbständigkeit (im Vergleich zu anderen Gruppen). Im großen und ganzen kam das Wachs-

um zu sehen, ob wirklich ein enger Zusammenhang zwischen Lohn-Gewinn-Relation und Republikfeindschaft bestand. Durch solche Vergleiche wird man der Grundfrage näherkommen, ob die in Weimar gegebene Verteilung zwischen Arbeitseinkommen einerseits und Kapital- und Unternehmereinkommen andererseits zwingend zu der beobachtbaren unternehmerischen Investitionszurückhaltung führte (wie B. zu unterstellen scheint) bzw. ob diese (mit ihren nachteiligen Wachstums- und Beschäftigungskonsequenzen) nicht stark durch weitere Faktoren mitbedingt wurde, deren Veränderung ohne radikale Eingriffe in die soziale und politische Verfassung leichter vorstellbar ist als die von B. betonte Einkommens-Verteilungssituation. Zu denken wäre an *Unsicherheiten*, die von internationalen und außenwirtschaftlichen Störungen herrührten sowie an historisch durchaus veränderbare Gewinn-, Sicherheits- und Unabhängigkeitserwartungen, die die wirtschaftlich Entscheidenden dazu veranlaßten, eine investitionsfreudigeres Verhalten vielleicht an sich nicht ausschließende ökonomische Situation so *wahrzunehmen*, daß sie sich mit Investitionen derart zurückhielten und das System für derart untauglich hielten wie sie es offenbar zum großen Teil taten. — Vor der Klärung solcher Fragen wird man sich hüten müssen, Borchardts Thesen als sozialökonomische Erklärung eines notwendigen Zusammenbruchs der Weimarer Republik zu akzeptieren (wobei nicht ganz klar ist, ob sie eindeutig als solche gemeint sind).

tum der sich früh auf einen späteren Krieg ausrichtenden Wirtschaft sehr viel mehr den Unternehmern zugute als den Arbeitnehmern: Die Reallöhne hoben sich nur ganz langsam aus ihrem Tiefpunkt von 1932; viele Arbeiter waren zufrieden, überhaupt wieder Beschäftigung zu haben; mächtige gewerkschaftliche Organisationen fehlten, die eine Umverteilung zuungunsten der Arbeitnehmer hätten verhindern können. Viel stärker wuchsen die Einkommen aus Kapitalbesitz und Vermögen; die Gewinne und damit die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen nahmen zu ⁶⁾.

Von diesem Aufschwung profitierten die großen Unternehmen, deren Konzentration fortschritt, mehr als die kleinen, die Produktionsgüterindustrien mehr als die Konsumgüterindustrien, und am meisten von allen die rüstungswichtigen Großunternehmen wie die IG Farben, die Vereinigten Stahlwerke oder die großen Elektrokonzerne. Die Schwächung der Arbeitnehmer und die relative Stärkung der Unternehmer war auch in den einzelnen Unternehmen beobachtbar. Das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ von Anfang 1934 ließ keinen Zweifel an der Führerrolle der Unternehmer. Es degradierte die Betriebsvertretungen der Arbeiter zu relativ machtlosen, nur beratenden Organen, bestätigte allerdings auch die Eingriffsmöglichkeiten des Staates und der staatlich ernannten „Treuhand der Arbeit“.

Diese Schonung, diese Vorteile gewährten die neuen Herrscher den Kapitalisten und Unternehmern nicht aus Zuneigung und natürlich nicht etwa, weil sie die politischen Befehlsempfänger der wirtschaftlich Mächtigen waren. Sondern weil Hitler und seine Helfer ziemlich genau wußten, daß sie eine starke, effiziente Wirtschaft zur Erfüllung ihrer mittelfristigen und langfristigen Ziele brauchten, sowohl — zunächst — zur dringend notwendigen Behebung der Arbeitslosigkeit wie auch, später, zur Vorbereitung des Kriegs und zur

⁶⁾ Im Licht der Argumentation von Borchardt (siehe letzte Anmerkung) erscheint diese Umverteilung zugunsten der Kapital-, Besitz- und Unternehmereinkommen, die schon in der Krise vorangetrieben und unter der Herrschaft des Nationalsozialismus fortgesetzt und befestigt wurde, als ökonomisch notwendige Korrektur. Allerdings folgt aus Borchardts Analyse nicht, daß diese „Korrektur“ nur mit faschistisch-totalitären Mitteln möglich war und daß sie in dieser Form kommen mußte. Im übrigen siehe die kritischen Bemerkungen am Ende der letzten Anmerkung.

Erkämpfung von „Lebensraum“ und germanischer Herrenstellung ⁷⁾.

Es läßt sich also einiges dafür sagen, daß der deutsche Nationalsozialismus ein Produkt der Krise der damaligen kapitalistischen Wirtschafts- und bürgerlichen Gesellschaftsordnung war, wenn auch keineswegs bewiesen und eher unwahrscheinlich ist, daß die Macht ergreifung 1933 die einzige Möglichkeit war, um jene Krise zu überwinden. Zweifellos aber bestand auch eine der wichtigsten Wirkungen des NS-Systems darin, die wirtschaftliche und soziale Krise jenes Systems durch Terror und Repression, durch Propaganda und ökonomischen Aufschwung zu bändigen und durch vielerlei Staatseingriffe mitzuhelfen, die Wirtschaft anzukurbeln, ohne doch andererseits die Staatseingriffe — jedenfalls mittelfristig — soweit zu treiben, daß die privatwirtschaftliche Grundstruktur in Frage gestellt worden wäre.

II.

Trotzdem greift die Erklärung, die den deutschen Faschismus als eine notwendige Spätgeburt des Kapitalismus in der Krise analysiert, zu kurz. Sie repräsentiert bestenfalls die Hälfte der Wahrheit; d. h., sie ist falsch, wenn sie sich als die ganze Wahrheit ausgibt. Auch dafür, in aller Kürze, drei Gründe:

1. Es gibt eine ganze Reihe von zentralen Bestandteilen nationalsozialistischer Politik, auch Wirtschaftspolitik, die nicht als Folge kapitalistischer Interessen oder kapitalistisch-bürgerlicher Systemerhaltungsimpulsive hinreichend erklärt werden können. Zum Beispiel: Die Forcierung der Rüstung nach 1936 führte zu Ansätzen einer Staatsverwaltungswirtschaft und zur Anspannung des Arbeitsmarktes in einem Ausmaß, das auch mächtigen Interessenvertretungen der Industrie keineswegs genehm war und deren Wi-

⁷⁾ Als Einstieg informativ und zuverlässig die einschlägigen Abschnitte von K. Borchardt u. W. Fischer, in: H. Aubin u. W. Zorn (Hrsg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 703—720, 817—832 (mit ausführlichen Literaturangaben). T. W. Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1975; A. Schweitzer, Big Business in the Third Reich, Bloomington 1964; C. Bettelheim, Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus, München 1974; A. S. Milward, Die deutsche Kriegswirtschaft, 1939—1945; D. Swatek, Unternehmenskonzentration als Ergebnis und Mittel nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik, Berlin 1972; eine DDR-marxistische Perspektive bei D. Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939—1945, Bd. 1, Berlin, 2. Aufl. 1971.

derspruch herausforderte. Ein anderes Beispiel: Die Hitlersche Außenpolitik mit ihrem geradezu besessenen Streben nach „Lebensraum“ im Osten ist nicht hinreichend aus wirtschaftlichen Interessen oder aus Selbsterhaltungsbestrebungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu erklären. Vielmehr gewann der außenpolitische Expansions- und Aggressionsdrang in der damaligen Politik ein gewisses Primat und ordnete sich wirtschaftspolitische und interessenmäßige Erwägungen unter. Schließlich eine dritte Bemerkung: Gerade die unmenschlichsten Züge der nationalsozialistischen Diktatur, vor allem ihre Ausrottungspolitik gegenüber den Juden, läßt sich in keiner Weise aus Interessen der Kapitalbesitzer oder aus der Logik des kapitalistischen Systems erklären⁸⁾.

2. In der Ideologie und, wenn auch geringer, in der Praxis des Nationalsozialismus, gab es, stärker vor 1933 als nachher, eine Reihe von Elementen, die schlechtweg als anti-kapitalistisch und anti-bürgerlich, als anti-hierarchisch und anti-konservativ bezeichnet werden müssen. Es würde nicht schwerfallen, die klassenkämpferisch-populistischen Elemente in der Programmatik der Nationalsozialisten und in der Politik der nationalsozialistischen Basis aufzuzeigen. Auch die ständisch-restaurativen Elemente im nationalsozialistischen Programm — Reagrarisierung, „Blut und Boden“-Mythos, mittelständischer Antikapitalismus, etc. — standen in starker Spannung zu den Grundprinzipien und Werten einer modernen kapitalistisch-bürgerlichen Ordnung⁹⁾.

3. Am wichtigsten und durchschlagendsten aber ist dies: Faschistische Bewegungen siegten in Deutschland und Italien, nicht aber in England und USA, also gerade nicht in jenen Nationen, in denen der Industriekapitalismus am weitesten entwickelt und die bürgerliche Gesellschaft am klarsten etabliert waren, obwohl auch in England und in den USA die

Wirtschaftskrise einbrach, in USA übrigens sogar schärfer und länger als in Deutschland. Deshalb vor allem kann man den Faschismus nicht als Folge der kapitalistisch-bürgerlichen Krise hinreichend erklären, denn eine solche gab es ja auch in anderen westlichen Ländern, die gleichwohl nicht zur Beute des Faschismus wurden. Es ist deshalb notwendig, zur Erklärung nach Faktoren zu suchen, die in Deutschland, nicht aber in den USA und Großbritannien wirksam waren.

III.

Sucht man nach solchen deutschen Besonderheiten, dann wird man zuerst an den verlorenen Ersten Weltkrieg und seine Folgen denken. Ohne den Ersten Weltkrieg, der näher als jeder Krieg zuvor an einen totalen Krieg herankam und der die Gesellschaftsstruktur und das gesellschaftliche Bewußtsein geradezu aufwirbelte, wären der deutsche und der italienische Faschismus nicht entstanden. Aus dem übersteigerten, aggressiven, hochgeputzten und schließlich enttäuschten Nationalismus des Weltkriegs gingen jene vielen kleinen nationalistischen, völkischen, radikalen Grüppchen hervor, die ihre Herkunft aus dem Krieg schon dadurch zeigten, daß sie militärische Aktionsformen pflegten und viele im Krieg entwurzelte deklassierte Existenzen in ihren Reihen hatten. Eine dieser kleinen radikalen, meist antisemitischen Grüppchen war die Deutsche Arbeiterpartei, in die der selbst zutiefst durch Weltkrieg, Fronterlebnis und Niederlage geprägte Adolf Hitler 1919 eintrat und aus der später die NSDAP wurde.

Die NSDAP hat wie andere faschistische Bewegungen in ihrem Führungspersonal und in ihrer Mitgliedschaft viele Deklassierte und Entwurzelte gehabt, die durch den Krieg aus der Bahn geworfen worden waren und in der bürgerlichen Gesellschaft nie mehr richtig Fuß faßten. Ihre militärische Traditionslinie offenbarte die NS-Bewegung natürlich auch in ihren angeschlossenen para-militärischen Organisationen, insbesondere in der SA und SS, aber auch in der Verehrung militärischer Embleme (Uniformen, Fahnen) und in der Betonung von Soldatentugenden, Soldatenkameradschaft, Kampfgeist und Führer-Gefolgschafts-Beziehungen in Ideologie und Organisation. Die nationalsozialistische Massenbewegung adaptierte die in der deutschen Geschichte bereits lange vor dem Ersten Weltkrieg starken, durch den Ersten Weltkrieg ausufernden militärischen Traditionen unter einem kleinbürgerlich-plebejischen, antikon-

⁸⁾ Vgl. M. Broszat, *Der Staat Hitlers*, München 1969; D. Petzina, *Autarkiepolitik im Dritten Reich*, Stuttgart 1968; T. W. Mason, *Der Primat der Politik. Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus*, in: *Das Argument*, Nr. 41, 1966, S. 473—94; ders., *Primat der Industrie?*, in: ebd., Nr. 47, 1968, S. 193—209. Zum Kriegsausbruch jetzt W. Deist u. a., *Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik*, Stuttgart 1979; W. Benz u. H. Graml (Hrsg.), *„Sommer 1939“*. Die Großmächte und der Europäische Krieg, Stuttgart 1979. — U. D. Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972.

⁹⁾ Vgl. einführend Kap. I. u. II. von D. Schoenbaum, *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches 1933—1939*, Köln 1968.

servativen Vorzeichen. Verkörperung des neuen Militarismus war nicht mehr der Monokel tragende adelige Gardeoffizier, sondern der SA-Mann im braunen Uniformhemd ¹⁰⁾.

Doch der Weltkrieg trug auch in anderer Beziehung zur Vorbereitung des Nationalsozialismus bei. Er bahnte einer Verwilderung der Sitten, einer Umwertung der Gewalt, einer merklichen Brutalisierung des öffentlichen Lebens und einer gewissen Desintegration alter Traditionen den Weg. Er führte zu einer bis dahin unerhörten Mobilisierung und Aktivierung der Massen und damit zu neuartigen Manipulations- und Herrschaftsmechanismen quasidemokratischer Art. Das politische Leben durchbrach die starren Strukturen des erfolglosen Obrigkeitsstaats. Neben neuen Demokratisierungschancen entstanden dadurch neue demagogische Möglichkeiten. Mehr als zuvor hatte die Politik jetzt mit den Massen zu rechnen, und Hitler zog daraus seine Konsequenzen. Der schon im Ersten Weltkrieg beobachtbare Aufschwung des Antisemitismus als weitverbreitete Hysterie und als leicht anwendbares Manipulationsinstrument steht in diesem Zusammenhang ¹¹⁾.

Der Verlust des Krieges führte überdies bekanntlich zu großen Gebietsverlusten Deutschlands, zur Erklärung der alleinigen deutschen Kriegsschuld, zu exorbitant hohen

Reparationsverpflichtungen und zu Souveränitätseinschränkungen vieler Art. Anders als nach 1945 wurde die deutsche Niederlage von 1918 nie akzeptiert, das „Diktat von Versailles“ wurde über alle Klassen- und Schichtgrenzen hinweg abgelehnt. Es wurde zum Ausgangspunkt einer heftigen Kampagne rechtsgerichteter Kreise gegen die Republik, da deren Vertreter den Versailler Vertrag widerstrebend und unter dem Ultimatum der Sieger unterschrieben hatten. Sie wurden als „Erfüllungspolitiker“ und als Verräter an der nationalen Sache verhöhnt und beleidigt. So belasteten Krieg und Niederlage die neue Republik. Ein auf Revision der Nachkriegssituation drängender, vehementer Nationalismus schwall an, der, wie schon vor 1914, mit anti-parlamentarischen, anti-demokratischen und anti-sozialistischen Komponenten durchsetzt war, und auf dessen Woge später die Nazi-Bewegung nach oben schwamm ¹²⁾.

Schließlich startete der Krieg eine Inflation, die 1923 ihren Höhepunkt erreichte. Zu ihren Verlierern gehörten insbesondere die kleinen und mittleren Mittelstände — Angestellte, Beamte, kleine Selbständige, auch Freiberufliche. Mehr als in anderen Ländern brachte der Krieg einen Rückgang der realen Massenverdienste, Wachstumsstörungen und damit soziale Spannungen, die für die Entstehung einer radikalen Protestbewegung günstig waren ¹³⁾. Man muß bedenken: Während in den USA der Einbruch der Weltwirtschaftskrise auf eine lange Periode relativ erfolgreichen Wachstums folgte, wurde die Krise 1929—33 in Deutschland von vielen als dramatische Verschärfung einer schon vorher latent krisenhaften Entwicklung, einer Dauerkrise so-

¹⁰⁾ Vgl. W. Sauer, National Socialism: Totalitarianism or Fascism?, in: American Historical Review, Bd. 73, 1967/68, S. 404—24; W. Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919—1933), Düsseldorf 1972. Den Zusammenhang zwischen Erstem Weltkrieg und Nationalsozialismus betont auch E. Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française. Der italienische Faschismus. Der Nationalsozialismus, München 1963.

¹¹⁾ Teilaspekte behandeln: D. Stegmann, Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910—1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der NSDAP, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 12, 1972, S. 351—432; W. Jochmann, Die Ausbreitung des Antisemitismus, in: W. E. Mosse (Hrsg.), Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916—1923, Tübingen 1971, S. 409—510. Die hier angedeuteten Veränderungen sind Voraussetzungen der Möglichkeit effektiver charismatischer Herrschaft, wie sie dann von Hitler verwirklicht wurde. Sie sind strukturelle Bedingungen dafür, daß die Person des „Führers“ so wichtig werden konnte. Vgl. zu den strukturellen Voraussetzungen der so entscheidenden Rolle Hitlers jetzt vor allem: M. R. Lepsius, From Fragmented Party Democracy to Government by Emergency Decree and National Socialist Takeover: Germany, in: J. J. Linz u. A. Stepan (Hrsg.), The Breakdown of Democratic Regimes: Europe, Baltimore u. London 1978, S. 34—79, hier S. 61—65.

¹²⁾ Vgl. F. L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918—1933, Köln 1964; R. M. Lepsius, Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, Stuttgart 1966.

¹³⁾ Die Erforschung der Wirkungen der deutschen Inflation ist neu in Bewegung gekommen. Vgl. dazu O. Büsch u. G. D. Feldman (Hrsg.), Historische Prozesse der deutschen Inflation, Berlin 1978. Dabei dürfte sich herausstellen, daß die Auswirkungen der Inflation auf die verschiedenen mittelständischen Gruppen sehr verschiedenartig war. Vor allem litt der Besitzer von Geldvermögen und darauf ruhenden Rentenansprüchen; in der Inflation wuchsen die nominalen Gehälter langsamer als die nominalen Löhne, sodaß die durchschnittliche Differenz zwischen Löhnen und Gehältern zurückging. Aus der älteren Literatur vor allem: F. Eulenburg, Die sozialen Wirkungen der Währungsverhältnisse, in: Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Stuttgart 1924 (= Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 170), München 1925, S. 87—108.

zusagen, erfahren¹⁴⁾. Inflation, Wachstumsverlangsamung, Massenverarmung und die vielseitigen Störungen des internationalen Wirtschaftslebens waren aber zum guten Teil eine Folge des Krieges und — in Deutschland — der Niederlage.

IV.

Doch wäre es problematisch, in der Vorgeschichte des Nationalsozialismus die Zeit seit dem Ersten Weltkrieg allzusehr zu betonen. Längst vor 1914 zeigten sich Besonderheiten der deutschen Gesellschaftsgeschichte, die in vergleichbaren anderen Ländern fehlten und die den späteren Aufstieg des Nationalsozialismus begünstigten. Um dies zu diskutieren, ist es zunächst noch einmal nötig, einen Blick auf die Jahre unmittelbar vor der Machtergreifung zu werfen. Welches waren die sozialen Gruppen, die die Massenbasis des aufsteigenden Nationalsozialismus vor allem ausmachten, welches waren seine Mitglieder, Wähler und Sympathisanten?

Es ist keine Frage, daß unter den Mitgliedern der NSDAP 1925 bis 1933 der sogenannte „Mittelstand“, die Angestellten, die Handwerker und Kleinkaufleute überrepräsentiert, Lohnarbeiter dagegen unterrepräsentiert waren. 1930 etwa waren von den 400 000 NSDAP-Mitgliedern 28 Prozent Arbeiter, 26 Prozent Angestellte, 21 Prozent Selbständige, 14 Prozent Bauern und 8 Prozent Beamte. Wenn man in Rechnung stellt, daß die erwerbstätige Bevölkerung sich aus 46 Prozent Arbeitern, 12 Prozent Angestellten, 9 Prozent Selbständigen, 10 Prozent Bauern und 5 Prozent Beamten zusammensetzte, dann wird klar, daß der Selbständigen- und der Angestelltenanteil in der NSDAP mehr als doppelt so hoch war wie ihr Anteil an der Bevölkerung, während der Arbeiteranteil in der NSDAP nur gut halb so hoch war wie der Arbeiteranteil an der Bevölkerung. Auch unter den Wählern der NSDAP waren dieselben sozialen Gruppen unter- bzw. überrepräsentiert. Was als Arbeiterpartei gegründet worden war, hatte bei der meist sozialdemokratisch und kommunistisch, zum Teil auch am katholischen Zentrum orientierten Arbeiterschaft nur wenig Anklang gefunden, um so mehr beim „neuen“ und „alten Mittelstand“. Auch unter den Wählern der NSDAP waren dieselben sozialen Gruppen über- bzw. unterrepräsentiert. Diese Aussagen

¹⁴⁾ Vgl. R. Vierhaus, Auswirkungen der Krise um 1930 in Deutschland. Beiträge zu einer historisch-psychologischen Analyse, in: V. Conze u. H. Raupach (Hrsg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33, Stuttgart 1967, S. 155—175.

gelten natürlich nur in groben Zügen. In Wirklichkeit war das Sozialprofil der NSDAP-Mitglieder und -Wähler viel differenzierter: Mehr Protestanten als Katholiken, mehr Norddeutsche als Süddeutsche, mehr jüngere als ältere Leute und mehr Klein- und Mittelstädter als Großstädter unterstützten die aufsteigende Bewegung. Doch lassen wir diese Differenzierungen jetzt beiseite¹⁵⁾.

Die Frage nach den Ursachen der mittelständischen Basis des Nationalsozialismus führt auf die große Bedeutung hin, die die doppelte ideologische Frontstellung des Nationalsozialismus für seinen Aufstieg hatte. Was gerade die jüngeren Handlungsgehilfen des großen Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes und viele andere Angestellte zur Hitler-Bewegung zog, das war, daß ihrer Unzufriedenheit hier zum ersten Mal eine geradezu radikale Protestmöglichkeit gegen die herrschenden Zustände geboten wurde, ohne sie

¹⁵⁾ Zur sozialen Zusammensetzung der NSDAP-Mitgliedschaft vgl. J. Noakes u. G. Pridham (Hrsg.), Documents on Nazism, 1919—1945, London 1974, S. 112 f.; W. Schäfer, NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches, Hannover 1956, S. 17, 19; sowie zuletzt: B. Moore, Jr., Injustice. The Social Bases of Obedience and Revolt, London 1978, S. 400—411. Moore vergleicht den Anteil von männlichen Angestellten in der gesamten Bevölkerung mit dem Anteil von männlichen Angestellten in der NSDAP (die bekanntlich vornehmlich eine Männer-Partei war) und kommt damit zu Zahlen, die eine noch höhere Über-Repräsentation der Selbständigen und der Angestellten in der NSDAP anzeigen. — Auch die Analysen der NS-Führungsgruppen zeigen eine deutliche Überrepräsentation von Angestellten. Vgl. z. B. B. E. Doblin u. C. Pohly, The Social Composition of the Nazi Leadership, in: American Journal of Sociology, Bd. 51, 1945/46, S. 42—49, bes. 47. — Die beste Zusammenfassung der Forschung zur Zusammensetzung der NSDAP-Wählerschaft bis 1933 ist: J. W. Falter, Wer verhalf der NSDAP zum Sieg? Neuere Forschungsergebnisse zum parteipolitischen und sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924—1933, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 28—29/79, 14. Juli 1979, S. 3—21, bes. S. 13—19. — Siehe auch Th. Childers, The Social Bases of the National Socialist Vote, in: Journal of Contemporary History, Bd. 11, 1976, Nr. 4, S. 17—42 (zeigt, daß die NSDAP besonders ab 1930 den „neuen Mittelstand“ erreichte, während sie vorher bereits stärker vom „alten Mittelstand“ gewählt worden war). Siehe auch H. A. Winkler, Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP, in: W. Schieder (Hrsg.), Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, Hamburg 1976, S. 97—118; Winkler, Extremismus der Mitte? Sozialgeschichtliche Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1972, S. 175—191; wd. in: ders., Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1979, S. 205—217.

gleichwohl in die sozialistisch orientierte Einheitsfront der Arbeitnehmer einzuverleiben. Der Nationalsozialismus bot die Möglichkeit, zugleich *einerseits* radikal und anti-elitär, gegen Kapitalisten und „Bonzen“ zu sein und *andererseits* scharf anti-sozialistisch, national und sogar standesgemäß aufzutreten. Diese Janusköpfigkeit der NS-Bewegung — ideologisch reaktionär und revolutionär zugleich zu sein — machte sie für große Teile der wachsenden Gruppe der Angestellten, so scheint es, attraktiv. — Ähnlich erklärt sich die Neigung vieler Mitglieder des „alten (selbständigen) Mittelstands“ zum Nationalsozialismus. Den Antikapitalismus der kleinen Handwerker und Händler nahm die NSDAP geschickt auf, sprach ihn an, natürlich nicht unter marxistischem Vorzeichen. Die NSDAP bot den kleinen Selbständigen einen ideologischen Rahmen, in dem sie militant und konservativ, antikapitalistisch und antisozialistisch zugleich sein konnten ¹⁶⁾.

Aber woraus resultierte, sozialgeschichtlich gefragt, diese Unzufriedenheit und dieses Protestpotential, das unter bestimmten Bedingungen zur sozialen Basis einer rechtsradikalen Massenbewegung werden konnte? Hier nun kommt ein für meine Argumentation entscheidener Punkt, und um einen ohnehin sehr komplizierten Sachverhalt etwas zu vereinfachen, konzentriere ich mich jetzt — *beispielhaft* — auf die Angestellten.

Sie litten zweifellos in der Weltwirtschaftskrise Not, erfuhren Verdienstrückgang, Arbeitslosigkeit und Unsicherheit — doch weniger als die Arbeiter. Ihre Unzufriedenheit war ohnedies nicht erst eine Folge der Weltwirtschaftskrise. Schon lange vor 1930 hatten sie sich organisiert und ihre Proteste formuliert, zunehmend unter rechtsgerichtetem Vorzeichen. Sie klagten über ihre „Proletarisierung“ und die „Nivellierung“ des Unterschieds zwischen der eigenen Stellung und der Stellung des Proletariats, zu dem sie sich ja

¹⁶⁾ Zum „alten Mittelstand“ vgl. neben den soeben zitierten Aufsätzen von Winkler auch dessen Buch: *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus*, Köln 1972. Zu den Angestellten: J. Kocka, *Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie*. Zur politischen Sozialgeschichte der Angestellten: USA 1890—1940 im internationalen Vergleich, Göttingen 1977, S. 49—57 (Überblick über den Forschungsstand zur politischen Sozialgeschichte der deutschen Angestellten bis 1933). Danach erschienen: H. Speier, *Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus*. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Sozialstruktur 1918—1933, Göttingen 1977 (die derzeit beste Synthese); H.-J. Priamus, *Angestellte und Demokratie*. Die nationalliberale Angestelltenbewegung in der Weimarer Republik, Stuttgart 1980.

ganz betont nicht zählten. Sie sahen den einstmals größeren Vorsprung ihrer Gehälter vor den Arbeiterlöhnen etwas dahinschmelzen, beobachteten, wie bestimmte sozialpolitische Vorteile, die sie traditionell den Arbeitern vorausgehabt hatten, abbröckelten (etwa Arbeitsplatzsicherheit) oder von den Arbeitern aufgeholt wurden (Urlaub). Sie sahen, wie ihre Lebenssituation zunehmend der der gelernten Arbeiter ähnlicher wurde — und dies erlebten sie als relativen Abstieg, als Bedrohung, als Frustration, die leicht in Protest umschlagen konnte. Das Problem ist nicht so sehr, daß die Angestelltensituation der Arbeitersituation ähnlicher wurde — das geschah im 20. Jahrhundert in den entwickelten Industrieländern überall, auch dort, wo, wie in den USA, diese speziellen mittelständischen Proteste der Angestellten nicht oder kaum auftraten. Das Problem ist vielmehr, warum die Angestellten dies als „Proletarisierung“ und Bedrohung erlebten und in Protest umsetzten. Weil, so möchte ich argumentieren, in Deutschland traditionell im 19. und frühen 20. Jahrhundert die Angestellten aus der Arbeiterschaft besonders deutlich herausgehoben, besonders deutlich von dieser abgesetzt und unterschieden waren. Als „Privatbeamte“ und „Handlungsgehilfen“, mit kleinen Privilegien in den Unternehmen und in der Sozialpolitik, seit 1911 mit einer eigenen Sozialversicherung und einem separaten Arbeitsrecht — so abgehoben, definierten sie sich geradezu dadurch, *nicht* Arbeiter zu sein, fühlten sie sich als Teil des Bürgertums und durch eine Kluft vom Proletariat getrennt. Nicht so übrigens in anderen Ländern, etwa USA, wo die Unterscheidung zwischen „white collar“ und „blue collar“ nicht diese Schärfe und soziopolitische Relevanz hatte wie die Linie zwischen Angestellten und Arbeitern in Deutschland.

Als nun diese, in Deutschland sozial und politisch besonders relevante Unterscheidungslinie in Frage gestellt und verwischt wurde, da entstand daraus ein Potential sozialen Protests, das die neue rechtsradikale Bewegung später speiste. Es entstand, weil die Statusdifferenz zwischen Angestellten und Arbeitern einst objektiv und subjektiv relativ deutlich gewesen war, weil traditionell hierarchische Erwartungen im Bewußtsein der Betroffenen weiterwirkten, obwohl diese Erwartungen zunehmend mit der soziökonomischen Realität in Konflikt gerieten.

Warum aber war jene Statusdifferenz, jene Unterscheidungslinie zwischen Angestellten und Arbeitern in Deutschland schärfer, starrer und

bedeutsamer geworden als etwa in den USA, so daß in Deutschland bestimmte, an sich überall auftretende, sozialökonomische Entwicklungen zu größeren Reibungen und Protesten führten als anderswo? Diese Eigenart der deutschen Sozialgeschichte läßt sich als Konsequenz der industriekapitalistischen Entwicklung selbst nicht hinreichend erklären. Vielmehr zeigt sich hier das kräftige Fortwirken vorindustrieller, vorkapitalistischer Traditionen ständischer und bürokratischer Art: Daß sich kaufmännische Angestellte so scharf von den Handarbeitern absetzten, hing mit ihrer Orientierung an zunehmend irrealen ständischen Vorbildern zusammen, die auch in ihrem Vereins- und Verbandswesen Niederschlag fanden. Bürokratische Vorbilder prägten die Erwartungen, das Verhalten und das Verbandswesen vieler Angestellter in der Industrie und in den Dienstleistungsunternehmen. Die Selbstbezeichnung „Privatbeamter“ reflektierte das. Auch hierdurch gewann die Unterscheidungslinie zwischen Arbeitern und Angestellten an Schärfe und sozialer Bedeutung. Bis in die Gesetzgebung hinein wirkten sich diese ständischen und bürokratischen Traditionen aus, wie sich am Angestelltenversicherungsgesetz von 1911 zeigen ließe, das die Unterscheidung zwischen Angestellten und Arbeitern dauerhaft rechtlich zementierte. In den meisten anderen Ländern fehlt eine entsprechende sozialrechtliche Fixierung des Arbeiter-Angestelltenunterschieds. Vor allem in den USA, wo ständische und bürokratische Traditionen kaum eine Rolle spielten und deshalb eine interessante Kontrastsituation zu Deutschland gegeben ist, unterblieb diese Verfestigung des Arbeiter-Angestelltenunterschieds. Damit war dort die Basis für die in Deutschland so mächtigen mittelständischen Proteste in der Angestelltenschaft viel weniger gegeben als in Deutschland¹⁷⁾.

Dies ist hier nicht weiter auszuführen. Was hier an dem *Beispiel* der Angestellten gezeigt werden sollte, genauso gut aber am Beispiel der Handwerker oder am Beispiel der Bauern hätte demonstriert werden können, ist dies: Will man die Massenbasis und damit die Aufstiegsmöglichkeit des deutschen Faschismus sozialgeschichtlich erklären, dann kann man sicherlich nicht übersehen, daß es die krisenhaften Erscheinungen oder auch einfach die immer weiter fortschreitende Entwicklung des industriekapitalistischen Wirtschafts-

bürgerlichen Gesellschaftssystems waren, die zu Spannungen und Konflikten führten, welche unter bestimmten Bedingungen die rechtsradikale Protestbewegung speisten. Doch ebenso wichtig ist dies: Die sozioökonomischen Krisenerscheinungen und Modernisierungsfolgen wurden zur Quelle solch vehementen Protests nur, weil sie mit fortwirkenden Traditionen vorkapitalistischer und vorbürgerlicher Herkunft zusammenprallten. Die Krise des privatwirtschaftlichen Wirtschafts- und bürgerlichen Gesellschaftssystems endete in Deutschland deshalb in der Katastrophe, weil sich aufgrund eines spezifischen Weges der deutschen Modernisierung mehr als in den anderen westlichen Ländern vorkapitalistische und vorbürgerliche, obrigkeitsstaatliche, feudale und ständische Überbleibsel erhalten hatten. Man könnte fast sagen: Weil die deutsche Gesellschaft nie wahrhaft eine bürgerliche Gesellschaft gewesen war, schlug deren Krise, als sie in den zwanziger Jahren auftrat, in das nachbürgerliche, anti-bürgerliche System des Faschismus um. Der Zwittercharakter des deutschen Nationalsozialismus — zugleich antimodern und dynamisch, antikapitalistisch und antisozialistisch, reaktionär und revolutionär zu sein — erklärt sich aus diesem Zusammenhang¹⁸⁾. Horkheimers anfangs zitiertes Diktum ist nicht falsch. Aber man kann mit gleichem Recht sagen: „Wer von vorindustriellen, vorkapitalistischen und vorbürgerlichen Traditionen nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“

Diese These, die die Anfangshypothese vom Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus deutlich modifiziert, habe ich hier an den Angestellten exemplifiziert. Sie wäre leicht an anderen Gruppen und Institutionen zu demonstrieren. Nur ganz kurz: Es ist ja allgemein bekannt, daß die Machtergreifung erst möglich wurde, als es der neuen nationalsozialistischen Rechten gelang, sich mit der alten Rechten, Teilen der konservativen Eliten in Industrie, Großlandwirtschaft, Militär und Bürokratie zu verbünden. Sichtbare Stationen auf dem Weg zu dieser Allianz waren 1929 die Zusammenarbeit der NSDAP und konservativer Gruppen wie „Stahlhelm“ und „Landbund“ auf der gemeinsamen Plattform der „nationalen

¹⁸⁾ Vgl. zu dieser Interpretation generell bereits E. Bloch, *Erbschaft dieser Zeit* (1935), erweiterte Neuausgabe Frankfurt 1962, S. 104—42, wd. in: E. Nolte (Hrsg.), *Theorien über den Faschismus*, Köln 1967, S. 182—204; R. Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965; s. auch Th. Nipperdey, *Probleme der Modernisierung in Deutschland*, in: *Saeculum*, Bd. 30, 1979, S. 292—303.

¹⁷⁾ Dazu ausführlich und mit Belegen Kocka, *Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie*, besonders Kap. E.

Opposition" gegen die Annahme des Young-Plans, der die Reparationsfrage neu regelte und den die Regierung mangels besserer Alternativen unterstützte; die „Harzburger Front" von 1931; die Unterstützung, die Hitlers Kanzlerkandidatur seit den letzten Monaten des Jahres 1932 seitens konservativer Partei- und Interessenvertreter, hoher Offiziere und Beamten erfuhr; und schließlich das erste Kabinett Hitler/Hugenberg, dem bekanntlich nur drei Nationalsozialisten, aber acht Konservative, mit enger Verbindung zu Großindustrie, Großlandwirtschaft, DNVP und Reichswehr angehörten. Emphatische Demonstration dieses Bündnisses, in dem Hitler seine konservativen Partner dann allerdings schnell ausmanövrierte, war der „Tag von Potsdam" am 21. März 1933. Über diese wichtige Rolle gewichtiger Teile der konservativen Führungsschichten bei der „Machtergreifung" Hitlers — auf der Seite der Arbeiterbewegung gab es bis zur „Machtergreifung" nichts Vergleichbares — darf die Betonung der mittelständischen Massenbasis des Nationalsozialismus nicht hinwegtäuschen. Die „Mittelstandsthese" darf keine falsche Entlastungsfunktion haben.

Die verschiedenartigen Gründe und Motive hinter der zunächst sehr zögernden, zuletzt aber entscheidenden Unterstützung für Hitler in Teilen der deutschen Führungsschichten wurden oben angedeutet; sie waren vielfältig. Im Zusammenhang der hier vertretenen Argumentation aber ist besonders wichtig, daß sich in Teilen der deutschen Führungsschichten eine eigenartige Mischung zwischen Modernität und Rückständigkeit erhalten hatte: Produkt einer Entwicklung, in der schnellste ökonomische Modernisierung zum Industriestaat ohne gleichzeitige soziopolitische Radikalreform stattgefunden hatte. Die große Macht der Junker im industriellen Deutschland, die Feudalisierungstendenzen im Großbürgertum; die außerordentliche Macht von Bürokratie und Militär in einem Staat, der nie eine erfolgreiche bürgerliche Revolution erlebt hatte und der von oben geeinigt worden war; die soziale und politische Allianz von aufsteigendem Bürgertum und sich immer noch haltendem Agraradel gegen ein dadurch scharf ausgegrenztes Proletariat; die dadurch bedingte antiparlamentarische, antidemokratische und antiliberalistische Ausrichtung großer Teile der deutschen Führungsschichten — all das fiel in der Wirtschafts- und Sozialkrise um 1930 verhängnisvoll ins Gewicht. Die große Rolle der Agrarier in der Endphase der Weimarer Republik ist in diesem Zusammenhang besonders aufschlußreich. Der deutsche Weg der ökonomischen

Modernisierung ohne gründliche soziale Liberalisierung und politische Demokratisierung rächte sich jetzt ¹⁹⁾.

Dies wäre auch an den politischen Institutionen, an der politischen Kultur und an den herrschenden Ideologien zu zeigen. Der bis 1918 abgeblockte Parlamentarismus, dessen Geburt in Deutschland mit dem Kainszeichen der nationalen Niederlage versehen war, war weder eingeübt noch akzeptiert genug, um von den anschwellenden sozialen Konflikten nicht gesprengt zu werden. Die Parteien waren nach Struktur und Ideologie aufgrund langer Traditionen für die Kunst des parlamentarischen Interessenausgleichs schlecht geeignet, sie stahlen sich denn auch bald aus der Verantwortung, versagten beim Kompromiß und überließen die Macht dem Reichspräsidenten. Kleine starke Interessengruppen hinter den Kulissen und die fanatisierte Politik der Straße füllten das so entstehende Vakuum aus. Die lange obrigkeitstaatliche Blockierung einer liberal-demokratischen Verfassungsentwicklung rächte sich hier ²⁰⁾.

Und was die politische Kultur angeht: Bürgerliche Tugenden wie individuelle Verantwortung, Bereitschaft zum Risiko und zum ratio-

¹⁹⁾ Vgl. generell und mit zahlreichen Literaturhinweisen H. A. Winkler, Die „neue Linke" und der Faschismus, bes. S. 74—83; H. Rosenberg, Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse, in: ders., Probleme der deutschen Sozialgeschichte, Frankfurt 1969, S. 7—50; H.-J. Puhle, Von der Agrarkrise zum Präfaschismus, Wiesbaden 1972; einseitig, aber mit wichtigem Material: B. Buchta, Die Junker und die Weimarer Republik, Berlin 1959. — Zu den Unternehmern und Kapitalisten oben Anm. 5 sowie H. A. Winkler, Unternehmerverbände zwischen Ständeideologie und Nationalsozialismus, in: ders., Liberalismus, S. 175—194; M. Schneider, Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918—1933, Bonn 1975. Vgl. zur kultur- und ideengeschichtlichen Komponente des hier angesprochenen Problems: F. Stern, Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland, Bern-Stuttgart 1963; K. Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933 (1962), 2. Aufl., München 1968.

²⁰⁾ Vgl. K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1955 (Neudr. 1978); E. Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964, bes. S. 11—68 („Belastungen der parlamentarischen Demokratie in Deutschland"); G. A. Ritter, Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1976, S. 158—221; sowie die oben in Anm. 11 zitierte Synthese von M. R. Lepsius.

nen Interessenausgleich, Toleranz und Einsatz für individuelle und kollektive Freiheiten — all das war in Deutschland jedenfalls traditionell weniger entwickelt als in Westeuropa und USA. Die antiliberalen Ideologien der Zwischenkriegszeit fanden hier einen guten Nährboden ²¹⁾.

V.

Wenn man so den deutschen Faschismus als Produkt der kapitalistisch-bürgerlichen Krise im fortwirkenden vorkapitalistischen und vorbürgerlichen Rahmen analysiert, so ergeben sich Hypothesen über die Langzeitfolgen des deutschen Nationalsozialismus, die ich jetzt nur noch andeute. Eine Reihe der traditionellen Belastungen, die den deutschen Nationalsozialismus allererst mit hervorbrachten, wurden durch diesen selbst, durch den Krieg und den Zusammenbruch beseitigt oder doch geschwächt. Die soziale Klasse der ostelbischen Agrarier ist verschwunden. Obrigkeitsstaatliche und militaristische Traditionen wurden zutiefst diskreditiert. Die vor-industriekapitalistischen Traditionen im Kleinbürgertum und in den angestellten Mittelschichten sind fühlbar schwächer geworden. Bestimmte Belastungen der Verfassungsstruktur gehören der Vergangenheit an. Die Basis des traditionellen Widerstands gegen Modernität und Liberalität, die das NS-System allererst ermöglicht hat, wurde von dessen Dynamik, vom Krieg und vom Zusammenbruch letztlich mitabgebaut. Auch deshalb hatte der nach Hitler unternommene zweite Versuch, ein liberal-demokratisches Gesellschafts- und Verfassungssystem zu realisieren, weniger Widerstände zu überwinden als der erste von 1918/19. Daraus erklärt sich mit, warum das demokratisch-parlamentarische System der Bundesrepublik nunmehr schon über 30 Jahre besteht, länger, als die Weimarer Republik und das Dritte Reich zusammen. Daß bestimmte Traditionen der unbürgerlichen Illiberalität weiterwirken und krisenbedingt wieder stärker hervortreten könnten, ist gleichwohl nicht auszuschließen. Daß der Traditionsbruch durch Diktatur, Krieg und Zusammenbruch auch Belastung

und Verlust bedeutet, kann hier nicht weiter ausgeführt werden ²²⁾.

VI.

Die Diskussion um die Gründe der „deutschen Katastrophe“ (Friedrich Meinecke) beschäftigt die Historiker seit langem. In der letzten Zeit sind dabei drei Kontroversen in den Vordergrund getreten. Zum einen ist heiß umstritten, ob es erlaubt bzw. angemessen sei, den Nationalsozialismus als eine Spielart des umfassenderen Phänomens „Faschismus“ zu analysieren, oder ob es angemessener bzw. ob es überhaupt legitim sei, den Nationalsozialismus als einen Fall des umfassenderen Phänomens „Totalitarismus“ aufzufassen ²³⁾. Zum andern geht es um die Frage, wie stark die Person Adolf Hitlers als Ursache zu gewichten ist bzw. wie sehr andererseits der Aufstieg und Sieg des Nationalsozialismus wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen und Prozessen zuzurechnen ist ²⁴⁾. Und schließlich wurde zuletzt, stärker im Bereich der politisch-ideologischen Auseinandersetzung als in der Diskussion der Historiker, die Frage des Verhältnisses von Sozialismus und Nationalsozialismus, auch in bezug auf dessen Entstehungsbedingungen, debattiert ²⁵⁾.

Die in diesem Artikel zusammengefaßten Forschungsergebnisse sprechen eindeutig dagegen, Nationalsozialismus und Sozialismus als nah benachbart zu sehen. Zweifellos gab es in

²²⁾ Zum Gesamtkomplex ausführlicher J. Kocka, 1945: Neubeginn oder Restauration? in: C. Stern u. H. A. Winkler (Hrsg.), Wendepunkte deutscher Geschichte 1848—1945, Frankfurt 1979, S. 141—168.

²³⁾ Verschiedene Totalitarismus-Begriffe finden sich vorgestellt bei B. Seidel u. S. Jenkner (Hrsg.), Wege der Totalitarismus-Forschung, Darmstadt 1968; M. Funke, Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen, Düsseldorf 1979; W. Schlangen, Die Totalitarismustheorie. Entwicklung und Probleme, Stuttgart 1976. — Zu verschiedenen Faschismus-Begriffen: E. Nolte (Hrsg.), Theorien über den Faschismus, Köln 1967; R. Kühnl (Hrsg.), Texte zur Faschismus-Diskussion, Reinbek b. Hamburg 1974; ders., Faschismustheorie. Texte zur Faschismuskritik II, Reinbek b. Hamburg 1979; sowie die oben in: Anm. 2 genannten Titel. Zur Kontroverse jetzt die Beiträge in: Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse, München/Wien 1980.

²⁴⁾ Vgl. die Beiträge von K. Hildebrand u. H. Mommsen in: M. Bosch (Hrsg.), Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte, Düsseldorf 1977, S. 55—71.

²⁵⁾ Vgl. dazu F. K. Fromme, Ein Stoiber, Staub aufwirbelnd, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 18. 10. 1979, S. 11; H. A. Winkler, Die Mär vom Sozi Hitler, in: Die Zeit, Nr. 45, 2. 11. 1979, S. 10; E. Fomdran, Sozialismus und Nationalismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 20/80, 17. Mai 1980, S. 21—30.

²¹⁾ Vgl. dazu die in Anm. 19 zitierten Werke von Stern u. Sontheimer sowie: G. L. Mosse, The Crisis of German Ideology: Intellectual Origins of the Third Reich, New York 1964; H. Glaser, Spieß-Ideologie, Freiburg 1964; L. Krieger, The German Idea of Freedom. History of a Political Tradition (1957), Chicago 1972. Zuletzt J. J. Sheehan, German Liberalism in the 19th Century, Chicago 1978; auch K. D. Bracher, Europa in der Krise. Innengeschichte und Weltpolitik seit 1917, Frankfurt 1979, S. 119 ff.

der Ideologie — und zum kleineren Teil auch in der Praxis — des Nationalsozialismus gewichtige egalisierende, antikapitalistische, antibürgerliche und antikonservative Elemente. Sie wurden oben als „populistisch“ bezeichnet und als wichtige Bedingung der Massenwirksamkeit des Nationalsozialismus gewertet. Ihre Einordnung als „sozialistisch“ verbietet sich. Zu eindeutig waren sie nämlich von völkisch-rassistischen, antisemitischen Komponenten durchsetzt und aus den freiheitlich-demokratischen und aufklärerischen Traditionen herausgelöst, in denen der demokratische Sozialismus — im Unterschied zum Stalinismus und zur kommunistischen Diktatur überhaupt — steht. Was die soziale Basis der nationalsozialistischen Bewegung betrifft, so gab es zwar schon vor 1933 keine soziale Gruppe, die unter den Wählern und Mitgliedern der NSDAP gar nicht vertreten gewesen wäre, und keine politische Partei, die nicht Stimmen an die NSDAP verloren hätte. Aber es ist eindeutig, daß Arbeiter sehr viel weniger NS-anfällig waren als Bürger, Bauern und Führungsschichten, obwohl sich die Propaganda der „Nationalsozialistischen Arbeiter-Partei“ zunächst vor allem auf sie gerichtet hatte; dies hing damit zusammen, daß sich der Sozialismus und der Kommunismus länger als resistent gegenüber der ideologischen und propagandistischen Sogkraft des Nationalsozialismus erwiesen als die verschiedenen liberalen und konservativen Strömungen. Es war insofern ganz symptomatisch, daß nicht die liberalen, konservativen und christlichen Parteien im März 1933 gegen Hitlers „Ermächtigungsgesetz“ stimmten, sondern nur die SPD; die KPD war schon verboten.

Blickt man weg von der „Bewegungsphase“ und hin auf die „Systemphase“, also auf den Nationalsozialismus nach seiner Machtergreifung, dann sieht man, daß von einer sozialistischen Praxis keineswegs zu sprechen ist. Es gab zwar viel Gleichschaltung, aber mehr Chancengleichheit für die breite Bevölkerung gab es nicht. Die Grundprinzipien der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wurden von den Nazis nicht angetastet, aber Sozialisten und Kommunisten wurden verfolgt. Aus all diesen Gründen: Wer von den Nazis als „nationalen Sozialisten“ spricht und damit Nationalsozialismus und Sozialismus nahe zusammenrückt, fällt nachträglich auf die propagandistische Selbstdarstellung der NSDAP herein und verwischt einen fundamentalen Unterschied.

Dieser Artikel hat keinen Beitrag zum Verhältnis von Strukturen und Personen in der

Geschichte und Vorgeschichte des Nationalsozialismus geleistet. Er kann nicht beanspruchen, eine umfassende Erklärung des Nationalsozialismus zu sein. Es wäre absurd, die große Rolle Hitlers zu leugnen, und im Grunde tut dies auch niemand. Doch es läßt sich viel dafür sagen, daß es wissenschaftlich interessanter und politisch vernünftiger ist, jene wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Strukturen und Prozesse aufzuweisen, die Hitlers Erfolg erst möglich machten. Ableiten kann man einzelne Personen, Handlungen und Ereignisse aus den ihnen zugrundeliegenden Strukturen und Prozessen zwar nie ganz; die Notwendigkeit des Siegs des Nationalsozialismus läßt sich nicht beweisen. Aber einzelne Personen, Handlungen und Ereignisse soweit wie möglich auf die sie bedingenden und teilweise erklärenden Strukturen und Prozesse zurückzuführen, darin besteht wohl der Kern wissenschaftlicher Beschäftigung mit der Geschichte ²⁶⁾.

Die vorstehende Zusammenfassung einiger Forschungsergebnisse zur Entstehung des Nationalsozialismus hat sich sowohl des Begriffs „faschistisch“ wie des Begriffs „totalitär“ bedient, in der Meinung, daß sie bei der Analyse des Nationalsozialismus durchaus miteinander verknüpft werden können und sollen. Ein sinnvoll definierter Totalitarismus-Begriff betont am Nationalsozialismus dessen diktatorische Negation liberal-demokratischer Verfassungsprinzipien wie den Verzicht auf Minderheitenschutz, die systematische Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten bis hin zum Terror, die Aufhebung der Gewaltenteilung und die Zerstörung der Mehr-Parteienkonkurrenz. Er betont seine institutionalisierte Ideologie mit Ausschließlichkeits- und Totalitätsanspruch wie auch seine Tendenz zur Mediatisierung gesellschaftlicher Gruppen und zur allumfassenden, gleichschaltenden Massenmobilisierung. Dadurch wird am Nationalsozialismus das betont, was er in der Tat mit anderen — eben, so definiert, totalitären — Systemen, z. B. mit der stalinistischen Sowjetunion, gemeinsam hatte ²⁷⁾. Damit wird

²⁶⁾ Vgl. oben Anm. 11 u. 24. Allgemein: R. Koselleck, Darstellung, Ereignis und Struktur, in: G. Schulz (Hrsg.), Geschichte heute, Göttingen 1973, S. 307—317, wd. in Koselleck, Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt 1979, S. 144—57; Th. Schieder, Strukturen und Persönlichkeiten in der Geschichte, in: ders., Geschichte als Wissenschaft, Wien 1965, S. 149—186; J. Kocka, Struktur und Persönlichkeit als methodologisches Problem der Geschichtswissenschaft, in: Bosch (Hrsg.), Persönlichkeit und Struktur, S. 152—169.

²⁷⁾ Vgl. aber die Betonung der eingebauten Instabilität als eines Hauptmerkmals von „Totalitarismus“

eine wichtige Erfahrung dieses Jahrhunderts auf den Begriff gebracht: die doppelte Bedrohung liberaler Demokratie — soweit sie überhaupt bisher mühsam und überall unvollkommen durchgesetzt worden ist — durch moderne Antidemokraten von links und rechts. Doch der Hauptnachteil dieses Ansatzes besteht darin, daß er Systeme zusammenrückt, die sich nach sozialökonomischen Entstehungsbedingungen, Klassenbasis und sozialen Folgen scharf unterscheiden, ohne diese Unterschiede genügend thematisieren zu können.

Wie im Fall von „Totalitarismus“ wird der Begriff des „Faschismus“ in verschiedenen Bedeutungen und oft sehr vage gebraucht. Der Begriff des Faschismus, wie er hier verwandt wurde, hebt am Nationalsozialismus zwar auch dessen anti-liberaldemokratische, totalitär-diktatorische Elemente hervor. Zugleich aber betont er dessen sozialgeschichtliche Bedingungen, Inhalte und Funktionen, vor allem seine Bedingtheit durch Krisenerscheinungen kapitalistisch-bürgerlicher Systeme seit dem Ersten Weltkrieg, seine in Klassen- und Schichtungskategorien beschreibbare „soziale Basis“, in der unter Druck geratene Mittelschichten vorwiegen, die Abhängigkeit seines Durchbruchs von der Hilfestellung bzw. Koalition bisheriger, sich durch Parlamentarisierung, Demokratisierung oder soziale Reformen in Frage gestellt sehender Führungsgruppen (trotz seiner populistisch-revolutionären Elemente), seine antisozialistische, antikommunistische Stoßrichtung in Entstehungs- und Systemphase sowie seinen jedenfalls kurz- und mittelfristig unbestreitbaren Beitrag zur Stabilisierung kapitalistischer Grundprinzipien. Dadurch wird das betont, was „linke“ und „rechte“ Diktaturen unterscheidet und den Nationalsozialismus mit dem italienischen *fascismo* und — der Tendenz nach — mit anderen Faschismen jedenfalls der Zwischenkriegszeit verbindet ²⁸⁾.

Ein so gefaßter Begriff von Faschismus teilt nicht die fatale Schwäche manches anderen

bei E. Lederer, *State of the Masses. The Threat of the Classless Society*, New York 1940, ausschnittsweise in deutscher Übersetzung in: Lederer, *Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910—1940*, Göttingen 1979, S. 232—252, hier vor allem S. 250—52. (Ähnlich in H. Mommsens *Faschismusbegriff*, der im Grunde — trotz aller Polemik — solchen Varianten des Totalitarismusbegriffs sehr ähnlich ist — vgl. seinen Beitrag in: *Totalitarismus und Faschismus*, a. a. O., S. 18—27). Dieses Merkmal ist sehr viel kennzeichnender für faschistische als für bolschewistische Diktaturen.

²⁸⁾ Genauer Kocka, *Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie*, S. 26 f. sowie vor allem

Faschismusbegriffs, keine scharfe Abgrenzung faschistischer Bewegungen und Systeme von liberaldemokratischen Bewegungen und Systemen zu geben. Er nimmt die wichtigsten Bestimmungen des Totalitarismusbegriffs in sich auf. Er ist, darauf lief die Argumentation dieses Artikels hinaus, durchaus in der Lage, die Rolle vorindustrieller, vorkapitalistischer, anti-bürgerlicher Elemente zu thematisieren und er regt zur Frage nach den sozialgeschichtlichen Eigenarten der deutschen Entwicklung an. Er stellt sich der Frage, warum der Faschismus in Deutschland durchbrach, aber nicht in den westlichen Demokratien. Insofern entzieht er sich der berechtigten Kritik, die an anderen Faschismusbegriffen geübt werden mag ²⁹⁾.

Zur Einordnung des Nationalsozialismus in seinen gesellschaftsgeschichtlichen Zusammenhang ist ein solcher Zugriff wohl unverzichtbar und dem sozialgeschichtlich unergiebigem Totalitarismusbegriff ³⁰⁾ überlegen. Besser als dieser erlaubt er es, zwischen den sehr ungleichen Beiträgen zu differenzieren, die einzelne Klassen und Schichten zum Aufstieg des Nationalsozialismus geleistet haben und die Frage nach der ungleichen Verteilung von Vorteilen und Nachteilen in der Systemphase zu stellen, also die sehr ungleiche Betroffenheit der verschiedenen Klassen, Gruppen und Schichten durch die nationalsozialistische Diktatur zu thematisieren. Letztlich muß der Faschismusbegriff allerdings seine Nützlichkeit im Vergleich verschiedener faschistischer Bewegungen und Systeme erweisen. Diese noch nicht voll bewältigte Aufgabe geht weit über die Möglichkeiten dieses Artikels hinaus.

W. Schieder, Art. „Faschismus“, in: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Bd. 2, Freiburg 1968, Sp. 438—77; sowie dessen weiterführenden Beitrag in: *Totalitarismus und Faschismus*, a. a. O., S. 45—49.

²⁹⁾ Vgl. K. D. Bracher, *Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie*, München 1976, S. 13—33. Bracher radikalisiert allerdings seine Ablehnung jedes Faschismus-Begriffs in wenig überzeugender Weise.

³⁰⁾ Ich glaube nicht, daß die Denkfigur „antibürgerliche Welle“ (K. D. Bracher, *Europa in der Krise. Innengeschichte und Weltpolitik seit 1917*, Frankfurt 1979, S. 119—128; auch P. Gay, *Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur in der Weimarer Zeit*, Frankfurt 1970) dem Totalitarismusbegriff die sozialgeschichtliche Dimension hinzufügt, die ihm ansonsten fehlt. So überzeugend der Aufweis der antibürgerlichen Strömungen in der Zwischenkriegszeit ist (vor allem in kultur- und geistesgeschichtlicher Hinsicht), so unpräzise bleibt das Argument, was die Identifikation von sozialen Gruppen, Schichten, Klassen, Interessen und Mechanismen angeht.

Arno Klönne

Legendäres über die Gründerzeit der Bundesrepublik

Bemerkungen anlässlich eines neuen politischen Bestsellers

Bernt Engelmann, Vorsitzender des Deutschen Schriftstellerverbandes, gehört zu den erfolgreichsten Sachbuchautoren in der Bundesrepublik. Es sind historisch-politische Themen, die Engelmann sich vornimmt; „Anti-Geschichtsbücher“, seinem eigenen Anspruch nach, legt er vor, kritische Darstellungen also, die die Geschichte sozusagen gegen den Strich bürsten. In seinem jüngsten Werk¹⁾, das vor kurzem im Verlag C. Bertelsmann in München unter dem Titel „Wie wir wurden, was wir sind“ erschienen und rasch auf die Bestsellerlisten geraten ist, rückt Engelmann gängigen Vorstellungen über die ersten Nachkriegsjahre, über die Gründerzeit der Bundesrepublik zu Leibe.

Eine kritische Beschäftigung mit diesem Werk von Engelmann liegt nicht nur im Hinblick auf die Wirkung nahe, die es bei politisch-zeitgeschichtlich Interessierten offensichtlich erzielt; bei Engelmann treten in populärer Form bestimmte Interpretationen der westdeutschen Nachkriegsgeschichte auf, die ihren wissenschaftlichen Hintergrund haben und die m. E. anregend und fragwürdig zugleich sind²⁾.

Der Verlag, in der Werbung für seine Bücher zweifellos besonders versiert, nennt das neue Buch von Engelmann einen „hoch brisanten Legendenkiller“. Die historische Fehlsicht, die der Autor aus den Köpfen seiner westdeutschen Mitbürger vertreiben will, läßt sich etwa folgendermaßen umreißen: Die Gesellschaft der Bundesrepublik, so wie wir sie heute vorfinden, mit ihren wirtschaftlichen Machtstrukturen, ihrer sozialen Ordnung, ihren politischen und militärischen Einrichtungen —

diese den Westdeutschen selbst und der Weltöffentlichkeit längst zur Selbstverständlichkeit gewordene gesellschaftspolitische Verfassung sei die geradlinige und konsequente Verwirklichung jener Hoffnungen und Absichten, mit denen nach der Kapitulation 1945 unsere politisch engagierten Landsleute und die damaligen Parteien sich an die Wiederaufbauarbeit machten.

Diese Betrachtungsweise enthält in der Tat Legendäres, und es kann der historisch-politischen Bildung hierzulande nur nützlich sein, wenn Engelmann dazu beiträgt, an geschichtliche Wahrheiten zu erinnern: Etwa daran, daß in den Nachkriegsjahren viele Parteipolitiker, die heute eine Entscheidung zwischen Freiheit und Sozialismus proklamieren, zunächst das Firmenschild „Sozialismus“ für durchaus akzeptabel hielten oder daran, daß manche späteren Wehrpolitiker damals eingeschworene Gegner jeder Wiederbewaffnung waren³⁾.

Es ist nicht so, daß von den politischen und wirtschaftlichen Konzepten und Plänen nach dem Zusammenbruch des deutschen Faschismus eine gerade Linie in die gesellschaftliche Wirklichkeit der Bundesrepublik nach 1950 führen würde. Engelmann sieht es so: In den Jahren unmittelbar nach 1945 seien Weichen gestellt worden; dann sei der Zug abgefahren — aber in eine Richtung, die eigentlich niemand wollte. Zunächst seien sich alle Parteien einig darin gewesen, daß es nie wieder Kapitalismus und Konzernmacht, nie wieder deutsche Soldaten und nie wieder Machtteilhabe für ehemalige Nationalsozialisten geben dürfe. Dann allerdings sei alles ganz anders gekommen, als die große Mehrheit es gewünscht habe. Engelmann bietet in seinem Buch auch eine Erklärung dafür an, weshalb von den weitreichenden Reformbetuerungen der ersten Nachkriegszeit so wenig Realität wurde. Der Verlagsprospekt zum Buch faßt Engelmanns Version knapp zusammen: „Daß alles

¹⁾ Bernt Engelmann, *Wie wir wurden, was wir sind. Von der bedingungslosen Kapitulation bis zur unbedingten Wiederbewaffnung*, München 1980.

²⁾ Diese Interpretationen finden sich u. a. bei: Eberhard Schmidt, *Die verhinderte Neuordnung*, Frankfurt/M. 1970; Ute Schmidt u. Tilman Fichter, *Der erzwungene Kapitalismus*, Berlin 1971; Ernst-Ulrich Huster u. a., *Determinanten der westdeutschen Restauration*, Frankfurt/M. 1972; neuerdings auch: Hagen Rudolph, *Die verpaßten Chancen*, Hamburg 1979. Man beachte die Titel dieser Arbeiten!

³⁾ Vgl. hierzu Franz Focke, *Sozialismus aus christlicher Verantwortung*, Wuppertal 1978.

anders verlief, verdankt die Bundesrepublik zwei Männern: Konrad Adenauer, der die Führung der CDU an sich riß, den Arbeitnehmerflügel der CDU ausschaltete und schließlich — ohne Rücksicht auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit — die Wiederbewaffnung vorbereitete. Und Ludwig Erhard, der schon in den letzten Kriegsjahren mit Vertretern der deutschen Industrie den Kurs seiner Wirtschaftspolitik festlegte, der Freien Marktwirtschaft.“

Überdenkt man diese Sätze, so wird man, was den Umgang mit Geschichte angeht, ein wenig stutzig. Waren es wirklich zwei Männer, die den Lauf der Dinge wendeten und die Geschichte der Bundesrepublik und ihrer gesellschaftspolitischen Ausrichtung machten? Konnten Adenauer und Erhard die Führung der Politik und der Wirtschaft „an sich reißen“, falls niemand bereit war, ihnen diese Führung zu übergeben? Konnten sie alternative politische Kräfte so einfach beiseitedrängen, wenn es diese kräftig genug gab? Zum „Ausschalten“ gehören bekanntlich immer zwei Seiten: die eine Seite, die ausschaltet und die andere, die sich ausschalten läßt — es sei denn, es würden Gewalt und Terror herrschen; davon kann aber, was die innere Entwicklung des gesellschaftlichen und politischen Lebens im Nachkriegsdeutschland angeht, keine Rede sein. Dem eben angedeuteten Einwand folgend, wollen wir uns die Argumente Engelmanns einmal näher ansehen.

Grundlegend für Engelmanns Interpretation der westdeutschen Nachkriegsgeschichte ist die These, im gesellschaftspolitischen Bewußtsein sei damals der Antikapitalismus bestimmend gewesen; die Parteien und die große Mehrheit der Bevölkerung hätten in jenen Jahren mit einer Restauration kapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse nichts im Sinne gehabt.

Engelmann schreibt: „Man hielt es damals allgemein für beinahe selbstverständlich, daß der Kapitalismus für Deutschland als Gesellschaftsform nicht mehr in Frage käme. Es gab allenfalls Meinungsverschiedenheiten darüber, *inwieweit* das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft oder eingeschränkt werden ... und *wer* die Kontrolle über die Wirtschaft haben sollte ...“⁴⁾

Als Beleg für diese sogenannte antikapitalistische Grundstimmung der Nachkriegsjahre wird — nicht nur bei Engelmann — das Ahle-

ner Wirtschaftsprogramm der CDU der britischen Zone vom Februar 1947 zitiert. Tatsächlich heißt es dort: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert ...“⁵⁾

Gewiß zeugt dieses Programm davon, daß damals Kapitaleigentum und freie Kapitalverfügung nicht als Grundpfeiler der Demokratie angesehen wurden. Aber wie weit reichte die „antikapitalistische Übereinstimmung“ der Parteien — und welche konkreten Alternativen zur kapitalistischen Ökonomie waren greifbar? Sieht man sich daraufhin das Ahlener Programm noch einmal in seinen Einzelheiten an, so fällt auf, daß es über Forderungen nach Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Entflechtung von Kartellen nicht hinausgeht und zugleich verlangt, der Unternehmerinitiative müsse freier Spielraum bleiben. Die Wirtschaft des Dritten Reiches wird darin merkwürdigerweise als „Staatssozialismus“ definiert; demgegenüber läßt sich das Ahlener Programm offenbar vom Leitbild einer eher mittelständischen Wirtschaft bestimmen. Eine Vergesellschaftung wird lediglich für die Großunternehmen der Montanindustrie empfohlen — in der damaligen Zeit keine sonderlich radikale Position, da ohnehin allgemein noch angenommen wurde, die Besatzungsmächte würden *diese* Unternehmen deutscher Verfügung vorenthalten.

Mit ihren zwar antimonopolistischen, aber nicht prinzipiell antikapitalistischen Vorstellungen stand übrigens die CDU nach 1945 nicht allein. Man findet zum Beispiel verwandte Gedankengänge an einer Stelle, wo man sie nicht unbedingt erwarten würde. Im

⁵⁾ Der Text dieses Programms und weitere Dokumente zur Programmatik der Parteien in Westdeutschland nach 1945 bei Ossip K. Flechtheim (Hrsg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Berlin 1962.

⁴⁾ Engelmann, a. a. O., S. 84.

ersten programmatischen Aufruf der KPD nämlich, im Juni 1945 veröffentlicht, ist das folgende bemerkenswerte Postulat enthalten: „Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums.“⁶⁾

Daran gemessen, nahmen sich die Forderungen der SPD damals geradezu revolutionär aus. In den Politischen Leitsätzen der westdeutschen Sozialdemokratie, beschlossen auf dem Parteitag in Hannover im Mai 1946, hieß es: „Die Sozialdemokratie erstrebt eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaftliche Gestaltung. Entscheidend für Umfang, Richtung und Verteilung der Produktion darf nur das Interesse der Allgemeinheit sein ... Die Sozialisierung hat zu beginnen bei den Bodenschätzen und den Grundstoffindustrien. Alle Betriebe des Bergbaus, der Eisen- und Stahlerzeugung und -bearbeitung bis hin zum Halbzeug, der größte Teil der chemischen Industrie und die synthetischen Industrien, die Großbetriebe überhaupt, jede Form der Versorgungswirtschaft und alle Teile der verarbeitenden Industrie, die zur Großunternehmung drängen, sind in das Eigentum der Allgemeinheit zu überführen ... Der gesamte Verkehr, die neu zu gestaltende Geld- und Kreditversorgung und das Versicherungswesen sind Gegenstand sozialistischer Planung ...“⁷⁾.

Hätte die SPD die Möglichkeit gehabt, solche Forderungen in die Tat umzusetzen? Engelmann beantwortet diese Frage mit einem kaum eingeschränkten Ja. Er wirft der SPD oder ihrer Führung wie auch den Gewerkschaften vor, daß sie zwischen 1947 und 1949 ihre Macht nicht eingesetzt und sozusagen Angst vor der eigenen Courage bekommen hätten; den Hintergrund dafür sieht er in der Einfügung der SPD in den Kalten Krieg, in den Antikommunismus.

Engelmann argumentiert: „... Die SPD verzichtete bewußt darauf, die Gunst der Stunde zu nutzen und — wie die Kommunisten es forderten und wie die SED in der sowjetischen Besat-

zungszone es sofort in Angriff nahm — ihr sozialistisches Programm nun auch unverzüglich in die Praxis umzusetzen, wo immer dies möglich schien, notfalls auch gegen die Intentionen der Besatzungsmächte ... Bei der Ausarbeitung einer Verfassung für den neuen Weststaat, der nun bald entstehen sollte, erst recht bei dem beginnenden Kampf um die Führung, die wichtigsten Kommandostellen und Schlüsselpositionen sowie damit auch um den künftigen gesellschaftspolitischen Kurs, verzichteten die Gewerkschaften wie auch die SPD-Führung erstaunlicherweise darauf, ihre anti-kapitalistischen Forderungen mit der nötigen Entschiedenheit durchzusetzen. Der Hauptgrund für diese Enthaltensamkeit, die in der Praxis dazu führte, daß die eindeutigen Wünsche der westdeutschen Bevölkerungsmehrheit, die Forderungen der Einheitsgewerkschaft und die erklärten Ziele der stärksten Partei weitgehend unberücksichtigt blieben, war eine ... Verschlechterung des weltpolitischen Klimas ... Unter den gegebenen Umständen mochten sie (die Führungen der SPD und der Gewerkschaften) den Konservativen und Liberalen, erst recht den sie protegierenden Amerikanern nicht in den Rücken fallen, schon gar nicht mit radikalen Forderungen, wie sie auch von den Kommunisten gestellt wurden ...“⁸⁾.

Hier klammert Engelmann, so scheint mir, eine ganze Reihe von Realitäten aus, die damals die Situation bestimmten. Im keinem der vor 1949 bestehenden Länder in den Westzonen und schon gar nicht im Wirtschaftsrat oder im Parlamentarischen Rat, also in den „Vor-Parlamenten“ der Bundesrepublik, hätten die Sitze oder Mandate der SPD für einen gesetzgeberischen Alleingang gereicht; ohne Koalitionspartner hätte diese Partei nicht versuchen können, in die wirtschaftlichen Besitz- und Verfügungsverhältnisse einzugreifen. Als sie solche in den Ländern Hessen und Nordrhein-Westfalen für vergleichsweise bescheidene Sozialisierungsbeschlüsse gewonnen hatte, legten die Militärregierungen ihr Veto ein. Der Vergleich mit der Politik der SED in der Sowjetischen Besatzungszone ist insofern unergiebig; dort verlief ja die Sozialisierungspolitik unter der drängenden Regie der Militärregierung, nachdem die UdSSR ihre ursprünglichen Hoffnungen auf eine gesamtdeutsche — und deshalb gesellschaftspolitisch noch „bürgerliche“ — Lösung aufgegeben hatte.

In den Westzonen aber sperrten sich die amerikanischen Militärregierung und auf Wunsch

⁶⁾ Zuerst veröffentlicht in „Deutsche Volkszeitung“, Nr. 1, Berlin, 13. 6. 1945. Vgl. auch Flechtheim, a. a. O. Es kann in unserem Zusammenhang gleichgültig bleiben, ob eine solche Formulierung allein taktischer Natur war; wichtig ist die hier zum Ausdruck kommende Einschätzung der Stimmung der Bevölkerung.

⁷⁾ Aus dem Beschluß des Parteitags der SPD in Hannover am 11. 5. 1946. Weitere Dokumente hierzu bei Flechtheim, a. a. O.

⁸⁾ Engelmann, a. a. O., S. 86, 179.

der USA auch die britische Besatzungsmacht gegen alle Sozialisierungsabsichten. Die SPD und die Gewerkschaften wiederum waren weder gewillt noch imstande, gesellschaftliche Strukturreformen gegen den Willen der Besatzungsmächte durchzusetzen. Schon mit ihrer Zustimmung zum Marshall-Plan 1947 hatten sie klargestellt, daß sie die Bewältigung der wirtschaftlichen Tagesnöte für wichtiger hielten als alle Sozialismusforderungen — und daß sie eben auch deshalb keinen massiven Konflikt mit den Westmächten riskieren wollten.

Hinzu kam, daß auch innerhalb SPD die Sozialisierungsprogramme zunehmend auf Skepsis stießen. Auf dem Parteitag der Westzonen-Sozialdemokratie in Düsseldorf 1948 zum Beispiel sprach sich der vom Parteivorstand bestellte Hauptreferent zur Wirtschaftspolitik bereits für das Modell der sozialen Marktwirtschaft aus; die Parteitagsdelegierten nahmen dies mehrheitlich unwidersprochen hin⁹⁾. Keineswegs war die Masse der SPD-Mitglieder damals von einem unbezähmbaren Drang erfüllt, die Produktionsmittel privater Verfügung zu entreißen.

Engelmann irrt aber noch in anderen Punkten. Wenn er mehrfach konstatiert, die SPD sei in den Westzonen zunächst „die stärkste Partei“ gewesen, so läßt sich dies zumindest im Hinblick auf die *Wähler*potentiale nicht halten. In der Summe der Landtagswahlen in den Westzonen in den Jahren 1946/47 stellte sich die Wählerverteilung folgendermaßen dar: SPD 35,0 %, KPD 9,4 %, FDP 9,3 %, CDU/CSU 37,6 %. Auch im Lande Nordrhein-Westfalen, dem industriellen Kerngebiet der Westzonen, lag die CDU vor der SPD. Überdies mußte die SPD schon bald Wählerverluste hinnehmen. Dieser Trend bestätigte sich bei der ersten Bundestagswahl 1949. Die SPD erhielt 29,2 % der Stimmen, die KPD 5,7 %, die Zentrumspartei (die eher als die CDU für eine Koalition mit der SPD Sympathien hatte) bekam 3,1 % — demgegenüber stand ein Block von rund 60 % „bürgerlichen“, gegen die SPD gerichteten Stimmen, innerhalb dessen die CDU/CSU mit 31 % die stärkste Kraft war.

Es kann also keine Rede davon sein, daß in den Nachkriegsjahren die SPD die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung repräsentiert hätte; sie vertrat nicht einmal die relative Mehrheit, wenn man die Westzonen insgesamt nimmt. Auch ein Zusammengehen mit

⁹⁾ Vgl. hierzu Erich Ott, Die Wirtschaftskonzeption der SPD nach 1945, Marburg 1978.

der KPD hätte diese Situation nicht verändert. Engelmann meint wohl, in einer Organisations- oder Aktionseinheit der beiden linken Parteien hätte sich die historische Alternative der westdeutschen Nachkriegsentwicklung anbahnen können; er weist in diesem Zusammenhang auf die „Antifaschistischen Ausschüsse“ hin, in denen sich damals vor allem Arbeiter der verschiedenen parteipolitischen Richtungen zusammenfanden.

Engelmann schreibt: „Zunächst hatten sich fast überall Antifaschistische Ausschüsse gebildet ... Die treibenden Kräfte zur Bildung dieser örtlichen ‚Antifa‘, wie sie kurz genannt wurden, waren fast ausnahmslos Kommunisten und Sozialdemokraten ... In Anbetracht der gemeinsamen Erfahrungen, die die Anhänger der SPD und der KPD unter der Herrschaft der Nazis hatten machen müssen, war es beinahe selbstverständlich, daß sie nach der Befreiung zusammenhielten und es nicht wieder zu einer Spaltung und damit Schwächung der sozialistischen Arbeiterbewegung kommen lassen wollten ... Damals bestand in vielen Orten Deutschlands, und zwar in allen vier Besatzungszonen, bei Sozialdemokraten, Kommunisten und nicht parteigebundenen Gewerkschaftern ... der Wunsch nach enger Zusammenarbeit, nach ‚Aktionseinheit‘ und nach schließlicher Verschmelzung der SPD und KPD zu einer großen Partei ...“¹⁰⁾.

Engelmann knüpft hier an Forschungsergebnisse jüngerer westdeutscher Historiker an, die seit einigen Jahren erfreulicherweise alternative Ansätze in der Nachkriegs-Arbeiterbewegung unseres Landes aus der Vergessenheit herausgeholt haben, so vor allem die Antifaschistischen Ausschüsse als Form politischer Aktivität abseits der herkömmlichen Parteien, aber auch Bestrebungen, die auf eine einheitliche parteipolitische Vertretungsform der Arbeiterschaft abzielten¹¹⁾.

Engelmann überschätzt allerdings völlig das Ausmaß, die innere Konsequenz und die Wirkungschancen solcher alternativen Versuche in der damaligen Arbeiterbewegung. Die „Antifa's“ existierten nur in einigen Zentren der linken Arbeiterorganisationen aus der Zeit vor 1933 — und sie blieben eine Episode. Schon im Frühsommer 1945 waren die meisten dieser Ausschüsse wieder aufgelöst — oft

¹⁰⁾ Engelmann, S. 79, 83.

¹¹⁾ Vgl. hier vor allem Lutz Niethammer u. a., Arbeiterinitiative 1945, Wuppertal 1976; ferner: Peter Brandt, Antifaschismus und Arbeiterbewegung, Hamburg 1976; Albrecht Lein, Antifaschistische Aktion 1945, Göttingen 1978.

auch durch die Besatzungsmächte — oder doch ihrer politischen Möglichkeiten weitgehend enthoben. Keineswegs lassen sich die Antifaschistischen Ausschüsse nach 1945 mit der Rätebewegung 1918 auf eine Stufe stellen. Die konventionellen Organisationsformen der Arbeiterbewegung, also Gewerkschaften, SPD und KPD, setzten sich im Laufe des Jahres 1945 überall im Grunde reibungslos durch. Auch die Tendenzen zu einer einheitlichen Arbeiterpartei blieben, sieht man von der besonderen Situation in der Sowjetischen Besatzungszone ab, auf Seiten der SPD wie auf Seiten der KPD in der Minderheit; sie waren ein kurzfristiger und wenig aussichtsreicher Versuch, aus dem Druck übermächtiger Traditionen und herrschender politischer Fronten auszubrechen¹²⁾.

Die Gründung der SED knüpfte nur scheinbar an Einheitsbestrebungen von unten an; tatsächlich entsprach sie dem machtpolitisch-taktischen Kalkül der Sowjetischen Besatzungsmacht. Es ist auch zu fragen, weshalb ausgerechnet in den Westzonen Deutschlands damals eine Trennung überwindbar sein sollte, die in den anderen europäischen Staaten — soweit sie dem parteipolitischen Leben freien Raum ließen — nach 1945 ganz selbstverständlich fortbestand, nämlich die prinzipielle Rivalität einer kommunistischen und einer sozialdemokratischen Linie in der Arbeiterbewegung. Und daß nach 1945 in Deutschland — im Unterschied zu den anderen europäischen Nationen — das Verhältnis der Linksparteien zueinander sich auf höchst problematische Weise verschränkte mit der „nationalen Frage“, also der staatlichen Einheit oder Separierung und der Einbindung in den Ost- oder Westblock, ließ ein Zusammengehen von Sozialdemokraten und Kommunisten nicht leichter, sondern weitaus schwieriger und noch weniger wahrscheinlich werden als in anderen Ländern.

Eine Überwindung der parteipolitischen Aufspaltung der Arbeiterschaft in Deutschland oder in den deutschen Westzonen wäre unter

¹²⁾ Siehe Holger Christier, Sozialdemokratie und Kommunismus, Hamburg 1975. Die Schwäche der „alternativen“ Ansätze in der westdeutschen Arbeiterbewegung nach 1945 wird auch in den folgenden Arbeiten deutlich: Klaus Peter Wittmann, Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945, Hannover 1977; Hartmut Pietsch, Der Neubeginn des politischen Lebens im Ruhrgebiet 1945—48, Duisburg 1978. Aufschlußreich auch: Isaac Deutscher, Reportagen aus Nachkriegsdeutschland, Hamburg 1980, sowie die Reprints der Zeitschriften „Aufbau“-Bremen, Frankfurt 1978, und „Arbeiterpolitik“-Bremen, Bremen 1979.

diesen historischen Bedingungen, wenn überhaupt, dann nur so denkbar gewesen, daß die politische Vertretung von Arbeiterinteressen sich auf einer ganz neuen Ebene, jenseits der Traditionen der SPD wie auch der KPD und unter Einschluß der christlich-katholisch gebundenen Arbeiter organisiert hätte. Dazu gab es aber kaum irgendwo gedankliche oder praktische Ansätze¹³⁾. In den Westzonen rekonstruierte man auf der parteipolitischen Ebene die seit der Weimarer Republik eingewöhnte Dreiteilung der Arbeiterschaft, nur daß nun die CDU/CSU in diesem Punkt die Rolle der Zentrumsparterie übernahm. Lediglich die Gewerkschaftsbewegung konstituierte sich als Einheitsorganisation, unabhängig von den parteipolitischen Richtungen.

Engelmann macht es sich zu einfach, wenn er das Scheitern parteipolitischer Einheitsbestrebungen in der Arbeiterbewegung im wesentlichen auf den strikt antikommunistischen Kurs des SPD-Führers Kurt Schumacher zurückführt. Gewiß blieb die Schärfe, mit der Schumacher gegen die, wie er zu sagen pflegte, Russen und ihre Statthalter polemisierte, nicht ohne Auswirkungen auf die Politik der Sowjetischen Besatzungsmacht und der KPD- bzw. SED-Führung. Aber umgekehrt war es eben die Realität der Politik der Kommunisten, die den Massen von Sozialdemokraten das Gefühl gab, demgegenüber sei die Härte Schumachers die einzig mögliche Antwort¹⁴⁾.

Wenn man wissen will, wie und weshalb wir wurden, was wir sind, dann wird man sich auch mit der Nachkriegsentwicklung des deutschen Kommunismus kritisch auseinandersetzen müssen. Engelmann spart dieses Kapitel der Geschichte der Bundesrepublik aus. Er hat offenbar auch keine Vorstellung davon, wie stark vor 1933 in einigen Regionen der späteren Westzonen Deutschlands die KPD vertreten war, was Anlaß zu der Frage sein müßte, auf welchen Wegen diese Partei in denselben Gebieten nach 1945 so rasch zur Sekte absank.

Für Engelmann stellt sich die parteipolitische Kräfteverteilung in der regionalen Aufgliederung Deutschlands folgendermaßen dar:

¹³⁾ Vgl. hierzu den Aufsatz von Ute Schmidt und Tilman Fichter in: Bernhard Blanke u. a., Die Linke im Rechtsstaat, Bd 1, Berlin 1976.

¹⁴⁾ Zum politischen Kurs der KPD/SED und dessen Wirkungen auf die Sozialdemokratie siehe: Ulrich Hauth, Die Politik von KPD und SED gegenüber der westdeutschen Sozialdemokratie 1945—1948, Frankfurt 1978; sowie Werner Müller, Die KPD und die „Einheit der Arbeiterklasse“, Frankfurt 1979.

„Schon im Kaiserreich, aber auch in den vierzehn Jahren der Weimarer Republik hatten sämtliche Hochburgen der Zentrumspartei ... in jenen Gebieten gelegen, die seit Mai 1945 von den drei Westmächten besetzt worden waren. Im gesamten Gebiet der sowjetisch besetzten Zone, der späteren DDR, hatte die katholische Zentrumspartei von 1871 bis 1933 nur einen einzigen Wahlkreis über mehrere Wahlperioden hin zu halten vermocht ... Umgekehrt lagen fast zwei Drittel der sicheren Wahlkreise der Sozialdemokraten nach 1945 im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone ... Erst vor diesem Hintergrund wird klar, was Adenauer mit der Trennung Westdeutschlands vom restlichen Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches innenpolitisch bezweckte: eine wesentliche Stärkung des Katholizismus zum Nachteil der Protestanten und die Sicherung des Übergewichts seiner alten Partei gegenüber den Sozialdemokraten.“¹⁵⁾

Sehen wir einmal davon ab, daß diese Schilderung Engelmanns im Widerspruch zu seiner eigenen These steht, wonach in den Westzonen nach 1945 die SPD die stärkste Partei gewesen sei, so bleibt in jedem Falle der Schematismus fragwürdig, in den unser Autor hier die konfessionellen und politischen Unterschiede oder Gegensätze hineinpreßt. In Wirklichkeit waren die Verhältnisse differenzierter und komplizierter, dies sowohl vor 1933 als auch nach 1945.

Für Engelmann erscheint die Wahlgeographie Deutschlands als bloßes Gegenüber von protestantisch fundierter Sozialdemokratie und katholisch orientierter Zentrumspartei bzw. CDU/CSU. Wenn wir die letzten freien Wahlen in Deutschland vor 1945 nehmen, die Reichstagswahlen vom November 1932, dann ergibt sich parteipolitisch ein ganz anderes Bild. Im Reichsdurchschnitt verfügten hier die Nationalsozialisten zusammen mit den ihnen verbündeten Deutschnationalen über 41,6 %, das Zentrum über 15 %, die Sozialdemokraten über 20,4 % und die Kommunisten über 16,8 % der abgegebenen Stimmen. Die daneben noch auftretenden Parteien waren ohne Bedeutung. Im Gebiet der späteren Sowjetischen Besatzungszone bzw. der heutigen DDR gab es 1932 nur einen Wahlkreis, in dem die SPD die relativ stärkste Partei war, nämlich den Reichstagswahlkreis Leipzig. In allen anderen Wahlkreisen dieses Gebietes stand die NSDAP an der Spitze, ausgenommen Berlin, wo die Kommunisten die stärkste Partei waren.

Bei derselben Wahl im November 1932 war die SPD im späteren Gebiet der Westzonen bzw. der Bundesrepublik ebenfalls in einem Wahlkreis die stärkste Partei, nämlich in Hamburg. Im Rhein-Ruhrgebiet war teilweise die Zentrumspartei, teilweise die KPD stärkste Partei; in den katholischen Teilen Bayerns dominierte die dem Zentrum verbundene Bayerische Volkspartei. In den übrigen Wahlkreisen des später bundesrepublikanischen Gebietes lag die NSDAP an der Spitze. Soweit man den Neubeginn des parteipolitischen Lebens nach 1945 in Bezug setzen kann zu der Wählerlandschaft am Ende der Weimarer Republik, ging es demnach zwischen 1946 und 1949 nicht so sehr um die Erbschaft früherer SPD- oder früherer Zentrumsterritorien, sondern vielmehr um die Frage, wem die früheren NSDAP-Wähler zuströmen würden.

Zweitens ging es, was die Westzonen angeht, um die Frage, ob die KPD ihre frühere Position würde halten können. Eben dies war nun keineswegs der Fall, was zur Schwächung der Wirkungschancen der Arbeiterbewegung insgesamt ohne Zweifel beigetragen hat. Der rapide Abstieg der KPD — bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen im Jahre 1947 erhielt sie 14 % der abgegebenen Stimmen, bei der ersten Bundestagswahl 1949 im gleichen Gebiet nur noch 7,6 % —, also der Zusammenbruch der KPD als einer Massenpartei, ist ein Phänomen, das der Erklärung bedarf, das man jedenfalls nicht, wie Engelmann es tut, stillschweigend übergehen sollte. Für das Desaster der KPD ab 1948 war der neu sich ausbreitende und von vielen politisch mächtigen Institutionen nach Kräften geförderte Antikommunismus sicherlich eine Ursache. Aber eben nur *eine*, — und durch Propaganda allein, mag sie noch so kostspielig und geschickt sein, ist einer Partei nicht der Garaus zu machen. Es überzeugt auch nicht, wenn der Rückgang der KPD dem wirtschaftlichen Abstand zwischen der sowjetischen Besatzungszone und den Westzonen zugeschrieben wird. So eindeutig war diese Differenz zwischen dem Lebensstandard der ostdeutschen und der westdeutschen Arbeiterschaft in den Jahren 1948 bis 1950 noch keineswegs; diese Jahre waren es, in denen die KPD von der politischen Bühne Westdeutschlands abtrat. Es muß wohl doch die *Politik* der deutschen Kommunisten gewesen sein, mit der diese sich selbst aus dem parteipolitischen Leben Westdeutschlands hinauskatapultierten¹⁶⁾.

¹⁵⁾ Engelmann, a. a. O., S. 68.

¹⁶⁾ Hierzu Näheres bei Arno Klönne, Die deutsche Arbeiterbewegung, Düsseldorf 1980.

Engelmann nimmt dies eigentlich nicht zur Kenntnis. Er spricht für die Zeit um 1950 von „den Parteien der Linken“ in der Bundesrepublik, so als hätte es zu dieser Zeit die KPD noch als relevanten Faktor gegeben.

Eine nicht sehr realistische Betrachtungsweise tritt auch dort auf, wo Engelmann nach der gesellschaftspolitischen nun die militärpolitische Entscheidungssituation der deutschen Nachkriegsjahre behandelt. Er schreibt: „Ohne uns — so lautete bald die populäre Parole, mit der die westdeutschen Gewerkschaften und die Parteien der Linken gegen eine Aufstellung bundesdeutscher Streitkräfte demonstrierten. Aber da waren, ohne daß die Öffentlichkeit davon erfuhr, die Würfel schon gefallen. Konrad Adenauer hatte sich bereits für eine Wiederbewaffnung entschieden ... Selbst solche Umfragen, bei denen nicht nach der persönlichen Bereitschaft (Soldat zu werden) geforscht, sondern die generelle Einstellung zur Wiederbewaffnung erkundet wurde, stießen auf mehrheitliche Ablehnung der entschieden antimilitaristisch eingestellten Bundesbürger ...“¹⁷⁾.

Engelmann hat sicher Recht, wenn er hiermit auf die bitteren Erfahrungen verweisen will, die sich damals noch für die Mehrheit der Westdeutschen mit Krieg und Militär verbanden. Aber er überschätzt wiederum die politische Konsequenz solcher Gefühle und das darin liegende Reformpotential. Wenn der Begriff „antimilitaristisch“ einen Sinn haben soll, dann ist doch sehr in Frage zu stellen, ob er für die mehrheitliche Einstellung der deutschen Bevölkerung damals zutreffend sein könnte. Oft genug standen hinter der Parole „Ohne-mich“ Ressentiments derjenigen, die 1945 zunächst wegen ihrer soldatischen Aktivitäten Vorwürfe der Umerzieher hatten hinnehmen müssen und die nun wenig Lust zeigten, für eben diese Umerzieher „Kastanien aus dem Feuer zu holen“, wie es damals vielfach hieß. Nationales Beleidigtsein spielte dabei mit, vielfach auch der Wunsch, erst „rehabilitiert“ zu werden, bevor man wieder „den Kopf hinhalten“ sollte. Hätte es sich wirklich um eine „entschieden antimilitaristische“ Bevölkerungsmehrheit gehandelt, so wären die westdeutsche Wiederbewaffnung und die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO in ihrem späteren Vollzug wohl nicht so reibungslos vonstatten gegangen.

¹⁷⁾ Engelmann, S. 282 f.

Fassen wir zusammen:

Engelmanns neues Buch hat Verdienste dort, wo es in populärer Form gegen Legenden angeht, die über die Entstehungsphase der Bundesrepublik weithin im gesellschaftlichen Bewußtsein sich etabliert haben. Aber das Buch hat auch fragwürdige Seiten, dort nämlich, wo es einige ebenso legendäre andere Einschätzungen anstelle der gewohnten offeriert. Engelmann malt das Bild einer „verhinderten Neuordnung“, eines „erzwungenen Kapitalismus“ aus, einer Politik der Restauration, die gegen den Willen von gesellschaftspolitisch reformwilligen Massen erfolgt sei. Er geht damit, so meine ich, an der Realität der deutschen Nachkriegssituation vorbei. Woraus hätte eine mehrheitliche und entschiedene Bewegung auf gesellschaftspolitische Alternativen hin ihre Energien ziehen, woher ihre Grundlagen nehmen sollen? Die Lage in Deutschland 1945 war anders als die in Deutschland 1918. Der kaiserliche Obrigkeitsstaat war *auch* von *innen* her gestürzt worden; das Ende des deutschen Faschismus aber war *allein* dem machtpolitischen Eingriff von *außen* her zu verdanken. Eine in den Massen verankerte Oppositionsbewegung hatte es diesmal in Deutschland selbst in den letzten Kriegsjahren nicht gegeben, nicht einmal in der Arbeiterschaft. Es war nicht ohne Folgen geblieben, daß die antifaschistischen Parteien vor 1933, also die SPD und die KPD, bei der Machtergreifung Hitlers das politische Feld im Grunde ohnmächtig hatten räumen müssen. Das Dritte Reich hatte progressive Potentiale auch physisch liquidiert. Es gab 1945 — 1949 konzeptionell und personell nur geringe Ressourcen, die für eine umfassende Reform der deutschen Gesellschaft hätten eingesetzt werden können. Die Massen hatten andere Sorgen; ihnen ging es ums tägliche Überleben. „Erschöpfung“ — mit diesem Begriff läßt sich wohl am ehesten das gesellschaftspolitische Bewußtsein der Deutschen um und nach 1945 bezeichnen. Vielleicht erklärt sich daraus, weshalb die Bürger der Bundesrepublik dann so *erleichtert* sich auf das einließen, was sie wurden und was sie sind.

Wenn Engelmann resümierend die „Adenauer-Politik“ charakterisiert als „Restauration alles dessen, was die Siegermächte ursprünglich restlos zu beseitigen entschlossen gewesen waren und was sich die überlebenden Nazi-gegner unter den Deutschen geschworen hatten, nie wieder aufkommen zu lassen“¹⁸⁾, so

¹⁸⁾ Engelmann, S. 204. Kritisch hierzu auch Arnold Sywottek, Der Mythos vom Weichensteller, in: Frankfurter Rundschau, 22. 3. 1980.

trifft dies nicht den historischen Tatbestand. Es gab, was die Vorstellungen von einem Deutschland nach Hitler angeht, niemals prinzipielle Übereinstimmungen unter „den“ Siegermächten oder unter „den“ deutschen Gegnern des Nazismus. Die Konflikte, die in den Jahren nach 1945 ihren Ausdruck in der Entwicklung unterschiedlicher Gesellschaftssysteme auf deutschem Boden fanden, waren längst vorbereitet. Und man muß kein Freund der Politik Adenauers sein, um zu konstatie-

ren, daß diese eben nicht die pure Fortführung der deutschnationalen Tradition war: die Mehrheitsfähigkeit des Adenauerschen Konzepts lag gerade darin, daß es „Kontinuität“ und „Bruch“ bedeutete: Anknüpfung an überkommene Denkgewohnheiten der „bürgerlichen“ deutschen Geschichte und zugleich Übernahme liberaler, „westlicher“ Politikvorstellungen. Der Begriff „Restauration“ bietet insofern keine zureichende Interpretationsformel.

Axel Bust-Bartels

Der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953

Ursachen, Verlauf und gesellschaftspolitische Ziele

I. Einleitung

Die 18 Millionen Einwohner der Sowjetisch Besetzten Zone haben am 17. Juni 1953 „für den Westen eine der großen Schlachten des Kalten Krieges geschlagen“. Das wiegt „für ein ‚roll back‘ (...) mehr als eine beliebige Anzahl von Divisionen“. „Das bedeutet eine Verpflichtung, die nicht mehr abgeschüttelt werden kann.“¹⁾

In kaum zählbaren Reden²⁾ zum „Tag der deutschen Einheit“ wird immer wiederholt, daß es den Aufständischen um eine „Wiedervereinigung in Freiheit“, um eine Wiedervereinigung auf der Grundlage der politischen und gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland gegangen sei²⁾. Demgegenüber betont etwa Willy Brandt, daß nirgends eine „restaurative Tendenz“ vertreten wurde, daß „unzweideutige Vorbehalte“ gegenüber der westlichen Politik in der Bundesrepublik Deutschland vorhanden waren, daß es den Arbeitern keineswegs um den einfachen „Anschluß“ der DDR an die Bundesrepublik Deutschland ging und daß von daher der 17. Juni nicht für eine anti-sozialistische Propaganda mißbraucht werden kann³⁾.

¹⁾ St. Brant, Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953, Stuttgart 1954, S. 301. Unter der Politik des „roll back“ ist die Außenpolitik General Eisenhowers und seines außenpolitischen Beraters J. F. Dulles zu verstehen, denen die vorher von den Amerikanern betriebene Außenpolitik des „Containment“, der „Eindämmung“ der sowjetischen Einflußsphäre, nicht mehr genügte. Sie wollten nicht mehr den erreichten Status quo aufrechterhalten, sondern die Sowjetunion „in die Vorkriegsgrenzen des Sowjetstaates zurückdrängen“, Vgl. Boris Meissner, Rußland, die Westmächte und Deutschland, Hamburg 1953, S. 331.

²⁾ Vgl. u. a. Bibliographie der Reden zum 17. Juni 1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/1978.

^{2a)} Vgl. etwa: „Der 17. Juni war die Legitimation unserer Volksvertretung von drüben her.“ Am 17. Juni wurde uns das Mandat gegeben, „Sachwalter des ganzen Vaterlandes ... zu werden“ (Ulrich Mann, Glaube an Freiheit, Recht und Wahrheit. Gehorsam gegenüber dem Mandat vom 17. Juni. Ansprache in der Feierstunde im Bundestag zum „Tag der deutschen Einheit“ am 17. Juni 1960, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 111/1960, S. 1099).

³⁾ Vgl. Willy Brandt, Arbeiter und Nation, Berlin o. J. (1955), S. 41f.; vgl. auch: Martin Jänicke, Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen

Wie können derartig konträre politische Einschätzungen des selben Ereignisses gegeben werden? Ein wesentlicher Grund ist sicher die Tatsache, daß sich die wissenschaftliche Analyse des Aufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR auf einem bemerkenswert niedrigen Niveau befindet. Seit etwa Ende der 50er Jahre hat die wissenschaftliche Auseinandersetzung

INHALT

- I. Einleitung
- II. Die Defizite der bisherigen Aufarbeitung
- III. Die Antifa-Ausschüsse
- IV. Die Gründung der SED
- V. Die betriebliche Entwicklung 1945—1953
Der Neubeginn der Produktion
Die Veränderung der betrieblichen Verhältnisse
Die Formen des Widerstandes der Arbeiter
- VI. Die unmittelbare Vorgeschichte des Aufstandes
- VII. Der 16. Juni
- VIII. Der 17. Juni
Die Schwerpunkte des Aufstandes
Der Verlauf der Ereignisse
Die Forderungen und gesellschaftspolitischen Ziele der Aufständischen
- IX. Nach dem 17. Juni

mit diesem Thema fast gänzlich aufgehört. Das ist um so erstaunlicher, als zum einen dem 17. Juni als Tag der deutschen Einheit eine erhebliche Bedeutung im politischen und gesellschaftlichen Leben der Bundesrepublik Deutschland zugemessen wird, zum anderen

Ulbricht seit 1953, Köln 1964, S. 42; ders., Krise und Entwicklung in der DDR — Der 17. Juni 1953 und seine Folgen, in: Hartmut Elsenhans, Martin Jänicke (Hrsg.), Innere Systemkrisen der Gegenwart, Hamburg 1975, S. 156.

die wissenschaftliche Aufarbeitung des Aufstandes keineswegs als abgeschlossen angesehen werden kann. Verbunden damit bzw. bedingt dadurch ist in der Bundesrepublik Deutschland allgemein sehr wenig über Ursachen, Verlauf und gesellschaftspolitische Ziele des Aufstandes bekannt. Dies ermöglichte eine Mythologisierung des Aufstandes entsprechend den eigenen politischen Wunschvorstellungen in einem ganz erheblichen Ausmaß. Die Mythologisierung geht mittlerweile so weit, daß sogar die Neo-Nazis diesen Tag

für sich reklamieren und letztes Jahr in Frankfurt am 17. Juni eine Demonstration mit über 5 000 Teilnehmern veranstalteten.

Im folgenden wird versucht — ausgehend von einem kurzen Benennen der Defizite der bisherigen wissenschaftlichen Aufarbeitung des Aufstandes —, eine Darstellung der Ereignisse zu geben, die einerseits versucht, ansatzhaft diese bisherigen Defizite zu beheben, die andererseits möglichst viele konkrete Informationen gibt, um der Mythologisierung der Ereignisse entgegenzuwirken^{3a)}.

II. Die Defizite der bisherigen Aufarbeitung

Zunächst sollen kurz die wesentlichen analytischen Mängel der bisherigen Aufarbeitung benannt werden, um damit die Relevanz einer weiteren wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Thematik und die folgende eigene Vorgehensweise und Schwerpunktsetzung zu verdeutlichen. Die Defizite liegen im Bereich der Erklärung der Ereignisse, der Ursachen der Aufstandsbewegung, im Bereich der Darstellung der Ereignisse selber und im Bereich der Interpretation des politischen Charakters des Aufstandes.

Die in der bisherigen Diskussion genannten Ursachen des Aufstandes⁴⁾ bezogen die gesamte Bevölkerung der DDR ein bzw. teilweise andere gesellschaftliche Gruppen als die Arbeiter. Da es jedoch als wissenschaftlich gesichert angesehen werden kann, daß im wesentlichen nur die Industriearbeiter den Auf-

^{3a)} Auf der Grundlage des im folgenden dargestellten Materials arbeitet ein von der VW-Stiftung finanziertes Forschungsprojekt bei Prof. Renate Damus in Osnabrück weiter, um diesen ersten Ansatz eines historisch-industriosoziologischen Zugangs zu den Ereignissen des 17. Juni 1953 fortzuführen.

⁴⁾ Als Ursachen des Aufstandes werden angeführt: — der forcierte „Aufbau des Sozialismus“ seit Juli 1952; — die allgemeinen wirtschaftlichen Versorgungsschwierigkeiten seit Ende 1952; — der allgemeine Eindruck einer Schwäche der Partei, der sich in der Umorientierung der SED-Politik mit dem „neuen Kurs“ ab 9. Juni 1953 und durchsickernden Nachrichten von Flügelkämpfen in der Partei zeigte, und schließlich das gesamte gesellschaftliche Klima der politischen und geistigen Unterdrückung. Vgl. Arnulf Baring, *Der 17. Juni 1953*, Bonn 1957, S. 2 ff.; S. Brant, *Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953*, Stuttgart 1954, S. 100; Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.), *Juni 53. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und der sowjetischen Besatzungszone*, Bonn/Berlin 1961, S. 5; *Der 17. Juni im Zentralkomitee der SED*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B XX IV/1956, S. 369 u. S. 374; E. Winkler, *Warum 17. Juni? Voraussetzungen und Ursachen des 17. Juni*, Berlin 1954, S. 8 ff. und S. 76.

stand getragen, die anderen gesellschaftlichen Gruppen in ihrer Mehrzahl sich den Ereignissen gegenüber abwartend verhalten haben⁵⁾, erklären die genannten Ursachen nur unzureichend, warum es zu der Aufstandsbewegung kam.

Eine Erklärung der Ursachen des Aufstandes erfordert m. E. aufgrund der Dominanz der Industriearbeiter während der Ereignisse eine umfassende Untersuchung der betrieblichen Vorgeschichte seit 1945.

In den bisher vorliegenden Darstellungen der Ereignisse selbst werden in der Regel einzelne „Führerpersönlichkeiten“ hervorgehoben, „die die Kollegen (...) zur Arbeitsniederlegung überredeten“⁶⁾. Dieser explizit genannte bzw. in den verschiedenen Darstellungen implizit zum Ausdruck kommende „Führeransatz“ zur Erklärung des Verlaufs der Unruhen greift jedoch zu kurz. Er entspricht letztlich der von der SED-Propaganda vertretenen Interpretation der Ereignisse — nämlich, daß sich die Arbeiter an diesem von langer Hand vorbereiteten „Tag X“ von einzelnen — westlich gesteuerten — „klassenfeindlichen Elementen“ zu ihren Aktionen hätten verleiten lassen⁷⁾.

Dieser Erklärungsansatz greift insofern zu kurz, als — wie die Untersuchung der betrieblichen Vorgeschichte seit 1945 zeigt — breite informelle Strukturen und ein relativ festgefühter solidarischer Rahmen innerhalb der Belegschaften der streikenden Betriebe vorhanden waren, aus denen heraus der Aufstand initiiert worden ist.

⁵⁾ Vgl. Arnulf Baring, a. a. O., S. 39.

⁶⁾ Ebenda, S. 51, vgl. auch W. Zimmermann, *Die Träger des Widerstandes*, in: *SBZ-Archiv* 20/1953.

⁷⁾ Vgl. *Einheit* 7/1953, S. 849 ff. und 8/1953, S. 945 ff.; *Dokumente der SED*, Bd. IV, Berlin (DDR) 1954, S. 438.

Bei der vorherrschenden Interpretation des politischen Charakters der Unruhen ist ebenfalls ein schwerwiegender Mangel festzustellen. Die Forderungen der Aufständischen nach Freiheit, nach freien Wahlen und Wiedervereinigung wird fast durchgängig als ein Votum für eine demokratische Gesellschaftsordnung westlich-kapitalistischer Prägung interpretiert. Aber allein die Tatsache, daß nirgendwo während des Aufstandes die Forderung nach einer Rückgabe der verstaatlichten Betriebe an ihre früheren Besitzer erhoben wurde, macht deutlich, daß es insgesamt um die Herstellung von politischen Freiheiten, von demokratischen Verhältnissen ging, jedoch keineswegs ein Votum für eine kapitalistische Wirtschaftsordnung abgegeben wurde.

Es gibt — wie bereits erwähnt — zwar vereinzelt differenziertere Betrachtungsweisen⁸⁾. Der Aufstand war eine Interessenartikulation der Arbeiter, die „den allgemeinen sozialistischen Rahmen des Systems nicht sprengte“. Solch differenziertere Einschätzungen spielen aber für die vorherrschende Interpretation des 17. Juni im politischen und gesellschaftlichen Leben der Bundesrepublik Deutschland keine Rolle. Ein Grund dafür dürfte sein, daß derartige Einschätzungen sich nicht bemühen, die politischen und gesellschaftlichen Ziele der aufständischen Arbeiter konkreter zu bestimmen.

Konkreter lassen sich die Ziele m. E. nur aus den Aktions- und Widerstandsformen der Arbeiter seit 1945, aus den sich darin äußernden Ansprüchen an die politische und gesellschaftliche Entwicklung bestimmen.

III. Die Antifa-Ausschüsse

In den „meisten größeren aber auch in kleineren Städten und speziell in den industriellen Ballungszentren entstanden entweder schon vor, zumeist aber unmittelbar nach dem Einmarsch der roten Armee ‚Volkskomitees‘, ‚Antifa-Ausschüsse‘ (. . .). Sie verstanden sich — ähnlich den Initiativ-Organisationen im Westen — teils als Keimzellen einer einheitlichen Arbeiterpartei, teils als Volksfront-Komitees mit breiter sozialer Basis, teils als eher gewerkschaftsähnliche Zellen oder aber — re-

In einem ersten Teil soll deshalb zunächst historisch-industriesoziologisch die betriebliche Entwicklung in der SBZ/DDR nachverfolgt werden. Dabei wird der Schwerpunkt nicht auf eine Darstellung der Veränderungen der allgemeinen arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen gelegt, sondern es wird versucht, die tatsächliche Praxis in den Betrieben zu rekonstruieren. Vor allem wird versucht, das Handeln bzw. die Widerstandsformen der Arbeiter als Produkt von Lernprozessen zwischen ihnen und den Staats- und Parteiinstanzen zu erfassen, die schließlich zu dem Aufbegehren am 17. Juni 1953 führten.

Auf diesem Hintergrund werden in einem zweiten Teil die Ursachen des Aufstandes, sein Verlauf und seine politischen und gesellschaftlichen Ziele auf der Grundlage des Vorhergehenden dargestellt und analysiert.

Bevor jedoch ausführlich auf die betriebliche Entwicklung in den Jahren 1945 bis 1953 eingegangen wird, soll kurz das Zurückdrängen von Basisinitiativen und das Zerschlagen von Ansätzen zu demokratischen Strukturen in zwei anderen zentralen gesellschaftlichen Bereichen aufgezeigt werden. Es soll kurz eingegangen werden auf die Auflösung der „Antifaschistischen Ausschüsse“, den anschließenden undemokratischen Aufbau der Verwaltung und auf die Technik, mit der die an Moskau orientierten Teile der KPD ihren Macht- und Herrschaftsanspruch erst innerhalb der KPD und anschließend in der vereinigten KPD/SPD, der SED, durchgesetzt haben. Dies ist m. E. zum Verständnis der Entwicklung des gesamten gesellschaftlichen Klimas in der SBZ/DDR von zentraler Bedeutung.

volutionär — als Orts- bzw. Stadt-Sowjets. Initiatoren oder Träger dieser Ausschüsse waren zumeist Kommunisten und/oder Sozialdemokraten, die oftmals (. . .) mit Angehörigen des (antifaschistischen) Bürger- oder Kleinbürgerturns zusammenwirkten, doch offenkundig zumeist antikapitalistische Vorstellungen entwickelten. Sie säuberten in vielen Fällen (. . .) Verwaltungen und Betriebe von aktiven Nazis, brachten die Strom-, Gas- und Wasserversorgung wieder in Gang, begannen die knappen Lebensmittel zu erfassen und zu verteilen und organisierten den Verkehr“⁹⁾.

⁸⁾ Vgl. Willy Brandt, a. a. O., S. 41 f.; Martin Jänicke, Der dritte Weg, a. a. O., S. 42; ders., Krise und Entwicklung in der DDR — Der 17. Juni und seine Folgen, a. a. O., S. 156; E. Mandel, Der Arbeiteraufstand in Ostdeutschland, in: Die Internationale Nr. 5, Okt. 1974.

⁹⁾ D. Staritz, Sozialismus in einem halben Land, Berlin 1976, S. 86 f.; vgl. auch: Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Frankfurt/Berlin/Wien 1978, S. 212 ff.

Diese Aktivitäten der Basisinitiativen entsprachen nicht den Vorstellungen der Sowjetunion und der aus dem Moskauer Exil zurückkehrenden KPD-Führung. Das KPD-ZK entsandte Ende April/Anfang Mai 1945 sogenannte Initiativ-Gruppen, die sich bemühten, von Berlin (Gruppe Ulbricht), Dresden (Gruppe Ackermann) und Stettin, später Schwerin (Gruppe Sobottka) ausgehend — in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen sowjetischen Stäben — einen straff zentralisierten und damit „von oben“ leicht kontrollierbaren Verwaltungsapparat aufzubauen¹⁰⁾.

Dies war zum einen notwendig, weil grundsätzlich keine leninistische Partei Aktivitäten von zentral weitgehend unabhängigen Basisinitiativen dulden kann, zum zweiten war es notwendig, weil sich die Vorstellungen der KPD-Führung von dem, was sich gesellschaftlich verändern sollte, erheblich von dem unterschied, was die Basis — auch die eigene KPD-Basis — als anzustrebendes gesellschaftliches Modell vorstellte.

Folgendes Beispiel beleuchtet m. E. sehr gut den Charakter der sich anbahnenden neuen gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse und die Reaktion auch überzeugter Genossen darauf: Im Haus des Zentralkomitees der KPD in Berlin gab es täglich drei unterschiedliche Essen. Für die Parteisekretäre: Suppe, Vorgericht, Fleischgericht und Nachspeise, dazu Rot- oder Weißwein oder andere Getränke. Für die Referenten und Abteilungsleiter gab es ein zweites, etwas bescheideneres Essen und für die übrigen Angestellten gab es Eintopf¹¹⁾. Wolfgang Leonhard, damals Mitglied der aus Moskau kommenden „Gruppe Ulbricht“ berichtet dazu¹²⁾:

„Ich kam gerade aus meinem Büro und wollte in den Speisesaal des ZK gehen. Auf der Treppe sprach mich ein sympathisch aussehender Mann mittleren Alters an. ‚Entschuldige, Genosse, arbeitest du hier?‘ ‚Ja, in der Propagandaabteilung.‘ ‚Das trifft sich ja gut. Ich bin nämlich als KPD-Funktionär aus dem Westen eingeladen worden. Eben hat man mir Marken zum Essen gegeben, aber ich weiß nicht, wo hier der Speisesaal ist.‘ ‚Das kommt darauf an, welchen Talon du hast.‘ Er schaute mich erstaunt an und zeigte mir seinen Talon. Es war einer der Kategorie Nr. 3 — ein Talon für die ‚nicht so wichtigen‘ Mitarbeiter. Ich zeigte ihm den Weg. ‚Sag mal, gibt es denn hier im ZK für

die Mitarbeiter verschiedenes Essen?‘ ‚Natürlich, es gibt vier verschiedene Talons, je nachdem, in welcher Funktion der Betreffende tätig ist. Die letzten beiden Gruppen sind für technische Mitarbeiter und Angestellte.‘ Ja, aber ... sind das nicht alles Genossen?! ‚Natürlich — auch die Putzfrauen, Chauffeure und Nachtwächter sind alles geprüfte Parteimitglieder.‘ Er schaute mich entsetzt an: ‚Verschiedene Talons, verschiedene Essen ... aber es sind doch alles Genossen!‘ Er wandte sich grüßlos ab und ging; wenig später hörte ich die Ausgangstür quietschen. Der Genosse hatte das ZK-Gebäude verlassen.“

Die KPD zerschlug sehr schnell die Antifa-Ausschüsse, die sie als „linke Überspitzung“ ansah, wobei sie allerdings selbst bei ihren eigenen Genossen, die in diesen Ausschüssen arbeiteten, auf Widerstand stieß. „Es gab viele Genossen, die zunächst nicht einsehen wollten, was politisch notwendig war“, berichtete Anton Ackermann¹³⁾. Und Ulbricht beschwerte sich wiederholt heftig über die „Rummurkserei mit der Antifa“¹⁴⁾.

Nach der von oben erzwungenen Auflösung der Antifa-Ausschüsse begannen die Initiativgruppen der KPD mit dem Aufbau eines zentralisierten Verwaltungsapparates nach der von Ulbricht ausgegebenen Devise: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“¹⁵⁾ Deshalb wurden in der neuen Verwaltung zunächst nur die zentralen Schaltstellen mit Kommunisten besetzt. Ulbricht: „Der erste stellvertretende Bürgermeister, der Dezernent für Personalfragen und der Dezernent für Volksbildung — das müssen unsere Leute sein. Dann müßt ihr noch einen ganz zuverlässigen Genossen in jedem Bezirk ausfindig machen, den wir für den Aufbau der Polizei brauchen.“¹⁶⁾

Statt an die Basisinitiativen, die Antifa-Ausschüsse und ähnliches anzuknüpfen und so von unten her eine neue Verwaltung aufzubauen, wurden von oben her — oft recht zufällig — Personen für einflußreiche Posten gesucht und eingesetzt. Viele Karrieremacher erhielten wichtige Positionen. Dies wird u. a. daran deutlich, daß Ende der 40er Jahre bis zu 20 Prozent (!) der SED-Mitglieder früher in der NSDAP waren¹⁷⁾. Diese Personen kamen nicht

¹³⁾ D. Staritz, a. a. O., S. 88.

¹⁴⁾ Ebenda, S. 89.

¹⁵⁾ Wolfgang Leonhard, a. a. O., S. 294.

¹⁶⁾ Ebenda, S. 293 f.

¹⁷⁾ Vgl. H. Duhnke, Stalinismus in Deutschland, o. O. 1955, S. 182. Diesen Zustand griff die Welt-
presse damals heftig an.

¹⁰⁾ Vgl. ebenda, S. 84.

¹¹⁾ Vgl. E. W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 59.

¹²⁾ Wolfgang Leonhard, a. a. O., S. 406.

aus dem lange gewachsenen sozialen Rahmen, aus dem heraus die Basisinitiativen tätig waren. „Die Arbeiter fühlten sich von der Aktivität der kommunistischen Kader nicht angezogen, sondern viel eher abgestoßen. Sie kannten die Leute nicht, die von irgendwoher plötzlich aufgetaucht waren, die einflußreiche Posten hatten und klug redeten.“¹⁸⁾ Vielerorts standen „Altkommunisten zusammen mit So-

IV. Die Gründung der SED

Im Mai 1945 war ein großer Teil der alten SPD- und KPD-Genossen an der Basis der Meinung, daß die verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterbewegung in SPD und KPD vor 1933 Hitler zur Macht verholfen hätte. Deshalb müsse eine neue einheitliche Partei der Arbeiterklasse aufgebaut werden²¹⁾.

Auch eine Reihe von SPD-Funktionären und das neue Führungsgremium der Ost-SPD, der Zentralauschuß (ZA), waren — im Gegensatz zur West-SPD — dieser Meinung. Bereits in den letzten Kriegstagen schlug Max Fechner, Mitglied der ZA, den heimgekehrten ZK-Funktionären der KPD (Walter Ulbricht) Gespräche über die Bildung einer Einheitspartei vor.

Die KPD-Führung reagierte darauf jedoch zunächst gar nicht und später nur mit dem Angebot, eine Aktionsgemeinschaft zu bilden²²⁾. Die aus Moskau heimgekehrte KPD-Führung wollte zunächst die ideologische und organisatorische Geschlossenheit der eigenen Partei herstellen — und vor allem den eigenen Führungsanspruch durchsetzen.

Von den 16 ZK-Mitgliedern, die den am 11. Juni 1945 veröffentlichten Gründungsauftrag der KPD unterzeichneten, waren zwar 14 gerade aus der Sowjetunion zurückgekehrt²³⁾. Es ging jedoch darum, diese zunächst nur formelle Führung der „SU-Emigranten“ auch faktisch in der Partei durchzusetzen. Und das war gar nicht so unproblematisch.

Die einfachen KPD-Mitglieder, die meist in den Antifa-Ausschüssen arbeiteten oder gearbeitet hatten, kritisierten heftig den Gründungsauftrag der KPD, weil in ihm nur „die Auf-

zialdemokraten gegen die fremden Elemente zusammen.“¹⁹⁾

In Sachsen etwa sollen 1947 30 Prozent der neuen Polizeibeamten wegen krimineller Vergehen vorbestraft gewesen sein²⁰⁾. Dieser auf solche Art und Weise neu aufgebaute Staatsapparat begann sich sehr bald gegen jeden zu richten, der Kritik äußerte, der andere Vorstellungen vom Aufbau des Sozialismus hatte.

richtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes“ gefordert wurde, vom Aufbau des Sozialismus jedoch nicht die Rede war. In dem Gründungsauftrag forderte die KPD-Führung sogar die „völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums“²⁴⁾.

Weiterhin standen sich sowohl in der KPD-Führung wie auch in der Mitgliedschaft — grob skizziert — zwei Strömungen gegenüber: auf der einen Seite standen die Emigranten, die aus dem Moskauer Exil zurückkehrten und für eine bedingungslose Disziplin gegenüber der Stalinschen Führung und der Politik der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) eintraten. Auf der anderen Seite standen jene Genossen, die teils aus der West-Emigration, teils aus Zuchthäusern, KZ-Lagern oder der Illegalität kamen und die weder Taktik und Programmatik noch den Führungsanspruch der Heimkehrer aus Moskau von vornherein anzuerkennen bereit waren²⁵⁾.

Häufig gab es Zwistigkeiten zwischen den „Illegalen“ und den „SU-Emigranten“, u. a. über die Frage, ob die KPD in irgendeiner Weise die Politik der sowjetischen Besatzungsmacht kritisieren dürfe. So forderten die „Illegalen“ etwa immer wieder eine öffentliche Verurteilung der Übergriffe und Vergewaltigungen durch die sowjetischen Soldaten. Und sie forderten die Aufhebung des Abtreibungsverbots für vergewaltigte Frauen. Die „SU-Emigranten“, vor allem Ulbricht, duldeten jedoch keine Diskussion darüber, da dies eine Kritik an der Sowjetunion bedeutet hätte²⁶⁾.

Die „SU-Emigranten“ setzten in doppelter Weise ihren Führungsanspruch in der Partei praktisch durch. Zum einen begannen sie eine intensive Schulungs- und Propaganda-Arbeit

¹⁸⁾ E. W. Griffke, a. a. O., S. 86.

¹⁹⁾ Ebenda, S. 87.

²⁰⁾ Vgl. ebenda, S. 245.

²¹⁾ Vgl. u. a. D. Staritz, a. a. O., S. 67 ff.; Carola Stern, Ulbricht, Köln/Berlin 1963, S. 127.

²²⁾ Vgl. ebenda, S. 62 ff.; E. W. Gniffke, a. a. O., S. 32 ff.

²³⁾ Vgl. Carola Stern, a. a. O., S. 125.

²⁴⁾ Vgl. Wolfgang Leonhard, a. a. O., S. 324.

²⁵⁾ Vgl. Carola Stern, a. a. O., S. 126 f.

²⁶⁾ Vgl. ebenda.

innerhalb der Partei. Zum anderen begannen sie eine massive Werbekampagne für neue Mitglieder. Durch diese Werbekampagne kamen viele Karrieremacher in die Partei, die zu allem, was von oben kam, „ja und Amen“ sagten, so daß die „Sektierer“ (Ulbricht) bald in der Minderheit waren²⁷⁾.

Ab Ende September 1945 nun begann die KPD ihrerseits auf eine rasche Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zu drängen — und zwar aus verschiedenen Gründen:

— es zeichnete sich ab, daß ihr eigener Apparat zunehmend ideologisch und organisatorisch derart gefestigt war, daß er die Auseinandersetzung um die Vorrangstellung innerhalb einer vereinigten Partei erfolgreich aufnehmen konnte²⁸⁾;

— bei den ersten Wahlen nach Kriegsende in anderen Ländern schnitten die kommunistischen Parteien wider Erwarten sehr schlecht ab²⁹⁾;

— innerhalb der SPD wuchs (speziell auf der Ebene der Kreis- und Bezirksverbände) das Mißtrauen gegen die KPD. „Die Kommunisten wollen uns überall überfahren, überall werden unsere Genossen herausgeworfen, mit den Kommunisten gibt es keine Zusammenarbeit.“³⁰⁾

Auf der Grundlage der trotzdem nach wie vor vorhandenen Vereinigungsbereitschaft eines Teils der SPD-Mitglieder, vor allem der SPD-Betriebsgruppen³¹⁾, gelang es der KPD jedoch noch, die Vereinigung zu vollziehen, ehe sich massiver Widerstand innerhalb der SPD organisieren konnte. Die Organisation eines derartigen Widerstandes wurde auch massiv von den Sowjets durch Verhaftungen etc. unterbunden.

Am 21./22. April 1946 fand der Gründungsparteitag der Sozialistischen Einheitspartei

Deutschlands (SED) statt. Auf ihm wurde u. a. beschlossen, die Parteivorstände auf allen Ebenen paritätisch, d. h. mit der gleichen Zahl von Sozialdemokraten und Kommunisten zu besetzen. „Tatsächlich aber setzten sich im neuen SED-Apparat sehr schnell die KPD-Kader durch. Die ehemaligen KPD-Mitglieder waren aktiver und schalteten ihre ehemals sozialdemokratischen Genossen aus.“³²⁾

Im Juli 1948 war die Macht von Ulbricht bereits derart gefestigt, daß er sich nicht nur verdeckt, sondern offen über die Beschlüsse des Gründungsparteitages hinwegsetzen konnte. Er forderte, die Parteivorstände auf allen Ebenen nicht mehr 1 : 1, sondern im Verhältnis 7 : 2, d. h. mit 7 Kommunisten und 2 Sozialdemokraten zu besetzen³³⁾.

Die 1. Parteikonferenz der SED im Januar 1949 trieb diesen Prozeß weiter voran. Der „demokratische Zentralismus“ wurde zum Prinzip des Parteaufbaus, Fraktionen und Gruppierungen in der SED wurden streng untersagt. Dem „Sozialdemokratismus“ wurde nun offen der Kampf angesagt. Das Bekenntnis zu Stalin und zur „führenden Rolle“ der Sowjetunion wurde für alle SED-Mitglieder verpflichtend. „Kontrollkommissionen“ wachten über die „Reinheit“ der Partei. Alte Sozialdemokraten wurden weiter aus ihren Funktionen verdrängt. Viele Verhaftungen schufen ein allgemeines Klima der Angst. Nach sowjetischem Vorbild wurden Kaderabteilungen eingeführt, die mit dem „Nomenklatursystem“ für Funktionäre die innere Demokratie endgültig auch formal durch eine Besetzung der Funktionen von oben nach unten ersetzte³⁴⁾.

Die Basis hatte endgültig jeden Einfluß auf die Entscheidungen und die Entwicklung der Partei verloren. Der straffe Zentralismus nach sowjetischem Vorbild hatte sich durchgesetzt.

V. Die betriebliche Entwicklung 1945—1953

Die Ausgangssituation der von mir im folgenden aufgezeigten Entwicklung der Herrschafts- und Machtverhältnisse in den Betrieben der SBZ/DDR 1945—1953 ist selbst Produkt eines Lernprozesses. Auf dem Hintergrund der sozialdemokratischen und kommunistischen Tradition der überwiegenden

Mehrheit der Arbeiter in den Industriezentren im Gebiet der SBZ vor 1933 und vor allem nach den Erfahrungen mit dem Faschismus, dem Zweiten Weltkrieg und der engen Verflechtung der Unternehmer mit den Machthabern im Dritten Reich war die Mehrheit der Arbeiter eindeutig antikapitalistisch einge-

²⁷⁾ Vgl. D. Staritz, a. a. O., S. 70.

²⁸⁾ Vgl. ebenda.

²⁹⁾ Vgl. E. W. Gniffke, a. a. O., S. 114.

³⁰⁾ Vgl. D. Staritz, a. a. O., S. 65.

³¹⁾ Vgl. ebenda, S. 80.

³²⁾ Ebenda, S. 79.

³³⁾ Vgl. E. W. Gniffke, a. a. O., S. 328.

³⁴⁾ Wolfgang Leonhard, a. a. O., S. 439, D. Staritz, a. a. O., S. 160, Carola Stern, a. a. O., S. 136 f.

stellt und sah seine politische Alternative nur im Sozialismus. Was eigentlich Sozialismus konkret in ihrem täglichen Handeln, was er für andere gesellschaftliche Gruppen, was er konkret für die Organisation der Volkswirtschaft bedeuten sollte, war ihnen jedoch relativ unklar. Eindeutig war bei der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter nur die Haltung, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft werden sollte³⁵).

Der Neubeginn der Produktion

Ab Mai 1945 setzten die Arbeiter in der damaligen Sowjetisch Besetzten Zone viele Betriebe selbst wieder in Gang³⁶). Die Betriebe waren stark zerstört, das Führungspersonal meist geflohen. Mit viel Sorgfalt richteten die Arbeiter „ihre“ Betriebe wieder her. Sie brachten „die Produktion mit den verbliebenen Ma-

³⁵) Bei dem Volksentscheid in Sachsen über die entschädigungslose Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher stimmten am 30.6. 1946 77,6 % für die Enteignung, 16,56 % lehnten die Enteignung ab und 5,8 % stimmten ungültig. Der Anteil unter den Arbeitern, der für die entschädigungslose Enteignung war, dürfte mit ziemlicher Sicherheit sehr viel höher gewesen sein als der der Gesamtbevölkerung; (vgl. D. Staritz, Sozialismus in einem halben Land, Berlin 1976, S. 100). Gegen dieses Abstimmungsergebnis als alleinigen Indikator für die antikapitalistische Haltung der Arbeiter kann noch argumentiert werden, daß es nur um die Enteignung der führenden Nationalsozialisten ging. Ähnliche Abstimmungsergebnisse gab es jedoch auch in den Westzonen — aber dort ging es grundsätzlich um eine Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien. So sprachen sich in Hessen am 1. 12. 1946 71,9 % der Abstimmenden für die Inkraftsetzung des Artikels 41 der Hessischen Landesverfassung aus. Der Artikel sah vor, „den Bergbau, die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Energiewirtschaft und das „an Schienen und Oberleitungen gebundene“ Verkehrswesen in Gemeineigentum zu überführen und die Großbanken und Versicherungsunternehmen vom Staate beaufsichtigen oder verwalten zu lassen“ (D. Staritz, a. a. O., S. 100; vgl. auch: D. Schneider, R. F. Kuda, Mitbestimmung, München 1969, S. 181). Am 18. 6. 1950 billigte die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens eine Verfassung, die in Artikel 27 die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum vorsah. In Hessen verhinderte die amerikanische, in Nordrhein-Westfalen die britische Besatzungsmacht das Inkrafttreten der Sozialisierungsbeschlüsse. Diese Abstimmungen in den Westzonen sind durchaus als Indikator für die damals allgemein vorherrschende antikapitalistische Haltung unter den Arbeitern zu interpretieren. Belegt wird schließlich die Haltung der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter in der damaligen SBZ durch die im folgenden aufgezeigte Praxis der Arbeiter in den Betrieben bis etwa Ende der 40er Jahre.

³⁶) Vgl. u. a.: Aus der Praxis der Betriebsräte, Berlin (Ost) 1946, S. 5 ff.; B. Sarel, Arbeiter gegen den „Kommunismus“, München 1975, S. 12 ff.

schinen, Rohstoffen und Materialien wieder in Gang. Sie bargen Produktionsanlagen aus den Trümmern und machten sie unter den größten Anstrengungen und Schwierigkeiten betriebsfähig.“ Sie begannen, „Gegenstände des dringendsten täglichen Bedarfs der Bevölkerung, Werkzeuge, Kleingeräte für die Landwirtschaft und ähnliches zu produzieren und Transportmittel sowie Verkehrswege wieder instand zu setzen“³⁷). Die Betriebe, die vorher Rüstungsgüter hergestellt hatten, wurden von ihnen auf Friedensproduktion umgestellt³⁸). In vielen Fällen brachten die Arbeiter „Werkzeuge und Geräte aus ihrem persönlichen Eigentum von zu Hause mit; sie beschlossen, auch sonntags zu arbeiten, um die Trümmer zu beseitigen. Mitunter legten Arbeiter und Angestellte eigene Geldmittel zusammen, um das Anlaufen der Betriebe zu finanzieren“³⁹). In den wenigen Fällen, wo die Unternehmer nicht geflüchtet waren, „nahm die Belegschaft, soweit sie sich in den ersten Maitagen zusammengefunden hatten, sofort gegen die früheren Inhaber Stellung und verjagte sie aus den Betrieben“⁴⁰).

Um den Ablauf der Produktion zu koordinieren, Verbindungen zu anderen Betrieben und der Landwirtschaft aufzunehmen⁴¹) etc. wähl-

³⁷) W. Krause, Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin (DDR) 1958, S. 26.

³⁸) Vgl. Aus der Praxis der Betriebsräte, a. a. O., S. 7.

³⁹) W. Krause, a. a. O., S. 26.

⁴⁰) Wille und Weg 2/1946, S. 12. Es gab nur seltene Ausnahmen — meist in kleineren Betrieben. Vgl. dazu: S. Doernberg, Die Geburt eines neuen Deutschland 1945—1949, Berlin (DDR) 1959, S. 273, 349, 470. Soweit mir bekannt ist, wird dieser Aspekt von fast allen westlichen Darstellungen der DDR-Frühgeschichte vernachlässigt. Eine fundierte Aufarbeitung dieser Problematik steht noch aus. Erste Ansätze sind: B. Sarel, a. a. O., und D. Staritz, Sozialismus in einem halben Land, Berlin 1976.

⁴¹) Es entwickelte sich die sogenannte „Kompensation“, d. h. der von den Betrieben organisierte Naturaltausch ihrer Produkte auf dem schwarzen Markt und die entsprechende Auszahlung eines Teils des Lohns in Naturalform. Die nach 1945 zunächst weitgehend autonom handelnden Betriebe organisierten oft komplizierte Ringtauschgeschäfte. Dies war weit verbreitet und wurde von den staatlichen Organen zunächst notgedrungen geduldet bzw. teilweise mitgetragen. Ohne die Kompensationsgeschäfte wäre die Versorgung der Bevölkerung mehr als gefährdet gewesen; Vgl. dazu auch D. Staritz, a. a. O., S. 104 ff. Wenn die Geschäfte auch mehr aus den Anforderungen einer Notlage erwachsen und sich weniger am gesellschaftlichen Bedarf als an den Bedürfnissen der Belegschaften und der Tauschpartner orientierten, so war dies aber auf jeden Fall eine breite Basisinitiative, an die eine wirklich demokratische Planung hätte anknüpfen können.

ten sich die Arbeiter Betriebsräte⁴²⁾. Den Betriebsräten oblagen Aufgaben „wie Produktionskontrolle, Preis- und Lohngestaltung, Lenkung der Waren“⁴³⁾. Die Betriebsräte beteiligten die Arbeiter unmittelbar an der Leitung der Betriebe⁴⁴⁾. In Belegschaftsversammlungen wurden über abzuschließende Verträge beraten⁴⁵⁾. Den Umständen entsprechend arbeiteten die Betriebe auf der Grundlage der spontanen, von oben relativ unkontrollierten Initiative der Arbeiter und unter Leitung der von ihnen gewählten Betriebsräte — vor allem in den alten Zentren der Arbeiterbewegung — mit bemerkenswertem Erfolg. „Die volkseigenen und SAG (Sowjetische Aktiengesellschaft; A.B.B.)-Betriebe in Sachsen-Anhalt (...) hatten bereits am 1. September 1947 das Jahressoll im Durchschnitt gesehen mit 117 % erfüllt“⁴⁶⁾.

Auf dem Hintergrund der eben kurz skizzierten Praxis in den Betrieben waren die Vorstellungen der Arbeiter von dem, was Sozialismus in der betrieblichen Sphäre heißen sollte, schon viel konkreter geworden — nämlich: ein hohes Maß an Selbstbestimmung über die Art und Weise der betrieblichen Organisation der Produktion, ansatzhafte Selbstbestimmung über die Produktion im gesellschaftlichen Maßstab und solidarische Verkehrsformen untereinander. Charakteristisch für den größten Teil der Arbeiter war damit zusammenhängend eine Ablehnung der innerbetrieblichen Hierarchie, eine egalitäre Einstellung bei den Lohnfragen und eine Ablehnung der Leistungsentlohnung. Auf dem Boden ihrer durch den Wiederaufbau der Betriebe erlangten starken Machtstellung, ihrer ansatzhaften Kontrolle über die materielle Struktur und in allerersten Ansätzen über die gesellschaftliche Struktur des Arbeitsprozesses, praktizierten die Arbeiter auch derartiges.

Insgesamt befanden sie sich auf dem Weg, aus ihrer Objektkontrolle, die sie in der kapitalistischen gesellschaftlichen Entwicklung einnahmen, herauszukommen. Sie befanden sich auf

dem Weg, Subjekte der betrieblichen und ansatzhaft auch der gesellschaftlichen Entwicklung zu werden.

Die Veränderung der betrieblichen Verhältnisse

Hier setzte jetzt ein „Lernprozeß“ an der Spitze ein. Da die KPD/SED zunächst in den anderen gesellschaftlichen Bereichen ihren Herrschaftsanspruch durchsetzen mußte, ließ man die Arbeiter beim Wiederaufbau der Betriebe und bei der Wiedereingangssetzung der Wirtschaft zunächst relativ selbstbestimmt gewähren. Die ersten Versuche von oben, die spontanen Initiativen der Arbeiter unter zentrale Kontrolle zu bekommen, waren halbherzig und nicht sehr erfolgreich, da man den Konflikt in den Betrieben noch scheute.

So hatte die SMAD (Sowjetische Militäradministration) in dem Befehl Nr. 180 vom 22. 12. 1945 zwar verfügt, die unter dem Faschismus praktizierte kapitalistische Leistungsentlohnung sollte beibehalten werden⁴⁷⁾. Aufgrund ihrer starken Stellung in den Betrieben 1945 bis 1947/48 setzten sich die Arbeiter jedoch in der betrieblichen Praxis schlichtweg darüber hinweg.

Um die spontanen Initiativen der Arbeiter unter Kontrolle zu bekommen, beschlossen die Zentralinstanzen, daß — in Vorwegnahme des sowjetischen Prinzips der „Einzelleitung“ — die Betriebe von „Treuhändern“ zu leiten seien, die die örtlichen Behörden einsetzen sollten.

Die Stellung der Arbeiter in den Betrieben war jedoch so stark, daß die örtlichen Behörden weitgehend dulden mußten, daß die Treuhänder in den Betrieben gewählt wurden. Im hochindustrialisierten Sachsen — dem alten „roten Herz Deutschlands“ — führte das dazu, daß 1946 47 % der Treuhänder Arbeiter waren⁴⁸⁾. Die Treuhänder arbeiteten eng mit den Betriebsräten zusammen bzw. wurden von ihnen kontrolliert⁴⁹⁾. In dem Maße jedoch, in dem der Herrschaftsanspruch der an Moskau orientierten Teile der KPD bzw. SED innerhalb der Partei und in den anderen gesellschaftlichen Bereichen gefestigt war — sie sich also auf eine Auseinandersetzung in den Betrieben einlassen konnten — und vor allen Dingen in dem Maße, in dem die Arbeiter eine immer stärkere selbstbestimmte Stellung in

⁴²⁾ Vgl. u. a.: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 4/1970, S. 654; W. Kause, a. a. O., S. 27.

⁴³⁾ Aufbruch in unsere Zeit, Berlin (DDR) 1976, S. 155.

⁴⁴⁾ Vgl. Protokoll des ersten FDGB-Kongresses, Berlin (Ost) 1946, S. 149.

⁴⁵⁾ Vgl. ebenda.

⁴⁶⁾ K. Engelsmann, Der Kampf der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands um die Entstehung und Entwicklung der Aktivistinnenbewegung im VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“, VEB Chemische Werke Buna und im VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld (Ende 1947 bis Ende 1949). Diss., Berlin (DDR) 1961, S. 38.

⁴⁷⁾ Vgl. Arbeit und Sozialfürsorge 1/1946, S. 12.

⁴⁸⁾ Vgl. W. Kause, a. a. O., S. 53; vgl. auch: D. Staritz, a. a. O., S. 96.

⁴⁹⁾ Vgl. Protokoll des ersten FDGB-Kongresses, a. a. O., S. 149.

den Betrieben erlangten und dezidiertere Vorstellungen entwickelten und praktizierten, was für ihren Bereich Sozialismus eigentlich konkret bedeutet — und zwar etwas anderes, als die aus der Sowjetunion importierten Vorstellungen — in dem Maße wurde es für die SED immer notwendiger, die Verhältnisse in den Betrieben grundsätzlich zu verändern, die Arbeiter wieder in eine Objektrolle zu drängen. Dies war notwendig zur eigenen Herrschaftsstabilisierung und zur Durchsetzung dessen, was die an Moskau orientierten Teile der SED unter Sozialismus verstanden⁵⁰⁾.

Die umfangreichen administrativen Maßnahmen ab Ende 1947, die betrieblichen Verhältnisse grundlegend zu verändern, stellten — in ihrer Gesamtheit betrachtet — eine geschickte Strategie dar. Die Zentralinstanzen bzw. die eng an Moskau orientierten Teile der SED hatten gelernt, daß — anders als in der Sowjetunion — ein ausgeklügeltes sozialtechnisches Vorgehen zur Durchsetzung der eigenen Vorstellungen notwendig war.

Als erstes lösten sie die unmittelbaren Organe der Arbeiter, die Betriebsräte, auf und setzten an ihre Stelle Gewerkschaftsorgane. Gleichzeitig instrumentalisierten sie in zunehmendem Maße die Gewerkschaften für die Durchsetzung der zentralen Vorstellungen. Die Arbeiter sollten keine Organe mehr besitzen, mit denen sie ihre Interessen artikulieren und durchsetzen konnten. Um weiter die starke Stellung der Arbeiter in den Betrieben zu schwächen, stellten die Zentralinstanzen die alte kapitalistische Hierarchie im Betrieb wieder her — vor allem indem das sowjetische Prinzip der „Einzelleitung“ eingeführt wurde und die wissenschaftlich-technische und ökonomische Intelligenz aus der Zeit des Faschismus zum großen Teil ihre alten Positionen im Betrieb zurückerhielt — und zusätzlich materiell erheblich privilegiert wurde. Und schließlich setzten die Zentralinstanzen mit der Intention, den solidarischen Zusammenhalt des größten Teils der Arbeiter aufzubrechen und die Konkurrenz unter ihnen zu fördern, den Leistungslohn gegen den Widerstand der Arbeiter in den Betrieben durch. Insgesamt war das ein miteinander verwobener, sich wechselseitig bedingender und vorantreibender Prozeß, der im folgenden näher analysiert werden soll.

Bis 1947 waren die Betriebsräte „fast ausschließlich die alleinigen Träger der Gewerk-

schaftsarbeit“⁵¹⁾ und keineswegs leicht von oben kontrollierbar bzw. für die Einführung des sowjetischen Planungsmodells funktionalisierbar. Es gab 1946 kaum Funktionäre im Betrieb, die bereit waren, Parteibefehle entgegenzunehmen⁵²⁾. Nachdem von den Betriebsräten gegen die Einführung von Akkord, gegen die Differenzierung der Entlohnung, wie sie im Befehl Nr. 234 der SMAD⁵³⁾ Ende 1947 befohlen wurde, und gegen die Einführung des Prinzips der Einzelleitung, wie sie von der SMAD im Befehl Nr. 76⁵⁴⁾ für die Betriebe verfügt wurde, erheblicher Widerstand ausging, mußte man sie auflösen, wenn diese Befehle in die betriebliche Praxis umgesetzt werden sollten.

Dabei ging man wie folgt vor: Zunächst mußten die Gewerkschaften im Betrieb, vor allem aber die gewerkschaftlichen Organe gestärkt werden. „In den meisten Betrieben (ist) von einer eigentlichen gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht viel“ zu bemerken⁵⁵⁾. (Obwohl in fast allen Betrieben mindestens 80 Prozent der Belegschaften gewerkschaftlich organisiert waren)⁵⁶⁾. Die „dringendste Aufgabe“ sei die Zusammenfassung und Aktivierung der Gewerkschaftsmitglieder in der Betriebsgewerkschaftsgruppe sowie die sofortige Wahl von Betriebsgewerkschaftsleitungen⁵⁷⁾.

In der ersten Zeit wurden nämlich Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) oft gar nicht aufgestellt⁵⁸⁾. Mit der Ausweitung der BGLs und der Intensivierung ihrer Tätigkeit wurden in den Betrieben Organe geschaffen, auf die die faktische Verfügungs- und Kontrollgewalt der Betriebsräte formell übergehen und die man gleichzeitig „von oben“ besser kontrollieren konnte.

Nach der Bitterfelder Gewerkschaftskonferenz vom 25. und 26. 11. 1948, zu der der Bundesvorstand des FDGB etwa 600 ausgewählte Funktionäre eingeladen hatte, wurden die Be-

⁵¹⁾ Aus der Arbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes 1947—1949, Berlin (DDR) 1950, S. 338.

⁵²⁾ Vgl. E. W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 346.

⁵³⁾ Dokumentiert in: H. Mattes, Das Leistungsprinzip als Grundlage der Entlohnung in der volkseigenen Wirtschaft, Berlin (DDR) 1954, S. 160 ff.

⁵⁴⁾ Vgl. Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945 bis 1949, Berlin (DDR) 1968, S. 626 f.

⁵⁵⁾ Tribüne 11. 11. 1948, S. 4.

⁵⁶⁾ Aus der Arbeit des FDGB 1947—1949, a. a. O., S. 422.

⁵⁷⁾ Vgl. Tribüne, 11. 11. 1948, S. 4 f.

⁵⁸⁾ Vgl. W. Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I, 1. Halbband, Berlin (DDR) 1955, S. 153.

⁵⁰⁾ Ausführlicher kann an dieser Stelle nicht auf die Ursachen eingegangen werden.

etriebsräte aufgelöst oder mit den BGLs vereinigt⁵⁹⁾.

Parallel mit dieser Entwicklung mußten die Gewerkschaften zu einem „Transmissionsriemen“ werden, über den die Vorstellungen auf zentraler Ebene in die betriebliche Praxis umgesetzt werden sollten. Ab 1945 wurde unabhängig von den spontanen Initiativen in den Betrieben zentral „von oben“ ein neuer Gewerkschaftsapparat aufgebaut. Die Spitze des FDGB war von Anfang an von KPD- bzw. SED-Vertretern beherrscht⁶⁰⁾. Neben dem Abbau der Rechte der Betriebsräte fand eine immer weitergehende Zentralisierung der Gewerkschaftsarbeit statt. Die Einzelgewerkschaften wurden in die Kompetenz der FDGB-Spitze eingebunden. Gleichzeitig wurde — auch formal — der Führungsanspruch der Partei gegenüber der FDGB-Führung durchgesetzt. Etwa 1950 kann dieser Prozeß als abgeschlossen angesehen werden⁶¹⁾.

Die Gewerkschaften waren zu „Trägern der Planerfüllung“ geworden⁶²⁾, ohne daß die Arbeiter Einfluß auf die zentralen Zielsetzungen des Plans nehmen konnten und ohne daß sie ihre unmittelbaren Interessen noch artikulieren und durchsetzen konnten. Der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb lag vor allem in der „Durchsetzung des Leistungslohns“⁶³⁾. War dieser der Belegschaft aufgezwungen, war es „vor allen Dingen“ die Aufgabe des BGL der Betriebsleitung bei der Verschärfung der Normen zu helfen⁶⁴⁾.

Weiterhin stellten die Zentralinstanzen nach sowjetischem Vorbild sukzessiv eine innerbetriebliche Hierarchie her, die stark derjenigen

in kapitalistischen Betrieben glich — mit einem Unterschied: die Arbeiter hatten mit den Gewerkschaften kein Organ mehr, um ihre unmittelbaren Interessen durchzusetzen, wenn es vor allem auf den unteren Ebenen auch noch eine Reihe von Funktionären gab, die sich der zentralen Funktionalisierung der Gewerkschaften widersetzte. Dies wurde von der SED als „Nur-Gewerkschaftertum“ angeprangert und heftig bekämpft.

Die Zentralinstanzen setzten das Prinzip der Einzelleitung in den Betrieben durch und die wissenschaftlich-technische und ökonomische Intelligenz des Kapitalismus — genauer diejenigen, die schon während des Dritten Reiches entsprechende Positionen innehatten — erhielt ihre frühere Stellung im Betrieb zurück. Es wurden „zur Entwicklung der Organisation und Leitung der volkseigenen Industrie große Teile der alten Wirtschaftskräfte und technischen Intelligenz“ herangezogen⁶⁵⁾. Oft waren das alte Nazis, die die Arbeiter erst kurz vorher aus den Betrieben verjagt hatten.⁶⁶⁾ Die Arbeiter sprachen in den Betrieben offen von der „Diktatur der Intelligenz“⁶⁷⁾.

Um die alten „bürgerlichen Spezialisten“ in das neu zu schaffende System zu integrieren, billigte man ihnen erhebliche materielle Privilegien zu. So erhielt die wissenschaftlich-technische und ökonomische Intelligenz in der Zeit allgemeinen Mangels neben den sogenannten „Intelligenzpaketen“ — Lebensmittelpakete, die neben den allgemeinen Lebensmittelkarten verteilt wurden — ein zusätzliches warmes Essen der ersten (besseren) Gruppe in den Betrieben, während die meisten Arbeiter und Angestellten ein Essen der zweiten (schlechteren) Gruppe in einer getrennten Kantine bekamen⁶⁸⁾. Sie erhielt zusätzliches Heizmaterial und zusätzlichen elektrischen Strom⁶⁹⁾. Sie erhielt Kredite zum Bau von Eigenheimen, und ihr wurden bevorzugt Wohnungen zugewiesen⁷⁰⁾. Sie erhielt 18 bis 24 Arbeitstage Urlaub im Jahr, während alle Arbeiter nur 12 Arbeitstage bekamen⁷¹⁾. Ihr wurden verschiedene Erholungsheime und ein Sanatorium zur

⁵⁹⁾ Vgl. Aus der Arbeit des FDGB 1947—1949, a. a. O., S. 420—422; Durch politische Klarheit zu schnellen Erfolgen der Gewerkschaften. Bitterfelder Zonenkonferenz des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes am 25. und 26. November 1948, hrsg. vom Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, o. O., o. J. (1948).

⁶⁰⁾ Vgl. Gewerkschaftlicher Neubeginn, Dokumente zur Gründung des FDGB und seiner Entwicklung von Juni 1945 bis Februar 1946; hrsg. und eingeleitet von H. Bednarek, A. Behrendt, D. Lange, Berlin (West) 1975, S. XVI ff.

⁶¹⁾ Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, Berlin (DDR) 1966, S. 87; DDR-Handbuch, Köln 1975, S. 277; D. Staritz, a. a. O., S. 116.

⁶²⁾ Vgl. Bundesvorstand des FDGB (Hrsg.), Plan des FDGB zur Entfaltung der Masseninitiative zur Durchführung des Fünfjahresplanes der DDR 1951 bis 1955, Berlin (DDR) 1951, S. 8.

⁶³⁾ H. Warnke, Festigt die innergewerkschaftliche Demokratie — entfaltet die Aktivität aller Gewerkschaftsmitglieder, hrsg. vom Bundesvorstand des FDGB, Berlin (DDR) 1951, S. 10.

⁶⁴⁾ Vgl. ebenda.

⁶⁵⁾ W. Krause, a. a. O., S. 128.

⁶⁶⁾ Vgl. W. Ulbricht, Gewerkschaften und Zweijahresplan, Berlin (Ost) 1948, S. 35 f.; Protokoll des 3. FDGB-Kongresses, a. a. O., S. 79.

⁶⁷⁾ Vgl. Neues Deutschland 31. 7. 1952, S. 5.

⁶⁸⁾ Vgl. ZVOBl 1948, S. 3 (Zentralverordnungsblatt).

⁶⁹⁾ Vgl. GBl der DDR 1950, S. 189 (Gesetzblatt der DDR).

⁷⁰⁾ Vgl. ZVOBl 1949, S. 229; GBl der DDR 1950, S. 189; GBl der DDR 1951, S. 487.

⁷¹⁾ ZVOBl 1948, S. 2.

Verfügung gestellt⁷²⁾. Sie erhielt im Krankheitsfall 6 Monate lang ihr volles Gehalt weiter⁷³⁾. Sie erhielt eine Altersrente zwischen 60 und 80 Prozent ihres vorherigen Gehaltes⁷⁴⁾. Rentenbezüge aus anderen Versicherungen wurden dabei nicht berücksichtigt⁷⁵⁾. Diese Rente wurde auch gezahlt, wenn nach dem 65. Lebensjahr weitergearbeitet wurde, d. h. also zusätzlich zum Gehalt⁷⁶⁾. Die Rente war steuerfrei⁷⁷⁾.

Neben all diesen Vergünstigungen erhielt die sogenannte „fortschrittliche Intelligenz“ Gehälter und Prämien, die um ein vielfaches über dem Durchschnittseinkommen der Arbeiter lag. In Einzelverträgen⁷⁸⁾ wurden Gehälter bis zu 4 000 M, in Einzelfällen bis zu 15 000 M pro Monat festgesetzt⁷⁹⁾.

Bei Planerfüllung bzw. -übererfüllung gab es quartalsmäßig Prämien bis zu 150 Prozent des jeweiligen Brutto-Monatsgehaltes⁸⁰⁾. Am Jahresende wurden für die technische Intelligenz Treueprämien vergeben, und zwar 5 % des Jahresgehaltes nach Ablauf von 2 Jahren, 8 % des Jahresgehaltes nach Ablauf von 5 Jahren ununterbrochener Beschäftigung⁸¹⁾. Zusätzlich wurde die Besteuerung dieser Gehälter gesenkt⁸²⁾ und Prämien nur zu einem nochmal ermäßigten Satz versteuert⁸³⁾.

Beispielhaft soll einmal das Jahresgehalt eines Direktors im Bergbau mit einem Monatsgehalt von 10 000 M nach 2jähriger Betriebsangehörigkeit und einer gleichmäßigen Planerfüllung von 110 Prozent pro Quartal berechnet werden. Es beträgt 168 000 M. Das Höchstgehalt, das nach den damaligen gesetzlichen Regelungen erzielt werden kann, beträgt 284 400 M im Jahr⁸⁴⁾.

Demgegenüber mußte etwa ein Textilarbeiter 1948 wöchentlich im Durchschnitt mit 33,80 M, 1951 mit 49,10 M auskommen; ein Metallarbeiter erhielt 1948 durchschnittlich 48,70 M pro Woche, 1951 71,60 M⁸⁵⁾.

⁷²⁾ ZVOBl 1949, S. 229.

⁷³⁾ Vgl. GBl der DDR 1951, S. 490.

⁷⁴⁾ Vgl. ZVOBl 1949, S. 230; GBl der DDR, S. 845; GBl der DDR 1951, S. 488, GBl der DDR 1952, S. 512.

⁷⁵⁾ Vgl. GBl der DDR 1951, S. 488.

⁷⁶⁾ Vgl. ebd., S. 490.

⁷⁷⁾ Vgl. ebd.

⁷⁸⁾ Vgl. GBl der DDR 1950, S. 840; GBl der DDR 1951, S. 486 und 488 ff.

⁷⁹⁾ Vgl. GBl der DDR, 1951, S. 511.

⁸⁰⁾ Vgl. ebd., S. 626.

⁸¹⁾ Ebd., S. 486.

⁸²⁾ Vgl. ZVOBl 1949, S. 229.

⁸³⁾ Vgl. ebd., S. 228.

⁸⁴⁾ Berechnet auf Grundlage: GBl der DDR 1952, S. 511; GBl der DDR 1951, S. 626 und 486.

⁸⁵⁾ Quelle: W. Krause, a. a. O., S. 164.

Parallel zur Auflösung der Betriebsräte, zur Instrumentalisierung der Gewerkschaften und zur Wiederherstellung der alten Herrschaftsverhältnisse in den Betrieben wurde von den Zentralinstanzen — als Voraussetzung für diese Entwicklung und diese gleichzeitig weiter vorantreibend — mit der Intention, den solidarischen Zusammenhalt der Arbeiter aufzubrechen, die Konkurrenz unter ihnen zu fördern, der Leistungslohn gegen ihren Widerstand wieder eingeführt.

Ein erster Schritt, die „Gleichmacherei“ in den Betrieben aufzuheben, war die Differenzierung der markenfremen warmen Mahlzeiten in den Kantinen. Zunächst wurde zwischen den Betrieben differenziert. Die „führenden Industriezweige und das Transportwesen (erhielten) (...) ab 1. November 1947 eine tägliche warme Mahlzeit über die auf die Hauptkarten erhaltenen Rationen hinaus“⁸⁶⁾. Die entsolidarisierende Intention dieser Maßnahme ist offensichtlich, denn als Leistungsanreiz kann diese Aufhebung der „Gleichmacherei“ wohl kaum interpretiert werden. Für den einzelnen Arbeiter war es relativ zufällig, ob er sich in dem politisch dekretierten Relevanzbereich befand oder nicht. Neid und Mißgunst innerhalb der gesamten Arbeiterschaft wurden durch diese Maßnahme gefördert, und die Bauarbeiter beschwerten sich auch sogleich, daß sie nicht zu dem bevorzugten Bereich zählten⁸⁷⁾.

Innerhalb der bevorzugten Betriebe wurde weiter differenziert: „Für hochqualifizierte Arbeiter der führenden Berufe, für Arbeiter in körperlich schwerer und gesundheitsschädlicher Arbeit sowie für *Ingenieure und Techniker* nach den Normen für warmes Essen der ersten (besseren; A.B.B.) Gruppe.“⁸⁸⁾ In Vorausschau des Widerstandes in den Betrieben gegen diese Regelung — wie er im folgenden noch aufgezeigt wird — wurde gleich verfügt: „Es ist verboten: (...) einen mittleren für sämtliche Betriebsangehörige gleichmäßigen Verpflegungssatz an Stelle der vorgesehenen zwei unterschiedlichen Formen festzulegen“⁸⁹⁾.

⁸⁶⁾ Befehl Nr. 234 der SMAD, dokumentiert in: H. Matthes, a. a. O., S. 163; vgl. auch: Richtlinien für die Durchführung der warmen Zusatzverpflegung in Werkküchen der Betriebe führender Industriezweige und des Transportwesens“ vom 25. 10. 1947, in: Jahrbuch für Arbeit und Sozialfürsorge 1947/48, hrsg. von der Hauptverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge bei der DWK, Berlin o. J., S. 414 ff.

⁸⁷⁾ Vgl. Arbeit und Sozialfürsorge 1/2/1948, S. 19.

⁸⁸⁾ Befehl Nr. 234, a. a. O., S. 163 (Hervorhebung A. B. B.).

⁸⁹⁾ Jahrbuch für Arbeit und Sozialfürsorge 1947/48, a. a. O., S. 416.

Zusätzlich zu der Differenzierung der Mahlzeiten in bessere und schlechtere ist es in einer Reihe von Betrieben — vermutlich weil dort das Widerstandspotential der Arbeiter gering war — noch zu einer weiteren Differenzierung gekommen. Die Anordnung, daß die Betriebsleiter „berechtigt und verpflichtet (sind), Bummelanten sowie Mitarbeiter, die die Arbeitsdisziplin verletzen oder aus eigenem Verschulden (das ist meistens eine Interpretationssache; A.B.B.) die festgesetzten Produktionsnormen nicht erfüllen (...), von der zusätzlichen warmen Mahlzeit auszuschließen“⁹⁰⁾, ist anscheinend in einigen Betrieben dazu benutzt worden, einen Teil der Belegschaft überhaupt von der warmen Mahlzeit auszuschließen. So kam es zu der Erscheinung, daß sich die Belegschaft beim Gang in die Kantine nicht nur in zwei Gruppen — für das bessere bzw. das schlechtere Essen — teilte, sondern in drei Gruppen. Der dritte Teil der Belegschaft blieb überhaupt „vor der Tür, um hier die mitgebrachten Stullen zu verzehren“⁹¹⁾.

An solchen Beispielen wird die entsolidarisierende Intention der Differenzierung der Betriebsmahlzeiten besonders deutlich.

Ein zweiter Schritt, die „Gleichmacherei“ in den Betrieben zu beenden, war die leistungsgebundene bzw. disziplingebundene Verteilung von Konsumgütern in den Betrieben. „Den besten Arbeitern, die eine hohe Arbeitsdisziplin und Arbeitsleistung aufweisen, wird in erster Linie die Möglichkeit zur Beschaffung von Kleidern, Schuhwerk und anderen Industriewaren gegeben.“⁹²⁾

Die Differenzierung der Mahlzeiten und die Verteilung von Konsumgütern war noch ein sehr unvollkommenes Instrument zur Durchsetzung des Leistungslohnes, kann nur als erster Schritt verstanden werden, um unter den Bedingungen des allgemeinen Mangels die Konkurrenz und Spaltung der Arbeiter zu fördern.

Systematischeren Charakter in dieser Beziehung trug die fortwährend betriebene sukzessive Aufstockung der Anzahl der Lohngruppen und die Verstärkung der Differenzierung zwischen ihnen. Im größten Betrieb der SBZ/DDR, Leuna, gab es 1948 nur 3 Lohngruppen⁹³⁾. Die meisten Industriezweige besaßen noch

1950 nur 5 Lohngruppen, einer hatte bis zu diesem Zeitpunkt noch überhaupt keine Lohngruppendifferenzierung⁹⁴⁾. Und die Differenzierung zwischen den Lohngruppen war gering, d. h. zwischen den niedrigsten und der höchsten Lohngruppe bestand kein sehr großer Unterschied⁹⁵⁾.

Über verschiedene Stufen — zeit- und branchenmäßig differenziert — wurde die Anzahl der Lohngruppen in fast allen Industriezweigen auf acht erhöht. Seinen Höhepunkt und vorläufigen Abschluß fand dieser Prozeß am 1. September 1950⁹⁶⁾.

Zwischen den verschiedenen Lohngruppen erweiterte sich — entsprechend der zentralen Intention — mit zunehmender Tendenz der Abstand⁹⁷⁾. Es sei darauf zu achten, „daß die Differenzierung zwischen den untersten und den obersten Lohngruppen erweitert wird“⁹⁸⁾. Ein Instrument dazu bildeten u. a. „Eingruppierungsrichtlinien“, denen eine Wertzahltablette zugrunde lag, die aus der nationalsozialistischen Wirtschaftsordnung übernommen wurde⁹⁹⁾. Dort bildete sie im Rahmen des Lohngruppenkatalogs Eisen und Metall zu Beginn der 40er Jahre die Grundlage der ersten Form der analytischen Arbeitsplatzbewertung¹⁰⁰⁾.

Weiterhin setzten die Zentralinstanzen mit Hilfe eines geschickt zusammengestellten Bündels von Maßnahmen die Akkordentlohnung gegen die Arbeiter durch. Wie erwähnt, hatten diese die von der SMAD im Dezember 1945 befohlene Beibehaltung der Akkordentlohnung aus der Zeit des Nationalsozialismus schlichtweg ignoriert.

Nachdem im Befehl Nr. 234 der SMAD 1947 allgemein befohlen wurde, „die Anwendung von Stück- und Akkordlohn (...) ist zu erweitern“¹⁰¹⁾, wurde im einzelnen wie folgt vorgegangen:

— Beim Übergang vom Zeit- zum Akkordlohn erhöhte sich der Grundlohn bei hundertprozentiger Vorgabeerfüllung grundsätzlich um „den im Tarifvertrag festgelegten prozen-

⁹⁴⁾ Vgl. „Verordnung über die Verbesserung der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben“ vom 17.8. 1950, in: Arbeit und Sozialfürsorge 17/1950, S. 392 ff.

⁹⁵⁾ Vgl. H. Matthes, a. a. O., S. 113.

⁹⁶⁾ Vgl. W. Krause, a. a. O., S. 128.

⁹⁷⁾ Vgl. ebenda und GBl der DDR 1952, S. 501 f.

⁹⁸⁾ Die Arbeit 7/1950, S. 296.

⁹⁹⁾ Vgl. H. Matthes, a. a. O., S. 112.

¹⁰⁰⁾ Vgl. R. Schmiede, E. Schudlich, Die Entwicklung der Leistungsentlohnung in Deutschland, Frankfurt/M. 1976, S. 305 ff.

¹⁰¹⁾ Vgl. H. Matthes, a. a. O., S. 162.

⁹⁰⁾ Ebd.

⁹¹⁾ H. Domeinski, Die SAG-Betriebe als Schulen des Sozialismus, Diss., Halle 1975, S. 205, zit. nach: N. Ewers, Manuskript, Bielefeld 1978.

⁹²⁾ ZVOBl 1948, S. 9.

⁹³⁾ Vgl. H. Engelsmann, a. a. O., S. 62.

tualen Zuschlag¹⁰²⁾ i. a. um 15 Prozent gegenüber dem Tariflohn¹⁰³⁾.

— Der Stücklohn wurde (zunächst) progressiv ausgestaltet, d. h. bei Übererfüllung der vorgegebenen Norm stieg der Lohn überproportional¹⁰⁴⁾. Der progressive Stücklohn „wurde Ende 1948 massenweise auf der Grundlage erfahrungsstatistischer Arbeitsnormen eingeführt“¹⁰⁵⁾.

— Die Höhe des Akkordverdienstes wurde nicht begrenzt, d. h. eine hohe durchschnittliche Normenübererfüllung führte (zunächst) nicht zu einer Erhöhung der Norm. Normveränderungen sollten nur auf Basis veränderter Arbeitsbedingungen möglich sein¹⁰⁶⁾.

— Die Lohnsteuer für Akkordmehrverdienste wurde abgeschafft¹⁰⁷⁾.

— Die Arbeitsnormen als Grundlage der Leistungsentlohnung wurden nach den Normalleistungen in den Betrieben festgelegt; als Normalleistung galt (zunächst) die bisher erreichte mittlere Leistung im Betrieb¹⁰⁸⁾.

— In Streitfällen bei Lohnfragen sollten Lohnausschüsse entscheiden, die „sich zusammen(setzten) aus drei Belegschaftsangehörigen, sowie aus drei Vertretern, die der Betriebsleiter benennt“¹⁰⁹⁾.

— Für die gut arbeitenden Betriebe, d. h. solche, in denen die Einführung der Akkordentlohnung gute Fortschritte machte, war aufgrund des Befehls Nr. 234 eine zusätzliche warme Mahlzeit vorgesehen¹¹⁰⁾.

Mit Hilfe dieser Maßnahmen, die teilweise sehr bald schon wieder rückgängig gemacht wurden, gelang es den — im folgenden noch aufzuzeigenden — Widerstand der Arbeiter gegen die Einführung der Akkordentlohnung zu brechen und diese in breiterem Umfang einzuführen. „1949 betrug der Anteil der Stücklöhner an der Gesamtzahl der Beschäftigten rund 40 % und hat sich bis Ende 1951 auf über 65 % erhöht.“¹¹¹⁾

¹⁰²⁾ ZVOBl 1948, S. 476.

¹⁰³⁾ Vgl. Die Arbeit 10/1948, S. 304; K. Engelsmann, a. a. O., S. XIII.

¹⁰⁴⁾ Vgl. ZVOBl 1948, S. 477.

¹⁰⁵⁾ H. Matthes, a. a. O., S. 62. Die progressive Ausgestaltung des Stücklohnes wurde aber schon 1949 wieder zurückgenommen, vgl. ebenda, S. 62 f.

¹⁰⁶⁾ Vgl. ZVOBl 1948, S. 476.

¹⁰⁷⁾ Vgl. Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. II, Berlin (DDR) 1951, S. 37.

¹⁰⁸⁾ Vgl. ZVOBl 1948, S. 476.

¹⁰⁹⁾ Ebenda, S. 477.

¹¹⁰⁾ Vgl. Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. II, a. a. O., S. 37.

¹¹¹⁾ H. Matthes, a. a. O., S. 63.

Um den Stücklohn zu berechnen, muß eine „Normal“-Leistung als Bezugspunkt dienen. Die Festlegung dieser Bezugsleistung ist nach Durchsetzung der Akkordentlohnung in den folgenden Jahren konzeptionell, vor allem aber in der Praxis in den Betrieben Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen.

Zentral für die von oben intendierten dauernden Verschärfungen der „Normal“-Leistung, der „Norm“, war die ab Oktober 1948 initiierte Aktivistenbewegung, d. h. die von einzelnen oder von Gruppen nach sorgfältiger arbeitsorganisatorischer Vorbereitung an einem Tag erbrachten hohen Normenübererfüllungen. Bei der Festlegung der Normen stellten die Aktivistenleistungen dann „den ‚konkreten‘ Bezugspunkt dar, von dem ausgehend wir alle anderen Arbeitsleistungen messen können“¹¹²⁾.

Durch erhebliche materielle Privilegierung¹¹³⁾ in der Zeit allgemeinen Mangels und durch die Aussicht, in der (neuen) innerbetrieblichen Hierarchie aufzusteigen, gelang es den Zentralinstanzen, in den Betrieben einzelne Arbeiter zu finden, die sich als Normenbrecher hergaben. „Die materielle Interessiertheit war die Hauptmethode, um die Aktivistenbewegung zu einer Massenbewegung werden zu lassen.“¹¹⁴⁾.

„Durch Prämierung, durch Beförderung besonders fähiger Aktivisten zu Vorarbeitern und Meistern, durch Entsendung besonders entwicklungsfähiger Jungaktivisten auf technische Hochschulen, durch Bevorzugung der Aktivisten bei der Einweisung in Ferien- und Erholungsheime“¹¹⁵⁾ usw. gelang es der SED, in den Betrieben eine — für ihre Intentionen im Kampf um Lohn und Leistung notwendige — dünne Schicht von Aktivisten zu schaffen. Viele von ihnen wurden später „Arbeitsnormer“¹¹⁶⁾ und liefen nur noch mit der Stoppuhr durch den Betrieb. Diese aufgestiegenen Aktivisten verfügten noch über jene Erfahrungen des Produktionsprozesses, die die Arbeiter benutzten, um bei der Arbeitsnormung ein Lei-

¹¹²⁾ Die Arbeit 1/1950, S. 10. Nach Stalin sollten sich das anzustrebende Normniveau im Betrieb „ungefähr in der Mitte der bestehenden Normen und den Normen befinden“, die die Aktivisten errangen; vgl. J. W. Stalin, Fragen des Leninismus, Moskau 1947, S. 608.

¹¹³⁾ Vgl. u. a.: GBl der DDR 1951, S. 331.

¹¹⁴⁾ W. Falk, Kleine Geschichte einer großen Bewegung, Berlin (DDR) 1966, S. 67.

¹¹⁵⁾ Die Arbeit 5/1948, S. 134.

¹¹⁶⁾ Vgl. Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. II, Berlin (DDR) 1951, S. 273; und K. Engelsmann, a. a. O., S. 206.

stungsniveau durchzusetzen, das ihren eigenen Vorstellungen entsprach. Da die aufgestiegenen Aktivisten über dieses Wissen verfügten, waren sie in der Lage, zusammen mit den Technikern und „Nur-Zeitnehmern“ ihren früheren Kollegen die Normen in stärkerem Maße heraufzusetzen als es die Techniker alleine geschafft hätten. (Bemerkenswert dabei ist die Parallele zu der Art und Weise, wie Taylor seine Karriere begann. Dieser stieg ebenfalls vom Arbeiter zum Vorgesetzten auf und benutzte seine Erfahrung des Arbeitsprozesses, um gegen seine früheren Kollegen die Vorgabezeiten zu verschärfen¹¹⁷⁾.)

Die Formen des Widerstandes der Arbeiter^{117a)}

Den zahlreichen, nachteiligen Veränderungen der Verhältnisse in den Betrieben der damaligen SBZ ab etwa Ende 1947 setzten die Arbeiter¹¹⁸⁾ auf dem Hintergrund der Ansprüche an

¹¹⁷⁾ Taylor selbst beschreibt das in naiver Offenheit ausführlich; vgl. Taylor's Testimony before the Special House Committee, in: M. Braverman, Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt/M./New York 1977, S. 76 ff.

^{117a)} Mit dieser Darstellung der Widerstandsformen der Arbeiter — die ja zum größten Teil im FDGB organisiert waren — leiste ich implizit auch eine Kritik an dem methodischen und inhaltlichen Vorgehen von F. Deppe, G. Fülberth, H.-J. Harrer, u. a., (Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977), die auch der Entwicklung des FDGB einige Seiten widmen. Aus einer Gegenüberstellung der von mir herausgearbeiteten Widerstandsformen an der FDGB-Basis und im FDGB-Apparat und der Beschreibung der Entwicklung des FDGB-Apparates durch diese Autoren werden die methodischen und inhaltlichen Differenzen sofort deutlich.

¹¹⁸⁾ „Die Arbeiter“, „die Arbeiterklasse“ als homogene Einheit gibt es nicht. Ihr kollektives Handeln und ihr Bewußtsein ist immer Resultat von Widersprüchlichkeiten und unterschiedlichen Interessenlagen an „der Basis“ selber. Dies genau zu erfassen, hat jedoch bisher auch die westliche Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung nicht geschafft. (Erste Ansätze dazu sind: Erhard Lucas, Arbeiterradikalismus. Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1976; Wolfgang Schäfer (Hrsg.), Eure Bänder rollen, nur wenn wir es wollen! Arbeiterleben und Gewerkschaftsbewegung in Südniedersachsen, IG Chemie-Papier-Keramik, Verwaltungsstelle Hann. Münden, Hann. Münden 1979. Um so weniger war ich in diesem ersten Versuch eines historisch-industriesoziologischen Zugangs zu den Ereignissen am 17. Juni 1953 dazu in der Lage, weitergehende Differenzierungen innerhalb „der Arbeiter“ vorzunehmen. Diese Differenzierungen zu treffen, ist eine Aufgabe der weiteren Forschung zu diesem Problemkreis. Das Vorgehen in diesem Aufsatz rechtfertigt sich jedoch von daher, als nach meinem jetzigen Kenntnisstand die Arbeiter, die im wesentlichen die aufge-

die politische, gesellschaftliche und vor allem betriebliche Realität, die sich in den Jahren des Neubeginns der Produktion schon sehr viel konkreter herausgebildet hatten, erheblichen Widerstand entgegen. Umgekehrt kann aus den Widerstandsformen der Arbeiter gegen die aufgezeigten betrieblichen Veränderungen auf ihre Ansprüche an die betriebliche und gesellschaftliche Entwicklung, auf ihre Ansprüche an das, was für sie Sozialismus eigentlich konkret bedeuten sollte, geschlossen werden.

Gleichzeitig wird bei den im folgenden aufgezeigten Widerstandsformen auch deutlich werden, daß die Instrumentalisierung der Gewerkschaften für die zentralen Ziele keineswegs so einfach und friktionslos verlief.

Mit der Auflösung der Betriebsräte 1948 — der unmittelbaren Organe, die sich die Arbeiter selbst geschaffen hatten — war der größte Teil der Arbeiter nicht einverstanden. Sie erhoben den Anspruch, die unter den Betriebsräten geübte basisdemokratische Praxis der innerbetrieblichen Entscheidungsfindung beizubehalten. Von den meisten Betriebsräten selbst wird berichtet, daß sie ihre Auflösung „nicht gleich verstanden und nicht begriffen, daß die Betriebsräte, nachdem sie ihre Aufgabe erfüllt hatten, einer qualitativ neuen Entwicklung Platz machen mußten“¹¹⁹⁾. Dies führte aus verschiedenen Gründen jedoch im allgemeinen nur zu passiven Widerstandsformen und dumpfer Opposition.

Zum einen hoffte ein Teil der Arbeiter darauf, daß die Gewerkschaften die Funktion als ihr unmittelbares Vertretungsorgan übernehmen würde, zum anderen war 1948 der staatliche Unterdrückungsapparat bereits so stark ausgebaut, daß aktiver Widerstand gegen offizielle Direktiven sehr gefährlich war.

Passive Widerstandsformen scheinen aber weit verbreitet gewesen zu sein. So stimmten etwa bei den Wahlen der Betriebsgewerkschaftsleitung in den Leunawerken, die den Betriebsrat ablösen sollte, 25 Prozent der Belegschaft ungültig¹²⁰⁾. Teilweise weigerten sich Betriebsräte für die BGL zu kandidieren. Es gibt „sogar Genossen, die sich als Betriebsräte (...) gegen das Mitbestimmungsrecht der BGL wenden und es ablehnen, sich bei den

zeigten Aktions- und Widerstandsformen seit 1945 getragen haben, auch zentral an dem Aufstand beteiligt waren.

¹¹⁹⁾ W. Lucas, H. Witzel, Die Bergarbeiter im Kampf für die sozialistische Deutsche Demokratische Republik, Berlin (DDR) 1965, S. 120.

¹²⁰⁾ Vgl. Neuer Weg 11/1948, S. 11.

BGL-Wahlen als Kandidaten aufstellen zu lassen¹²¹⁾. Teilweise beherrschten die Betriebsräte wie selbstverständlich weiterhin die Lage¹²²⁾.

Der Widerstand reichte bis weit in die Gewerkschaften hinein, auf die die Rechte der Betriebsräte übergehen sollten. „Selbst unsere Genossen im Zentralvorstand der IG Eisenbahn (schwanken) in diesen Fragen.“ Es ist unbedingt notwendig, zu einer „Klärung nicht bloß unten, sondern auch in den Leitungen der Gewerkschaften“ zu kommen¹²³⁾.

Die Tatsache, daß selbst führende Gewerkschafter gegen die Erweiterung ihrer organisatorischen Rechte im Betrieb waren, läßt sich nur dahingehend interpretieren, daß sie erkannt hatten, daß die Auflösung der Betriebsräte nur Bestandteil einer von oben forcierten Entwicklung, speziell der Einführung der Leistungsentlohnung, des Abbaues der Rechte der betrieblichen Organe der Arbeiter und der Funktionalisierung der Gewerkschaften allgemein war. Und dagegen wehrten sie sich.

Gegen die parallel zur Auflösung der Betriebsräte verlaufende Wiederherstellung der alten (kapitalistischen) Hierarchie in den Betrieben regte sich auf dem Hintergrund des neu gewonnenen Selbstbewußtseins der Arbeiter beim Wiederaufbau der Betriebe ebenfalls erheblicher Widerstand. „Viele Arbeiter reagierten empört. ‚Wir sind hier doch nicht bei den Soldaten!‘“¹²⁴⁾.

Teilweise gab es offenen Widerstand. Die Arbeiter ließen sich nicht so ohne weiteres die in der Aufbauphase nach 1945 gewonnene Selbstbestimmung bei der Kontrolle der materiellen Struktur des Arbeitsprozesses nehmen. „Es gibt Vertrauensleute, die den Parteifunktionären das Recht verweigern, (...) (an Produktionsbesprechungen) teilzunehmen und zu betrieblichen Angelegenheiten zu sprechen“¹²⁵⁾.

Die Arbeiter bezogen eine klare Frontstellung gegenüber der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Intelligenz. Wie bereits erwähnt, sprach man in den Betrieben offen von der „Diktatur der Intelligenz“¹²⁶⁾.

Vor allem richtete sich der Unmut gegen deren materielle Privilegien in der Zeit allgemei-

nen ökonomischen Mangels. Immer wieder war die FDGB-Spitze gezwungen, die Tendenz der „Gleichmacherei“ und des „Sektierertums“ gegenüber der Intelligenz anzugreifen¹²⁷⁾, denn es herrschte im allgemeinen „Unverständnis in der Bündnisfrage gegenüber (...) der Intelligenz“¹²⁸⁾.

„Bei einem Teil der Arbeiterschaft herrschen noch rückständige und schädliche Ansichten über die technische Intelligenz, die Mißtrauen gegenüber der Intelligenz erwecken.“¹²⁹⁾

Der betriebliche Widerstand der Arbeiter fand Rückhalt bei Teilen der Gewerkschafts- und SED-Funktionäre. „Obwohl unsere Regierung der Förderung unserer technischen Intelligenz (...) größte Aufmerksamkeit zuwendet, legen einzelne Funktionäre (...) ein gleichgültiges Verhalten gegenüber unserer Intelligenz an den Tag. Obwohl durch die höchsten Organe unserer Partei (...) wiederholt und immer wieder mit Nachdruck darauf hingewiesen wurde, daß wir unserer technischen Intelligenz eine umfassende Fürsorge angedeihen lassen müssen, haben die für die Durchführung dieser Aufgaben verantwortlichen Genossen (...) die Durchführung der Beschlüsse unserer Partei verhindert und sogar gegen sie verstoßen.“¹³⁰⁾

Beim Abschluß der Betriebskollektivverträge¹³¹⁾ zeigte eine Reihe von Gewerkschaftsfunktionären eine „schädliche Haltung der Gleichmacherei gegenüber der technischen Intelligenz“¹³²⁾. „Es zeigten sich aber auch bei einer Reihe von Mitgliedern (der SED; A. B. B.) der Intelligenz gegenüber eine Gleichmacherei und sogar feindliche Anschauungen.“¹³³⁾ Funktionäre der SED verzögerten auf den unteren Ebenen bürokratisch unter fadenscheinigen Vorwänden die Aufnahme von technischer Intelligenz und von Aktivisten in die SED¹³⁴⁾.

Ein derartiges Verhalten wurde „von oben“ immer wieder angeprangert. „Wir können ein solches Sektierertum einfach nicht gebrauchen, wie es bei manchen Gewerkschaftsfunktionären oft heute noch darin zum Ausdruck kommt, daß sie nicht verstehen, warum wir (...) den Vertretern der technischen Intelli-

¹²¹⁾ Ebenda, S. 11 f.

¹²²⁾ Vgl. B. Sarel, Arbeiter gegen den „Kommunismus“, München 1975, S. 39.

¹²³⁾ Neuer Weg 11/1948, S. 12.

¹²⁴⁾ Aufbruch in unsere Zeit, Berlin (DDR) 1976, S. 178.

¹²⁵⁾ K. Engelsmann, a. a. O., S. 139.

¹²⁶⁾ Neues Deutschland 31. 7. 1952, S. 5.

¹²⁷⁾ Vgl. u. a.: Protokoll des 3. FDGB-Kongresses, a. a. O., S. 79.

¹²⁸⁾ K. Engelsmann, a. a. O., S. 37.

¹²⁹⁾ GBl der DDR 1951, S. 485.

¹³⁰⁾ Neues Deutschland 12. 12. 1952, S. 5.

¹³¹⁾ Vgl. Anmerkung 165.

¹³²⁾ Dokumente der SED, Bd. III, a. a. O., S. 655 f.

¹³³⁾ Ebenda, S. 659.

¹³⁴⁾ Vgl. Neues Deutschland 14. 12. 1951, S. 5.

genz ein höheres Einkommen gewähren und nicht dulden wollen, daß einigen von ihnen ihre nazistische Vergangenheit vorgeworfen wurde¹³⁵). Das heißt also, der Widerstand richtete sich auch dagegen, daß Nationalsozialisten ihre frühere Stellung in der betrieblichen Hierarchie mit den entsprechenden materiellen Privilegien zurückerhielten.

In diesen Widerstandsformen bzw. dieser Bewußtseinshaltung der Arbeiter wird ihr Anspruch an eine neue betriebliche Realität ohne hierarchische Strukturen deutlich, wie sie sie ansatzhaft in den Jahren seit 1945 erfahren hatten.

Gegen die Einführung der Leistungsentlohnung gab es heftigen Widerstand in den Betrieben, wie er nicht zuletzt in der dargelegten Notwendigkeit, den Akkord mit einer geschickten sozialtechnischen Strategie durchzusetzen, deutlich wird. Auch dieser Widerstand wurde von vielen Gewerkschafts- und SED-Funktionären — meistens auf den unteren Ebenen — unterstützt.

Zunächst wehrten sich die Arbeiter gegen die „leistungsdifferenzierte“ Verteilung der Betriebsmahlzeiten, des „Befehlsessens“, wie die Arbeiter es nannten.

„Natürlich sind wir dabei auf starken Widerstand gestoßen, nicht nur bei den Arbeitern (...), auch bei Funktionären. Sie wollten nicht einsehen, warum diese Differenzierung notwendig war. ‚Hunger haben alle (...) hielten sie uns entgegen‘¹³⁶).

Und der berichtende Funktionär stöhnt: „Was wir da für Diskussionen in den Betrieben zu führen hatten!“¹³⁷) „Im heutigen VEB-Mihoma — damals Kirchner und Co. — verlangten die etwa 400 Arbeiter und Angestellten (...): Alle bekommen Werkküchenessen oder keiner!“¹³⁸)

Diese Haltung der Belegschaft kann als repräsentativ für die Situation in den meisten Betrieben der damaligen SBZ angesehen werden, die das „Befehlsessen“ erhielten. „Solche falsch verstandene Kollegialität (...) trafen wir damals häufig an“¹³⁹).

Diese „falsch verstandenen Kollegialität“ führte dazu, daß sich viele Betriebe über die befohlene Differenzierung der Mahlzeiten

einfach hinwegsetzten. „Anstatt A- und B-Portionen wird oder wurde bis vor kurzem in manchem volkseigenen Betrieb alles in einen Topf geworfen, damit auch ‚die anderen‘ ein Essen bekommen.“¹⁴⁰)

In den Betrieben, die die zusätzliche warme Mahlzeit nicht erhielten, muß das Widerstandspotential der Arbeiter noch größer gewesen sein. Es gab Ansätze, „die Werktätigen, die nicht in den Genuß einer zusätzlichen warmen Mahlzeit kommen konnten, zu Demonstrationen und zur Einstellung der Arbeit zu bewegen“¹⁴¹). Aus Protest gegen die Nichtteilnahme am Werkküchenessen ist eine Reihe von Arbeitern aus dem FDGB ausgetreten. „In Plauen hatte eine größere Anzahl von Metallarbeitern (...) die Mitgliedsbücher des FDGB auf den Tisch geworfen“¹⁴²).

Bei der innerbetrieblichen Verteilung von Industriewaren wurde teilweise von den Arbeitern verlangt, diese Verteilung „nicht nach der Leistung, sondern nach der sozialen Bedürftigkeit vorzunehmen“¹⁴³).

Neben diesen „naturalwirtschaftlichen Vorformen“ des Widerstandes der Arbeiter gegen die Leistungsentlohnung wehrten sie sich in erheblichem Ausmaß gegen die Einführung von Akkord. Die Arbeiter standen „der Einführung (...) eines Leistungslohns ablehnend gegenüber“¹⁴⁴), so daß er „in der damaligen Ostzone erst nach langwierigen Auseinandersetzungen (...) Fuß fassen“ konnte¹⁴⁵).

Als auf der Neptunwerft in Rostock in „einer großen Versammlung“ die Einführung eines „leistungsabhängigen Lohnes“ angekündigt wurde, „gab es vielstimmige Rufe: ‚Akkord ist Mord.‘ Es „entstand ein richtiger Tumult“¹⁴⁶).

In vielen Betrieben wurde gegen die Einführung von Akkord gestreikt. „An mehreren Stellen kam es zu Arbeitsverweigerungen.“¹⁴⁷)

Als den „verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionären in Leipzig“ die Einführung der Leistungsentlohnung erläutert werden sollte, gab es auch hier — auf der Funktionärebene — heftigsten Widerstand. „Das waren turbulente Diskussionen! Ja, die Kollegen sind auf

¹³⁵) Protokoll des 3. FDGB-Kongresses, a. a. O., S. 79.

¹³⁶) Aufbruch in unsere Zeit, a. a. O., S. 175.

¹³⁷) Ebenda.

¹³⁸) Ebenda, S. 182.

¹³⁹) Ebenda.

¹⁴⁰) Einheit 1/1949, S. 29.

¹⁴¹) Jahrbuch für Geschichte, Bd. 11, Berlin (DDR) 1974, S. 89.

¹⁴²) Aufbruch in unsere Zeit, a. a. O., S. 186.

¹⁴³) H. Domeinski, a. a. O., S. 90, zit. nach N. Ewers, a. a. O.

¹⁴⁴) Aufbruch in unsere Zeit, a. a. O., S. 174.

¹⁴⁵) H. Matthes, a. a. O., S. 51.

¹⁴⁶) Aufbruch in unsere Zeit, a. a. O., S. 149.

¹⁴⁷) K. Engelsmann, a. a. O., S. 55.

die Tische gesprungen, hauptamtliche Funktionäre sind ganz wild geworden (...). Sie beschimpften uns als Arbeiterverräter¹⁴⁸⁾

Wegen des Widerstandes der Arbeitnehmer gegen die Akkordentlohnung „ist seine Einführung sehr langsam vonstatten gegangen.“¹⁴⁹⁾

Nachdem der Akkord formal eingeführt war, stieß er „jedoch in der Praxis immer noch auf ernste Schwierigkeiten“¹⁵⁰⁾. Man traute sich oft nicht, „mit der Stoppuhr an den Arbeiter heranzutreten“¹⁵¹⁾.

Auf die Prämierung hervorragender Leistungen als Element der Einführung der Leistungsentlohnung reagierten viele betroffene Arbeiter mehr defensiv, peinlich berührt. Es gab Fälle, „wo z. B. qualifizierte, bewährte Arbeiter ihre Leistungsprämie ablehnen wollten, weil Vergünstigungen, mögen sie auch verdient sein, mit ihrer Auffassung von sozialer Gerechtigkeit unvereinbar seien“¹⁵²⁾. Die Arbeiter neigten „zur gleichmäßigen Aufteilung der zusätzlich erhaltenen Lohnsumme“¹⁵³⁾. Einzelne Prämienempfänger fühlten sich „nicht selten verpflichtet, ‚brüderlich‘ zu teilen“¹⁵⁴⁾.

Immer wieder wurde die egalitäre Einstellung der Arbeiter zu den Lohnfragen offiziell angeprangert. „Es gibt Proletarier (...), die aus falsch angewandter Klassensolidarität heraus im vermeintlichen Interesse der Schwächeren ihrer Klasse die Gleichmacherei fordern“¹⁵⁵⁾.

Die zentrale Rolle der Aktivistenbewegung im Kampf um Lohn und Leistung, bei den dauernden Versuchen der Normenverschärfung, wurde bereits erläutert. Entsprechend heftig wehrten sich die Arbeiter gegen die Aktivisten.

Die Auseinandersetzungen um die „Hennecke-Bewegung“ „waren schwer und hart“¹⁵⁶⁾. Die Arbeiter sagten: „Wir lassen uns doch nicht gegeneinander hetzen“¹⁵⁷⁾. Sie beschimpften die Aktivisten als „Arbeiterverräter“¹⁵⁸⁾.

Hennecke selber, der erste Aktivist der SBZ/DDR, schildert das so: „Ich wußte, worauf ich

mich eingelassen hatte (...), ich wußte, die Arbeiter in der Ostzone würden toben gegen mich. Aber in meiner Sache war ich absolut sicher: Meine Kumpel in meinem Schacht, die würden zu mir halten. (...) Und als ich dann ausfuhr, war alles ganz anders. Ich existierte mit einemal nicht mehr. Meine Kumpel sahen mich nicht. Ich war für sie Luft. (...) Es kamen Briefe, anonyme Briefe, mit Morddrohungen. Der Strick läge schon bereit“¹⁵⁹⁾.

Die Aktivistenbewegung wurde auch von vielen Gewerkschafts- und SED-Funktionären abgelehnt. Das „schlimmste“ für Hennecke war, „daß auch fortschrittliche Menschen verwirrt waren. Funktionäre vom Nachbarschacht riefen an und machten unseren Funktionären Vorwürfe, daß sie einen Normenbrecher wie mich herausstellten“¹⁶⁰⁾.

Die Arbeiter versuchten durch Streiks und offene tätliche Bedrohung von Funktionären gegen die Aktivistenbewegung vorzugehen. „Die Entwicklung der Aktivistenbewegung war in den drei Chemie-Werken kein glatter, konfliktloser Prozeß. (...) Es gab im Werk Fälle organisierter Arbeitsverweigerung und tätlicher Bedrohung von Funktionären“¹⁶¹⁾.

Schikanen gegen Aktivisten waren an der Tagesordnung. „Dem einen wurde ein Sack Schattottemehl über die Maschine geschüttet, dem anderen Kleidungsstücke und einem dritten Werkzeug entwendet“¹⁶²⁾.

In diesen Widerstandsformen wird der Anspruch der Arbeiter, Lohn- und Leistungs-niveau sowie Lohndifferenzierung selbst zu bestimmen, deutlich. Und es wird ihre Forderung auf solidarische Verkehrsformen im Betrieb, nicht-konkurrenzhafter Beziehungen untereinander sichtbar. Sie wollten sich nicht „gegenseinander hetzen“ lassen und forderten als materielle Grundlage, damit kein Neid und keine Mißgunst untereinander entstehen könne, eine weitgehend egalitäre Entlohnung.

Insgesamt gesehen konnten sich die Arbeiter jedoch mit ihren Widerstandsformen nicht durchsetzen¹⁶³⁾. Die Folge war ein Lernprozeß.

¹⁴⁸⁾ Aufbruch in unsere Zeit, a. a. O., S. 176 f.; vgl. u. a. auch: W. Krause, a. a. O., S. 121.

¹⁴⁹⁾ Die Arbeit 2/1949, S. 67.

¹⁵⁰⁾ H. Matthes, a. a. O., S. 155.

¹⁵¹⁾ Arbeit und Sozialfürsorge 9/1949, S. 203.

¹⁵²⁾ Einheit 4/1949, S. 364.

¹⁵³⁾ H. Matthes, a. a. O., S. 17.

¹⁵⁴⁾ W. Falk, a. a. O., S. 77.

¹⁵⁵⁾ Einheit 4/1949, S. 364.

¹⁵⁶⁾ Jahrbuch für Geschichte, Bd. 11, a. a. O., S. 354.

¹⁵⁷⁾ Jahrbuch für Geschichte, Bd. 17, Berlin (DDR) 1977, S. 443.

¹⁵⁸⁾ Vgl. K. Engelsmann, a. a. O., S. 68.

¹⁵⁹⁾ F. Selbmann, (Hrsg.), Die erste Stunde. Portraits, Berlin (DDR) 1969, S. 212 f.

¹⁶⁰⁾ Ebenda, S. 213.

¹⁶¹⁾ K. Engelsmann, a. a. O., S. 142 f.

¹⁶²⁾ Ebenda, S. 144.

¹⁶³⁾ Als Hauptgründe dafür sind neben der Tatsache, daß 1948 der staatliche Unterdrückungsapparat bereits so stark ausgebaut war, daß jeder Widerstand gegen offizielle Direktiven sehr gefährlich war, die mangelnde Kampferfahrung und vor allem die partielle Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse zu nennen. Viele damals in der Landwirtschaft tätige, ehemalige Kleinbürger und viele

War zunächst eine relativ starke Identifikation der Arbeiter mit „dem System“ vorhanden — u. a. weil man sie zunächst in den Betrieben gewähren ließ —, so änderte sich diese Haltung in Zusammenhang mit den betrieblichen Veränderungen und dem Widerstand, den sie der von oben intendierten Entwicklung entgegensetzten. Die Zentralinstanzen wurden von den Arbeitern in zunehmendem Maße als ihnen fremd und feindlich gegenüberstehend begriffen.

Nach den Auseinandersetzungen um die Betriebskollektivverträge (BKV) 1951, deren Verabschiedung vor allem von den Gewerkschaftsorganen im Betrieb durchgesetzt werden sollte, wurde auch der Apparat des FDGB von den Arbeitern eindeutig zu „denen da oben“ gezählt¹⁶⁴).

Die BKV sind „ein Mittel zur Planerfüllung“¹⁶⁵). In ihnen wird seit 1951 jährlich der Plan für den Betrieb aufgeschlüsselt und muß von der Belegschaft verabschiedet werden. In den ersten BKV von 1951 sollten auch „die Lohn- und Arbeitsbedingungen“ für die jeweiligen Betriebe festgelegt werden¹⁶⁶), und zwar sollten die aufgezeigten Veränderungen in den Entlohnungsmethoden und die zentralen Intentionen bei der Normenfestlegung von den einzelnen Belegschaften akzeptiert werden. Gleichzeitig wurde der BKV von den staatlichen Stellen als Instrument angesehen, die gesamtwirtschaftliche Lohnsumme zu senken¹⁶⁷).

Gegen den Abschluß der ersten BKV 1951 gab es erheblichen Widerstand von Seiten der Arbeiter. Viele Belegschaften verweigerten trotz vorhergehender wochenlangender Diskussion in offener Abstimmung und trotz der Anwesenheit von SED-Funktionären dem BKV ihre Zustimmung¹⁶⁸). Besonders heftig war der Widerstand in den alten Zentren der Arbeiterbe-

Frauen — alle ohne Erfahrung mit dem industriellen Arbeitsprozeß — kamen in die Betriebe. Sie waren anfällig für die entsolidarisierenden Strategien von oben, sie nahmen oft die Gelegenheit wahr, in der neuen innerbetrieblichen Hierarchie aufzusteigen.

¹⁶⁴) Vgl. G. Haas, Der FDGB 1954, Bonn 1954, S. 8.

¹⁶⁵) GBl der DDR 1951, S. 117.

¹⁶⁶) GBl der DDR 1950, S. 351.

¹⁶⁷) Vgl. Die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in der Sowjetzone, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1953, S. 63.

¹⁶⁸) Vgl. A. Leutwein, Der Betriebskollektivvertrag in der SBZ, Bonn 1955, S. 25 f.; Arnulf Baring, a. a. O., S. 11.

wegung, so etwa bei Zeiß Jena oder den Leuna-Werken¹⁶⁹).

Wie stark der Widerstand der Arbeiter gewesen sein muß, läßt sich auch daraus ersehen, daß bereits im nächsten Jahr fast alle die „Lohn- und Arbeitsbedingungen“ betreffenden Regelungen gesetzlich zentral erlassen und nicht mehr der Regelung durch den BKV überlassen wurden.¹⁷⁰) Und diese gesetzlichen Regelungen waren „materiell für die Arbeiter erheblich günstiger als die entsprechenden Vorschriften in den BKV des Jahres 1951“¹⁷¹).

Die Auseinandersetzung um die BKV verschärfte die Fronthaltung der Arbeiter gegenüber den Zentralinstanzen. Gleichzeitig erwuchs aus der Art und Weise, wie die Auseinandersetzungen abliefen, und aus dem relativen Erfolg ihres Widerstandes den Arbeitern ein neues Gefühl der Stärke, das Voraussetzung für ihr Aufbegehren am 17. Juni 1953 war.

Zusammenfassend seien hier abschließend noch einmal die Ansprüche der Arbeiter an die betriebliche und in weiterem Sinne an die gesellschaftliche Realität, wie sie sich aus den Widerstandsformen gegen die aufgezeigte Entwicklung der betrieblichen Verhältnisse ablesen lassen, festgehalten:

— Die Arbeiter strebten eine basisdemokratische Struktur der innerbetrieblichen Entscheidungsfindung an bzw. wollten die unter den Betriebsräten geübte Praxis weiter fortsetzen.

— Sie lehnten die alten kapitalistischen (und auch die neuen) hierarchischen Verhältnisse innerhalb des Betriebes ab.

— Sie wollten u. a. über Lohn- und Leistungsniveau und Ausmaß der Lohndifferenzierung selbst bestimmen.

— Sie forderten als materielle Grundlage, damit kein Neid und keine Mißgunst untereinander entstehen konnten, eine weitgehend egalitäre Entlohnung.

— Sie strebten insgesamt betriebliche Verhältnisse an, die solidarische Verkehrsformen und nicht-konkurrenzhaft Beziehungen untereinander ermöglichten.

¹⁶⁹) Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, Berlin (DDR) 1966, S. 107 f.

¹⁷⁰) Vgl. GBl der DDR 1952, S. 377, 501, 503, 504, 509, 593, 594, 647; GBl der DDR 1953, S. 1003.

¹⁷¹) G. Haas, a. a. O., S. 11.

VI. Die unmittelbare Vorgeschichte des Aufstandes

Auf dem Hintergrund derartiger Ansprüche der Arbeiter an die betriebliche und gesellschaftliche Realität begann ab 1952 eine gesamtwirtschaftliche und politische Entwicklung, die diese grundsätzliche Unzufriedenheit der Arbeiter immer mehr verstärkte.

Die II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 beschloß den „Aufbau des Sozialismus“¹⁷²⁾. Bereits praktizierte Maßnahmen, wie die beschleunigte Entwicklung der Schwerindustrie, die dadurch bedingte Drosselung der Konsumgüterindustrie und der Aufbau einer Armee wurden ideologisch abgesichert und verstärkt vorangetrieben. Neue Maßnahmen in diesem Rahmen, wie die beschleunigte Kollektivierung der Landwirtschaft, die Verstaatlichung von Handel und mittleren Betrieben und ein verstärkter Kampf gegen die Kirche führten zu einer steigenden Fluchtbewegung der betroffenen Bevölkerungsgruppen.

Insgesamt führten all diese Maßnahmen ab Ende 1952 zu einer erheblichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation. Die allgemeine Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, aber auch mit Textilien und anderen Industriegütern war gefährdet¹⁷³⁾.

Um diese schlechte Versorgungslage zu verbessern, ergriff die Regierung zuerst Maßnahmen, die den privaten Handel und die verbliebene Privatindustrie in erheblichem Maße weiter einschränkten¹⁷⁴⁾.

Gleichzeitig wurden die Preise für die meistkonsumierten Produkte (Zucker, Wurstwaren etc.) stark angehoben und die Zahlungen verschiedener Sozialversicherungen (Krankenkassen, Alters-, Invalidenversicherung, Ferien usw.) eingeschränkt. Die 75 %ige Verbilligung der Tarife für Fahrten zum Arbeitsplatz wurde aufgehoben¹⁷⁵⁾.

Auch durch diese Maßnahmen verstärkte sich die Fluchtbewegung, so daß sich die allgemeine wirtschaftliche Lage noch weiter verschlechterte. Zum ersten Mal seit 1947 herrschte eine wirkliche Ernährungskrise¹⁷⁶⁾.

¹⁷²⁾ Vgl. Einheit 8/1952, SBZ-Archiv 16/1953; J. O. Nettel, Die deutsche Sowjetzone heute, Frankfurt/M. 1953, S. 271.

¹⁷³⁾ Vgl. Neues Deutschland, 31. 1. 1953; A. Baring, Der 17. Juni 1953, Bonn 1957, S. 18.

¹⁷⁴⁾ Kommunique der Sitzung des Ministerrats vom 2. Februar 1953; in: Die Wirtschaft 6/1953, S. 1 f.

¹⁷⁵⁾ Vgl. E. Mandel, Der Arbeiteraufstand in Ostdeutschland, in: Die Internationale Nr. 5 (1974), S. 123 f.

¹⁷⁶⁾ Vgl. A. Baring, a. a. O., S. 21; J. P. Nettel, a. a. O., S. 278.

*Anwachsen der Zahl der Flüchtlinge*¹⁷⁷⁾

Januar bis Juni 1952:	72 226
Juli bis Dezember 1952:	110 167
Januar bis Mai 1953:	184 793

Die Flüchtlinge stammten vor allem aus den Kreisen der privaten Mittel- und Kleinindustrie, des Handwerks und der Bauern¹⁷⁸⁾.

Während dieser Zeit versuchte die SED, neben den genannten Maßnahmen die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung mit verstärkten „freiwilligen“ Normenerhöhungen in den Griff zu bekommen.

War nach den Auseinandersetzungen um die BKV 1951 von Regierung und Partei ein „versöhnlicher“ Kurs in den Fragen von Lohn, Leistung und Arbeitsbedingungen eingeschlagen worden, u. a. um den FDGB in den Augen der Arbeiter zu rehabilitieren¹⁷⁹⁾, so änderte sich das ab Januar 1953 grundlegend. Die Erhöhung der Normen stand wieder im Vordergrund¹⁸⁰⁾. Wie eine solche „freiwillige“ Normenerhöhung durchgesetzt wurde, beschreibt ein Ostberliner Bauarbeiter: „Bereits am 1. Mai wurden die Normen für die Arbeiter meines Betriebes (VEB Ausbau) um 35 (!) Prozent erhöht. 14 Brigadiere — die doch eigentlich die Vertrauensleute ihrer Kollegen sein sollten — wurden zusammengerufen und sollten über die Normenerhöhung abstimmen. Außer mir wagte keiner zu widersprechen. Sie wußten, daß das Entlassung bedeuten würde, und es war nicht leicht, dann Arbeit zu finden. Drei Tage später wurde mir gekündigt, wegen ‚struktureller‘ Veränderungen“¹⁸¹⁾.

Gegen diese „freiwilligen“ Normenerhöhungen seit Anfang 1953 gab es in Ostberlin und der gesamten DDR immer wieder erheblichen Widerstand, bis hin zu Streiks¹⁸²⁾. Bei diesen Auseinandersetzungen ging es nicht nur um die reinen Normenerhöhungen, sondern verbunden damit äußerten die Arbeiter auch ihre weitergehenden Ansprüche an die betriebli-

¹⁷⁷⁾ Berechnet nach: SBZ-Archiv 20/1955, S. 310.

¹⁷⁸⁾ Vgl. Dokumente der SED, Bd. IV, Berlin (DDR) 1964, S. 428.

¹⁷⁹⁾ Vgl. G. Haas, Der FDGB 1954, Bonn 1954, S. 9 ff.

¹⁸⁰⁾ Vgl. ebenda, S. 12 f.

¹⁸¹⁾ J. G. Leithäuser, Der Aufstand im Juni, Teil I und II, in: Der Monat, Heft 60 und 61, 1953, S. 598.

¹⁸²⁾ Vgl. Karl-Wilhelm Fricke, Selbstbehauptung und Widerstand in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bonn/Berlin 1964, S. 108 f.; S. Brant, a. a. O., S. 87 ff.; J. G. Leithäuser, a. a. O., S. 597 f.

che Realität, indem sie sich gegen die materielle Privilegierung der „Intelligenz“ und der Parteikader im Betrieb wandten. „Wieviel Prämie hat der Funktionär Kahnt erhalten und was hat er produziert?“ wurde öffentlich auf einer Betriebsversammlung am 16. April 1953 gefragt¹⁸³). Und es kam — wie schon so oft — zu Tendenzen der „Gleichmacherei“¹⁸⁴). Stärker als früher mußten sich die Arbeiter dabei mit dem Macht- und Unterdrückungsapparat des Staates auseinandersetzen, verstärkte sich damit die Fronthaltung gegen das System. „Am 13. Mai organisierten die ‚Facher‘, die Schlackensteinarbeiter, im Mansfelder Kupferbergbau einen Streik, weil ihnen wetterbedingte Feierschichten nicht mehr bezahlt werden sollten. Als die Werksleitung die Streikführer durch Polizei festnehmen ließ, erzwangen die Arbeiterdelegationen aus anderen Betriebsabteilungen deren Freilassung sowie die Erfüllung ihrer Lohnforderungen mit der Drohung einer allgemeinen Arbeitsniederlegung“¹⁸⁵). Gerade kampfstärke Belegschaften setzten sich bei den permanenten Auseinandersetzungen um die Normenerhöhungen seit Anfang 1953 oft durch.

Um nun die sich — aus den genannten Gründen heraus — immer mehr verschlechternde wirtschaftliche Situation endlich zu verbessern, vermutlich vor allem aber, um den Widerstand solcher kampfstarken Belegschaften administrativ zu brechen, beschloß das ZK der SED am 15. 5. 1953¹⁸⁶) und daraufhin der Ministerrat am 28. 5. 1953 eine generelle Erhöhung der Normen um mindestens (!) 10 Prozent bis zum 30. Juni in den Betrieben¹⁸⁷). Dieser Beschluß, der durch den Bericht der „Täglichen Rundschau“ vom 17. 5. 1953 allgemein bekannt geworden war, verschärfte die Situation. Verstärkt kam es zu Unruhen und Streiks¹⁸⁸).

In dieser Situation beschloß am 9. Juni 1953 das Politbüro der SED¹⁸⁹) und daraufhin auch der Ministerrat am 11. Juni 1953¹⁹⁰) den

„Neuen Kurs“, d. h. umfangreiche Förderungsmaßnahmen für die Geschäftseigentümer, kleinen Industriellen, Bauern, Handwerker und die Intelligenz.

Als unmittelbare Reaktion darauf gab es im Gebiet der DDR „an die sechzig Streiks“¹⁹¹). „Den Kapitalisten macht ihr Geschenke, uns beutet ihr aus“, riefen Betriebsdelegierte auf einer SED-Bauarbeiterkonferenz der Stalinalleebaustellen¹⁹²).

Auch kam es auf den Baustellen der Stalinallee in Ostberlin schon zu Streiks¹⁹³). Die Baustelle Friedrichshain „forderte“, die Baustelle 40 „erbat“ jeweils in einer Resolution an die Regierung die Normensenkung. Der „Neue Kurs“, so argumentierten die Bauarbeiter von Friedrichshain, „habe nur den Kapitalisten etwas gebracht, aber nicht den Arbeitern. Für Dienstag vormittag, den 16. Juni, wurde eine Delegation der Bauarbeiter angekündigt, die sich an Ort und Stelle den Bescheid des Ministerpräsidenten abholen wolle. Für den Fall einer negativen Antwort wurde Streik angedroht“¹⁹⁴).

Die Bezirksleitung der SED riet dem völlig verunsicherten Otto Grotewohl: „Auf keinen Fall klein beigeben, wenn die Delegation erst über die roten Teppiche im Amtssitz Grotewohls geht, wird ihr so feierlich zumute, daß sie ganz zahm verhandeln wird.“ Darin habe man ja reiche Erfahrung aus der Weimarer Zeit, damals, als es noch umgekehrt herum ging. Wie oft hätten bürgerliche, hätten sozialdemokratische Minister die aufgebrachten Arbeiter mit ein paar wohlwollenden Worten nach Hause geschickt, und die seien dann auch noch ihr ganzes Leben lang auf diese große Begegnung stolz gewesen ... Diese Wirkung der Obrigkeit hätte uns damals genug Kummer bereitet — aber heute käme sie uns zugute. Grotewohl solle also den Brief überhaupt nicht beantworten, die Delegation ruhig ‚anrücken‘ lassen und ihr dann überlegen — von der hohen Warte des Ministerpräsidenten her — erläutern, daß strenge Sparsamkeit nun einmal vonnöten sei ...“¹⁹⁵).

¹⁸³) Freiheit (Halle), 29. 5. 1953, zit. nach: J. G. Leithäuser, a. a. O., S. 598.

¹⁸⁴) Vgl. Neuer Weg 4/1953.

¹⁸⁵) Karl-Wilhelm Fricke, a. a. O., S. 108.

¹⁸⁶) Vgl. Tägliche Rundschau, 17. 5. 1953, S. 2.

¹⁸⁷) Vgl. Tägliche Rundschau, 29. 5. 1953, S. 1; GBl der DDR 1953, S. 781 ff.

¹⁸⁸) Vgl. S. Brant, a. a. O., S. 93; A. Baring, a. a. O., S. 31; J. G. Leithäuser, a. a. O., S. 601; Neues Deutschland, 14. 6. 1953.

¹⁸⁹) Vgl. Neues Deutschland, 11. 6. 1953, S. 1.

¹⁹⁰) Vgl. Neues Deutschland, 12. 6. 1953, S. 1.

¹⁹¹) H. Brandt, Ein Traum der nicht entführbar ist, München 1967, S. 227.

¹⁹²) Ebenda, S. 226.

¹⁹³) Vgl. J. G. Leithäuser, a. a. O., S. 601; A. Baring, a. a. O., S. 32.

¹⁹⁴) H. Brandt, a. a. O., S. 227.

¹⁹⁵) Ebenda.

VII. Der 16. Juni

Den Funken in das Pulverfaß wirft schließlich Otto Lehmann mit seinem Artikel in der Tribüne vom 16. 6. 1953¹⁹⁶⁾. In ihm verteidigt er die Beschlüsse der allgemeinen Normenerhöhung als „in vollem Umfang richtig“, aufrechtzuerhalten und durchzuführen.

Dieser Artikel bringt die Bauarbeiter von Block 40 der Stalinallee (und nicht nur sie) noch mehr auf. Sie beschließen, die beiden bereits am Vortage gewählten Delegierten nicht allein mit der Resolution loszuschicken, da sie sonst möglicherweise verhaftet würden¹⁹⁷⁾.

Ein beteiligter Bauarbeiter berichtet, wie dieser Beschluß nach vorhergehender Diskussion zustande kam: „Ein Kollege trat hervor: ‚Ich stelle euch vor die Wahl: wer von uns mitmacht, der tritt nach rechts raus, wer nicht mitmacht, der tritt nach links raus.‘ Der ganze Haufe ging nun nach rechts. Ich muß sagen, mir selbst standen die Tränen in den Augen. Ich sah, daß hier nicht nur leere Worte gesprochen worden waren, sondern die Worte in die Tat umgesetzt wurden“¹⁹⁸⁾.

Einige Minuten später setzen sich die 300 Bauarbeiter von Block 40 in Bewegung. Sie führen ein schnell angefertigtes Transparent mit sich: „Wir fordern Herabsetzung der Normen“¹⁹⁹⁾.

Der Demonstrationzug marschiert zunächst zu den anderen Baustellen der Stalinallee und deren Umgebung, um noch weitere Kollegen für die Demonstration zu gewinnen. Wieder am Ausgangspunkt angelangt, zählt die Demonstration etwa 2000 Teilnehmer. Es geht jetzt zum Haus des FDGB-Zentralvorstandes in der Wallstraße und — als man es verschlossen findet und niemand bereit ist, mit den Bauarbeitern zu verhandeln — zum Haus der Ministerien in der Leipziger Straße. Der Zug wächst ständig an; es sind überwiegend geschlossene Belegschaften, die sich an ihm beteiligen²⁰⁰⁾. Vor dem Haus der Ministerien sind schließlich etwa 10000 Demonstranten versammelt.

Sie fordern „Nieder mit den Normen“ und „Wir wollen Ulbricht und Grotewohl sehen“²⁰¹⁾. Aber die beiden trauen sich nicht, mit den Bauarbeitern zu verhandeln, oder sind nicht

anwesend. Statt dessen versucht es Minister Selbmann. Ein Arbeiter kündigt ihn an:

„Nun sprang ich auf den Tisch und streckte meine Arme weit aus. Die Menge wurde ruhig, als sie sah, daß ein Arbeiter dort stand. ‚Es spricht jetzt Kollege Minister Selbmann‘, sagte ich. Natürlich war das mit dem ‚Kollegen‘ ironisch gemeint, denn die Herren Bonzen reden uns immer mit ‚Kollege‘ an. Von den Arbeitern wurde es auch sofort richtig verstanden und viele lachten.

Auch Selbmann wird mit Pfiffen begrüßt. Als Ruhe einkehrt, beginnt er:

‚Kollegen ...‘

‚Wir sind nicht deine Kollegen!‘

‚Ich bin auch Arbeiter ...‘

‚Das hast Du aber vergessen!‘

Lautes Gelächter. Die Versammlung nimmt den Charakter einer Volksbelustigung an. Einer ruft: ‚Du bist kein Arbeiter, die bist ein Arbeiterverräter!‘

Selbmann streckt seine Arme nach beiden Seiten aus: ‚Arbeiter, schaut meine Hände an!‘

‚Mensch, deine Hände sind aber ganz schön fett‘, tönt es. Wieder tolles Gelächter, Johlen und Pfeifen. (. . .) ‚Verschwinden! Abtreten! Ulbricht und Grotewohl her!‘²⁰²⁾

Lange Zeit finden sich keine Redner, aber langsam, unsicher und tastend entwickeln sich politische Forderungen und Vorschläge für das weitere Vorgehen.

Eine Stunde später gibt Selbmann in einem zweiten Redeversuch bekannt, daß der Ministerrat die administrative Normenerhöhung zurückgenommen habe. Ein Bauarbeiter schiebt ihn beiseite mit den Worten, es ginge gar nicht mehr um die Normenerhöhung. Die Regierung müsse aus ihren Fehlern die Konsequenzen ziehen und zurücktreten. Er erhielt lang anhaltenden Beifall.

Und wieder einige Zeit später springt ein junger Aufzugsmaschinist auf den Tisch. ‚Kollegen, wir warten jetzt noch eine halbe Stunde. Wenn dann Grotewohl oder Ulbricht nicht hier sind, um unsere Forderungen entgegenzunehmen, dann marschieren wir durch die

¹⁹⁶⁾ Tribüne, 16. 6. 1953, S. 1 f.

¹⁹⁷⁾ Vgl. S. Brant, a. a. O., S. 87; J. G. Leithäuser, a. a. O., S. 603 f.

¹⁹⁸⁾ Zit. nach: J. G. Leithäuser, a. a. O., S. 604.

¹⁹⁹⁾ Vgl. ebenda.

²⁰⁰⁾ Vgl. ebenda, S. 604 f.

²⁰¹⁾ Ebenda, S. 606.

²⁰²⁾ Ebenda; vgl. zum folgenden: S. Brant, a. a. O., S. 106 ff.; A. Baring, a. a. O., S. 34 ff.; J. G. Leithäuser, a. a. O., S. 606 ff.; vgl. zum Verhalten der SED-Führung während der Zeit: H. Brandt, a. a. O., S. 227 ff.

Arbeiterviertel Berlins und rufen alle Kollegen zum Generalstreik zu morgen auf." Auch er erhält lang anhaltenden Beifall. Die Arbeiter warten nicht mehr, sie ziehen los. Sie singen alte sozialistische Arbeiterlieder, und sie finden und rufen immer neue Parolen: „Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille“; „Freiheit“; „Nieder mit der Regierung“; „Wir brauchen keine Volksarmee“; „HO macht uns k.o.“; „Wir wollen Freiheit, Recht und Brot, sonst schlagen wir die Bonzen tot“.

Durch die Berichterstattung des RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor), aber auch über DDR-interne Kanäle²⁰³) verbreitete sich die Nachricht von den Ostberliner Ereignissen am 16. Juni wie ein Lauffeuer im gesamten Gebiet der DDR — obwohl im RIAS das Wort „Generalstreik“ auf Anweisung des amerikanischen Hauptquartiers in Mehlem bei Bonn in der Berichterstattung nicht verwendet werden durfte²⁰⁴), also über die Aufforderung der Ostberliner Bauarbeiter zum Generalstreik nichts bekannt wurde, obwohl einer Delegation der Bauarbeiter das Rederecht im RIAS verweigert wurde²⁰⁵) und obwohl der damalige CDU-Minister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, am Abend des 16. Juni in einer Rede im RIAS zur Zurückhaltung aufforderte: Ich richte „an jeden Bewohner der Sowjetzone die Mahnung, sich weder durch Not noch durch Provokationen zu unbedachten Handlungen hinreißen zu lassen. Niemand soll sich selbst und seine Umgebung in Gefahr bringen. Die grundlegende Änderung eures Daseins kann und wird nur durch die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit erreicht werden. Gerade in diesem Augenblick, da die Politik um die Wiedervereinigung immerhin in Bewegung geraten ist (?), sollte sich niemand zu gefährlichen Aktionen verleiten lassen (. . .)“ Wir bitten Euch „im Vertrauen auf unsere Solidarität, Besonnenheit zu bewahren“²⁰⁶).

²⁰³) Vgl. A. Baring, a. a. O., S. 51.

²⁰⁴) Vgl. ebenda, S. 61; Erst als der RIAS in der Nacht um 1.24 Uhr und nochmals um 2.24 einen Augenzeugen zu Wort kommen ließ, erwähnte dieser erstmalig das Wort „Generalstreik“. „Diese Sendung wurde jedoch von keiner der befragten 120 Personen gehört.“ (Vgl. R. Hildebrandt, Fehler des 17. Juni, in: Colloquium 3/1954, S. 12).

²⁰⁵) Vgl. ebenda, S. 60.

²⁰⁶) Zit. nach: R. Hildebrandt, Fehler des 17. Juni, in: Colloquium 3/1954, S. 12. Erst am Morgen des 17. Juni kam der Berliner DGB-Vorsitzende Scharnowski im RIAS zu Wort. Er verwies auf das in der

Die Arbeiter bemächtigen sich eines Lautsprecherwagens, der die Überprüfung der Normen bekannt gibt, und verkünden damit immer wieder den Generalstreik. Alle Arbeiter, wiederholt der Sprecher permanent, sollen sich am nächsten Tag, dem 17. Juni, auf dem Straußberger Platz versammeln.

Gegen 17 Uhr kommen die Bauarbeiter wieder an der Stalinallee an. Der Lautsprecherwagen wird ordnungsgemäß zurückgegeben (!). Die Arbeiter gehen nach Hause.

VIII. Der 17. Juni

Obwohl all das eine erhebliche Unsicherheit bei den DDR-Arbeitern erzeugte: „Generalstreik ist für uns ein Stichwort. Wenn im RIAS doch wenigstens dieses Stichwort genannt worden wäre, dann hätten wir gewußt, was die Stunde geschlagen hat.“ „Es war mir ganz neu, zu erfahren, daß die Sache mit der Wiedervereinigung so aussichtsreich sei“²⁰⁷), kam es am 17. Juni spontan fast völlig unabhängig voneinander in über 270 Ortschaften zu der Streikbewegung, an der sich 300 000—400 000 Arbeiter beteiligten²⁰⁸). Meistens wußten auch die streikenden Betriebe in einer Stadt zunächst nichts voneinander, geschweige denn von den Ereignissen in den anderen Städten²⁰⁹). Es gab keine zentrale Koordination.

Die Schwerpunkte des Aufstandes

Die Schwerpunkte des Aufstandes lagen eindeutig in den Industriezentren, in Berlin und seiner Umgebung, im mitteldeutschen Industriegebiet (mit den Städten Bitterfeld, Halle, Leipzig und Merseburg) und im Magdeburger Raum; in etwas geringerem Maße in den Gebieten Jena/Gera, Brandenburg und Gölitz²¹⁰).

Die Arbeiter — unter reger Beteiligung der Jugend — haben im wesentlichen den Aufstand getragen. Unter den Bauern kam es nur

DDR-Verfassung verankerte Streikrecht und forderte die DDR-Arbeiter auf: „Sucht Eure Straußberger Plätze überall auf!“ „Diese Sendung (. . .) hatte nur noch einen geringen Teil der Werktätigen erreicht“; vgl. R. Hildebrandt, a. a. O., S. 12.

²⁰⁷) Streikteilnehmer, zit. nach: ebenda.

²⁰⁸) Vgl. A. Baring, a. a. O., S. 38; vgl. auch als DDR-Quelle: O. Grotewohl, Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei, Berlin (DDR) 1953, S. 32.

²⁰⁹) Vgl. J. G. Leithäuser, a. a. O., S. 624.

²¹⁰) Vgl. A. Baring, a. a. O., S. 41.

sehr vereinzelt zu Unruhen; und die Mittelschichten, Bürgertum und Intelligenz, haben sich fast völlig aus den Ereignissen herausgehalten²¹¹⁾.

Innerhalb der Industrie beteiligten sich vor allem die Betriebe „des Bauwesens, des Bergbaus, der chemischen und eischaffenden Grundindustrien und des Maschinenbaus“ besonders aktiv an dem Aufstand²¹²⁾. Die Belegschaften dieser Betriebe hatten sich in den vorhergehenden Jahren am heftigsten gegen die weiter oben aufgezeigte Veränderung der betrieblichen Verhältnisse gewehrt, verfügten also über die größte Kampferfahrung. Hier existierten — Produkt und Voraussetzung der früheren Auseinandersetzungen gleichzeitig — breite informelle Strukturen und ein relativ festgefügt solidarischer Rahmen innerhalb der Belegschaften, aus dem heraus die Aktionen des 17. Juni initiiert worden sind. Es bedurfte keineswegs einzelner „entschlossener Männer“, die „ihre Kollegen zur Arbeitsniederlegung überredeten“²¹³⁾.

Auffällig ist, daß es sich hierbei um — gegenüber anderen Branchen — stark lohnprivilegierte Industriezweige handelte. Lohnbenachteiligte Branchen (etwa staatlicher Handel, Nahrungs- und Textilindustrie) streikten in sehr viel geringerem Ausmaß²¹⁴⁾. Die Belegschaften dieser Branchen hatten sich auch in den früheren Jahren viel weniger gegen die betrieblichen Veränderungen gewehrt. Dies spricht dafür, daß entscheidend für das Zustandekommen der Streiks die Ansprüche an die betriebliche und gesellschaftliche Realität, wie sie weiter oben aufgezeigt worden sind, das Ausmaß des aufgestauten Unmuts gegen die langjährige vorhergehende betriebliche Entwicklung und die dabei gewonnene Kampferfahrung waren.

Auffallend ist schließlich, daß der Aufstand in traditionell kommunistischen Gebieten, wie etwa Halle/Merseburg genauso heftig gewesen ist wie in traditionell sozialdemokratisch orientierten Gebieten, wie etwa Magdeburg²¹⁵⁾. Dies spricht für eine neue Einheit der Arbeiterschaft selbst und ihre Fronthaltung gegenüber den neuen Machthabern, die andere Vorstellungen vom Aufbau des Sozialismus hatten als die Masse der Arbeiter. Für

dieses neue Einheitsbewußtsein der Arbeiterschaft selbst und ihr enges Zusammengehörigkeitsgefühl an der Basis — nicht nur in den jeweiligen Betrieben, sondern überbetrieblich — spricht auch, daß in vielen Betrieben der DDR Streikauflöser das Ziel war, die Solidarität mit den Bauarbeitern in Ostberlin zu bekunden²¹⁶⁾.

Der Verlauf der Ereignisse

Als die Arbeiter am Morgen des 17. Juni in die Betriebe kamen, diskutieren sie heftig — unter dem Eindruck der Ostberliner Ereignisse des Vortages — die Möglichkeiten eigener Aktionen. Der erste weitergehende Schritt, die erste Aufgabe, die die Arbeiter dabei zu lösen haben, ist das Zustandekommen einer Belegschaftsversammlung. Das geschieht auf zweierlei Weise: Entweder bedient man sich des offiziellen Mechanismus: „eine Gewerkschaftsversammlung wird erwungen; wie ein übergeordnetes Organ telephonierte man mit der Betriebsleitung und forderte die Einberufung einer Belegschaftsversammlung“²¹⁷⁾. Oder eine Abteilung verläßt ihre Arbeitsplätze, gibt den Anstoß, daß alle anderen Arbeiter im Betrieb es auch tun, und man versammelt sich im Hof, auf dem Vorplatz oder an einem anderen geeigneten Ort.

In traditionell kampfstarken Betrieben geht dann alles sehr schnell²¹⁸⁾. Die Arbeiter bilden einen Streikrat. Der Direktor wird für abgesetzt erklärt. In vielen Fabriken wird die Auflösung der Parteizelle gefordert. Der Streikrat, aber auch die Arbeiter selber wachen darüber, daß keine Sabotage betrieben wird, daß Maschinen und Anlagen nicht zerstört werden. Wenn es notwendig ist, wird ein Notdienst organisiert. Es wird beschlossen, zu demonstrieren²¹⁹⁾.

In den Streikräten²²⁰⁾ sind fast ausschließlich Arbeiter, und zwar eher jüngere zwischen 25 und 40 Jahren vertreten. Es gibt noch einen geringen Prozentsatz nicht-privilegierter Angestellter. Dagegen wird niemand von der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Intelligenz gewählt. Teilweise versagt sie ihre Mitwirkung; wenn dies aber nicht der Fall ist und sie sich an den Aktionen beteiligen will, wird sie „von den Arbeitern von vornherein als

²¹¹⁾ Vgl. A. Baring, a. a. O., S. 39; S. Brant, a. a. O., S. 23 und 247; H. Duhnke, Stalinismus in Deutschland, Köln 1955, S. 279; W. Zimmermann, Die Träger des Widerstandes, in: SBZ-Archiv 1953, S. 306 ff.

²¹²⁾ Vgl. S. Brant, a. a. O., S. 119 ff.

²¹³⁾ A. Baring, a. a. O., S. 51.

²¹⁴⁾ Vgl. ebenda, S. 45.

²¹⁵⁾ Vgl. ebenda, S. 49.

²¹⁶⁾ Vgl. ebenda, S. 43.

²¹⁷⁾ B. Sarel, a. a. O., S. 145.

²¹⁸⁾ Vgl. R. Hildebrandt, Was lehrte der 17. Juni?, o. O., o. J. (1954) S. 6.

²¹⁹⁾ Vgl. ebenda.

²²⁰⁾ Vgl. dazu A. Baring, a. a. O., S. 52 ff.

unerwünscht abgelehnt²²¹⁾. Diese Haltung der Arbeiter dürfte vor allem Resultat ihres Unmuts über die Wiederherstellung der alten (neuen) betrieblichen Hierarchie in den vorangegangenen Jahren sein.

In einer Reihe von Streikräten gibt es einen Anteil von ehemaligen Berufssoldaten (kaum Offiziere, meistens Mannschaftsdienstgrade), aber nirgends mehr als 8 bis 10 Prozent²²²⁾. Sie werden vermutlich wegen ihrer organisatorischen Fähigkeiten gewählt. Diese Tatsache verdient insofern besondere Erwähnung, als die DDR darauf ihre Interpretation der Ereignisse stützt als ein Werk von „Militaristen und Faschisten“, die nach 1945 in die Arbeiterklasse eingeströmt seien. Wie nachstehend gezeigt wird, bestimmten diese ehemaligen Berufssoldaten — gesetzt den Fall, sie hätten überhaupt das ihnen unterstellte Bewußtsein besessen — jedoch keineswegs den Charakter des Aufstandes.

In weniger kampferfahrenen Betrieben, in solchen, in denen die Ansprüche an eine betriebliche und gesellschaftliche Entwicklung, wie sie sich bis etwa 1948 abgezeichnet hat und dann von den Zentralinstanzen unterbunden wurde, nicht so stark ausgeprägt ist, vollzieht sich dieser Prozeß langsamer. Oft gelingt es hier den Funktionären des Regimes, die Versammlungen in die Länge zu ziehen, bis die Polizei eingreift, so daß sich diese Belegschaften manchmal nicht an Streik und Demonstration beteiligen. Erst als die Belegschaften anderer benachbarter Betriebe auf der Straße erscheinen, geschieht dies in einer Reihe von Fällen spontan doch noch.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß die Streikbereitschaft der Arbeiter höher war, als sie sich in den 300 000—400 000 Streikbeteiligten ausdrückt²²³⁾. Entscheidend für die Nichtbeteiligung einer Reihe von Betrieben war, daß der Aufruf der Berliner Bauarbeiter zum Generalstreik nicht bekannt war, daß nur in geringem Ausmaß Informationen über das Verhalten anderer Belegschaften flossen und daß die Machtorgane des Staates bzw. der Sowjets in einigen Bereichen frühzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen.

²²¹⁾ Ebenda, S. 52; vgl. auch: M. G. Lange, E. Richert, O. Stammer, Das Problem der ‚Neuen Intelligenz‘ in der sowjetischen Besatzungszone. Ein Beitrag zur politischen Soziologie der kommunistischen Herrschaftsordnung, in: Veritas-Justitia-Libertas, Festschrift zur 200-Jahrfeier der Columbia University New York, Berlin 1954, S. 234.

²²²⁾ Vgl. ebenda.

²²³⁾ Vgl. Martin Jänicke, Der dritte Weg, Köln 1964, S. 43 f.

Nachdem die Demonstration beschlossen ist, begeben sich die Belegschaften auf die Straße, marschieren von den Vororten, in denen meistens die Industriebetriebe liegen, in Richtung Stadtzentrum. Dies verläuft diszipliniert; die Arbeiter und die von ihnen gewählten Streikräte bestimmen das Geschehen. Sichtbare Manifestationen des SED-Regimes, wie Bilder, Transparente und Parolen, werden entfernt. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß überall allein die Bilder von Karl Marx unangetastet bleiben²²⁴⁾. Die Arbeiter singen alte sozialistische Kampflieder. Die geschlossen auftretenden Belegschaften, vor allem die der Großbetriebe, stellen eine Macht dar, der die örtlichen Instanzen von Staat und Partei nichts entgegensetzen können. Die Arbeiter besetzen die Stadtverwaltungen²²⁵⁾, stürmen die Parteihäuser der SED und die Gerichte, vor allem aber stürmen sie die Gefängnisse, um die politischen Gefangenen zu befreien²²⁶⁾. In Halle sollte der örtliche Rundfunksender besetzt und für die eigenen Zwecke benutzt werden; er war jedoch vor mehreren Wochen stillgelegt worden und nicht so schnell wieder in Gang zu bringen, so daß sich die Arbeiter nur des Stadtfunks bemächtigen können²²⁷⁾.

Dies alles geschieht „meist ohne Gewaltanwendung und stets ohne Verwendung von Waffen“²²⁸⁾. Erbeutete Waffen werden regelmäßig — mit wenigen Ausnahmen im Raum Halle²²⁹⁾ — vernichtet. Bei all diesen Aktionen wird mit einer bemerkenswerten Disziplin und einer gewissen Planung vorgegangen, die auf die betrieblichen Streikräte zurückzuführen sind. „Plünderungen und Ausschreitungen sind in diesem ersten Stadium fast nirgendwo vorgekommen, Versuche dieser Art von den Arbeitern verhindert worden.“²³⁰⁾

Dieser kurz geschilderte Ablauf der Ereignisse ist charakteristisch für den Vormittag des 17. Juni. In kleineren Städten vollziehen sie sich nicht in der gleichen Heftigkeit wie in den noch aus der Zeit der Weimarer Republik als traditionell „rot“ bekannten Gebieten. Im

²²⁴⁾ Vgl. H. Heimpel, Gedanken zur Selbstbesinnung der Deutschen, in: Die Sammlung 9/1954, S. 423; J. G. Leithäuser, a. a. O., S. 48.

²²⁵⁾ Vgl. A. Baring, a. a. O., S. 55.

²²⁶⁾ J. G. Leithäuser, a. a. O., S. 47.

²²⁷⁾ Ebenda, S. 51.

²²⁸⁾ A. Baring, a. a. O., S. 55 f.

²²⁹⁾ „Bei Wolfen sperrten bewaffnete Arbeiter jeglichen Fernverkehr (. . .). Auf dem Hallmarkt kam es zu einem Gefecht zwischen Leuna-Arbeitern, die zuvor Volkspolizisten entwaffnet hatten, und Einheiten der kasernierten Volkspolizei.“ (Spiegel 27/1953, S. 6.

²³⁰⁾ A. Baring, a. a. O., S. 55.

alten „roten Herzen Deutschlands“, im Gebiet Bitterfeld, Halle, Merseburg, bilden die Arbeiter zentrale Streikführungen, die ihr Augenmerk auf die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, die Weiterarbeit von Elektrizitäts- und Gaswerken usw. richten²³¹⁾.

Gegen Mittag, in einem zweiten Stadium, entgleitet in zunehmendem Maße den betrieblichen Streikräten die Führung. Frauen, Jugendliche und einzelne Mitglieder anderer Bevölkerungsgruppen beginnen sich an den Aktionen zu beteiligen. Die Demonstrantenmassen werden heterogener. Es kommt zu Plünderungen, Brandstiftungen und Lynchjustiz.

Zwar hatten die Arbeiter auch schon am Vormittag Staats- und Parteifunktionäre angegriffen und verprügelt. Aber sie unterschieden sorgfältig — wie auch schon in den Auseinandersetzungen der früheren Jahre — zwischen Funktion und Person. Auch höhere Funktionsträger und überzeugte Anhänger des Regimes wurden nicht behelligt, wenn sie als subjektiv integer bekannt waren. Am Nachmittag — u. a. weil alles mittlerweile sehr viel anonym abläuft — genügt ein Abzeichen am Rockaufschlag, um verprügelt oder gelyncht zu werden²³²⁾.

Trotz des — allerdings sehr vorsichtigen²³³⁾ — Eingreifens der sowjetischen Truppen etwa von diesem Zeitpunkt an, kommt es am Nachmittag in fast allen größeren Städten der DDR zu Großkundgebungen, an denen sich jeweils Zehntausende von Menschen beteiligen. Nach Baring findet die Bewegung damit ihren Höhepunkt, gleichzeitig aber auch ihren Abschluß. Dies trifft für die vielen Neugierigen und Beteiligten aus den anderen gesellschaftlichen Gruppen zu. Sie entwickelten keine weitergehenden Perspektiven. Nicht so die Arbeiter, vor allem nicht die aus den traditionell kampfstarken Bereichen. Diese Belegschaften begeben sich in die Betriebe zurück, um sie zu besetzen und von hier aus den Kampf fortzusetzen. Dies wird jedoch durch die Anwesenheit der sowjetischen Truppen in den Betrieben und durch umfangreiche Verhaftungen verhindert²³⁴⁾.

Besonders bemerkenswert für den Verlauf des Aufstandes ist die Tatsache, daß sich die Aggressionen der Aufständischen nicht gegen

die sowjetische Besatzungsmacht richten²³⁵⁾. Das ist um so erstaunlicher, als man dies nach den Ausschreitungen und Vergewaltigungen der Roten Armee in der ersten Zeit nach 1945 und nach den umfangreichen Demontagen²³⁶⁾ bis hin zum Abbau des zweiten Schienenstranges der meisten Eisenbahnlinien hätte erwarten können. Statt dessen ist ein neutrales bis freundschaftliches Verhalten den Sowjets gegenüber festzustellen. Die Arbeiter ziehen schweigend an den Institutionen der sowjetischen Militärmacht vorbei oder rufen sogar vereinzelt „Družba — Freundschaft“²³⁷⁾. Unter großem Beifall fordern Redner, die Sowjetunion nicht zu provozieren²³⁸⁾. Oder die Arbeiter erwarten teilweise sogar eine Unterstützung ihres Protestes von der Sowjetunion. Das Zentrale Streikkomitee in Bitterfeld bittet in einem Telegramm an den „Hohen Sowjetischen Kommissar Semjonow“, keine Maßnahmen gegen die Arbeiter zu unternehmen, „damit wir Deutschen wirklich den Glauben in uns behalten können, daß Sie tatsächlich der Vertreter einer werktätigen Regierung“ sind²³⁹⁾.

Dieses — zumindest in der ersten Phase des Aufstandes — nicht antisowjetische Verhalten der Arbeiter dürfte einer der zentralen Gründe für das verhältnismäßig späte Eingreifen der Sowjets — oft mehrere Stunden nach der offiziellen Verkündung des Ausnahmezustandes — in das Geschehen sein. Zwar wurden schon am frühen Morgen des 17. Juni „in den Bahnhöfen und Postämtern aller größeren Städte und an den für die Sowjets besonders wichtigen Objekten (wie den Werften und Ostseehäfen und im Urangebiet) Truppen stationiert“²⁴⁰⁾. Und die Sowjets bemühten sich, durch eine Kontrolle über das Nachrichten- und Verkehrswesen eine Ausbreitung und Koordinierung der einzelnen lokalen Streiks zu verhindern. Aber der Einsatzbefehl für die sowjetischen Truppen kam — unterschiedlich in den verschiedenen Gebieten der DDR und Ost-Berlins — erst mittags bis nachmittags.

²³⁶⁾ Vgl. DDR-Handbuch, Köln 1979, S. 906 f.

²³⁵⁾ Vgl. Martin Jänicke, Krise und Entwicklung . . . , a. a. O., S. 156.

²³⁷⁾ Vgl. Juni 53. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und der sowjetischen Besatzungszone, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn/Berlin 1961, S. 17; Bernd Rabehl, Schattenspiele. Mühseliges Erinnern an die Fünfziger Jahre, in: G. Eisenberg, H.-J. Linke, (Hrsg.) Fünfziger Jahre, Gießen 1980, S. 118.

²³⁸⁾ Vgl. R. Hildebrandt, a. a. O., 3/1954, S. 13.

²³⁹⁾ J. G. Leithäuser, a. a. O., S. 53.

²⁴⁰⁾ A. Baring, a. a. O., S. 57.

²³¹⁾ Vgl. J. G. Leithäuser, a. a. O., S. 58.

²³²⁾ Vgl. A. Baring, a. a. O., S. 56.

²³³⁾ Vgl. A. Baring, a. a. O., S. 58 f.

²³⁴⁾ Vgl. B. Sarel, a. a. O., S. 146 f.; J. G. Leithäuser, a. a. O., S. 54; S. Brant, a. a. O., S. 182 ff.

Die Truppen gingen im großen und ganzen sehr behutsam vor und bemühten sich, Blutvergießen zu vermeiden. Sie waren offensichtlich auch durch den proletarischen Charakter des Aufstandes verwirrt. Die Panzer fuhren, „soweit sie überhaupt gegen die Demonstranten eingesetzt wurden, überall nur langsam in die Menge hinein, so daß sich die Demonstranten in Sicherheit bringen konnten. Soweit geschossen wurde, zielten die Soldaten in fast allen (...) Fällen in die Luft, und so erklärt sich die im Vergleich zum Umfang der Streiks ganz geringe Zahl von 21 Todesopfern“²⁴¹).

Die Forderungen und gesellschafts-politischen Ziele der Aufständischen

Im Vordergrund stehen zu Beginn des Aufstandes — und dies ist ja auch sein Auslöser — eindeutig Forderungen, die auf wirtschaftliche Nahziele gerichtet sind. Allerdings entwickelten sich daraus sehr schnell grundsätzliche politische und gesellschaftliche Forderungen. Die Rückgängigmachung der Normenerhöhung bzw. eine grundsätzliche Normensenkung und die Senkung der Lebenshaltungskosten allgemein sowie die Senkung der Preise in den Läden der staatlichen Handelsorganisation („HO macht uns k.o.“) wird überall als erste und dringlichste Forderung aufgestellt²⁴². Diese Forderungen richten sich gleichzeitig gegen die materielle Privilegierung der „neuen Herren“ im Betrieb, in Staat und Wirtschaft. „Euer Bauch ist dick genug“, halten die Arbeiter den Funktionären entgegen²⁴³. Besonders erbost sind sie über die materielle Privilegierung der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Intelligenz im Betrieb²⁴⁴.

Hier bricht der Unmut der Arbeiter gegen die Wiederherstellung der alten (neuen) innerbetrieblichen Hierarchie, gegen die sie sich in den früheren Jahren heftig gewehrt hatten, erneut auf. Die „gleichmacherische“ Einstellung der Arbeiter gegenüber der betrieblichen Intelligenz richtet sich gegen die materielle Grundlage — die ökonomische Privilegierung —, die die Wiederherstellung dieser Verhältnisse erst ermöglicht, gleichzeitig aber auch weiter vorangetrieben hatte. Ihre Fronthaltung gegenüber der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Intelligenz im Be-

trieb wird weiterhin an der Tatsache deutlich, daß nirgendwo Vertreter dieser Schicht in die betrieblichen Streikräte gewählt worden sind — auch wenn sie sich an den Aktionen beteiligen wollten²⁴⁵).

Die Arbeiter fordern nicht nur die Senkung der Normen, sondern teilweise grundsätzlich die Abschaffung der Normen²⁴⁶), also des Akkordsystems überhaupt. „Wir wollen keine Normen mehr — wir wollen einen Stundenlohn haben, womit wir unsere Familien ernähren können.“²⁴⁷) Damit knüpfen sie an ihren Abwehrkampf in den vorhergehenden Jahren gegen die Wiedereinführung von Akkord und die immer stärkeren Lohndifferenzierungen an. Daß sich der Kampf der Arbeiter am 17. Juni auch dagegen richtet, wird u. a. auch in folgendem deutlich: Als Reaktion auf die Ereignisse sehen sich die Zentralinstanzen gezwungen, die Lohndifferenzierungen (vorläufig) in erheblichem Ausmaß zurückzunehmen — und dies wird auch offen mit dem Stand des politischen Kräfteverhältnisses begründet²⁴⁸).

Aus der Tatsache, daß sich die Arbeiter kurzfristig während der Ereignisse außerhalb der offiziellen Gremien wieder eigene Organe, die Streikräte, schaffen; aus ihrer Fronthaltung gegen die neuen Herren im Betrieb; aus ihren Forderungen, die Normen überhaupt wieder abzuschaffen, und aus der von den Zentralinstanzen als Reaktion auf die Ereignisse vorläufig vorgenommenen Rückgängigmachung der Lohndifferenzierungen kann man schließen, daß den Arbeitern als gesellschaftspolitisches Ziel ihres Aufstandes für den Betrieb vorschwebte, etwa eine innerbetriebliche Situation wiederherzustellen, wie sie charakteristisch bis ungefähr 1948 war und wie ich sie im einzelnen weiter oben näher dargestellt habe. Bestätigt wird diese Interpretation durch eine wichtige weitere Tatsache: Nirgendwo während des Aufstandes stellen die Arbeiter die Forderung nach einer Rückgabe der Produktionsmittel an die Unternehmer.

Daneben fordern die Arbeiter mehr Einfluß auf die Prioritätensetzung im gesamtwirtschaftlichen Plan. Nicht nur auf den Verteilungsmodus des Vorhandenen wollen sie mehr Einfluß nehmen, sondern auch auf das, was produziert wird. Ihre Forderung nach einer besseren Lebenshaltung ist nur durch eine Verschiebung der Schwerpunkte des laufen-

²⁴¹) Ebenda, S. 58; vgl. auch: Das (westliche) KgU-Archiv: Die Menschen vom 17. Juni, S. 9 und: Neues Deutschland, 26. 6. 1953.

²⁴²) Vgl. ebenda, S. 54 f.; Martin Jänicke, Der dritte Weg, a. a. O., S. 44.

²⁴³) Vgl. J. G. Leithäuser, a. a. O., S. 601 f.

²⁴⁴) Vgl. B. Sarel, a. a. O., S. 153.

²⁴⁵) Vgl. A. Baring, a. a. O., S. 52 f.

²⁴⁶) Vgl. S. Brant, a. a. O., S. 186; J. G. Leithäuser, a. a. O., S. 616; B. Sarel, a. a. O., S. 155.

²⁴⁷) Der Gewerkschafter 3/4/1953, S. 20.

²⁴⁸) H. Matthes, a. a. O., S. 72.

den Jahres- und Fünfjahres-Planes von der Schwerindustrie zugunsten der Leicht- und Konsumgüterindustrie zu verwirklichen. Als Reaktion auf den Aufstand setzen die Zentralinstanzen dies auch in die Tat um²⁴⁹). Ist dieser volkswirtschaftliche Zusammenhang auch der Masse der Aufständischen vermutlich nicht so explizit klar, so ist diese Forderung aber implizit aus der Forderung nach einem höheren Lebensstandard abzuleiten.

Klarer ist dieser volkswirtschaftliche Zusammenhang den Arbeitern bei der Setzung eines gesamtwirtschaftlichen Schwerpunktes auf den Aufbau einer Armee, der erhebliche Ressourcen — besonders in dieser Zeit allgemeinen Mangels — beansprucht. Als einer der Gründe für die Forderung der Aufständischen nach der Auflösung der Armee wird explizit genannt, daß „ihr Aufbau auf Kosten der Arbeiter stattfindet“²⁵⁰). Deutlich wird hier der Anspruch der Arbeiter an eine wirklich demokratische Planung artikuliert. „Wir wollen keine Volksarmee, wir wollen Butter“²⁵¹), rufen die demonstrierenden Arbeiter.

Die fast überall geäußerte Forderung nach der Auflösung der Armee²⁵²) hat jedoch noch andere Gründe. Zu gegenwärtig ist noch der Eindruck des Zweiten Weltkrieges, der zudem bis Anfang der 50er Jahre durch eine antimilitaristische Propaganda in den Massenmedien, aber auch in den Schulen weiter lebendig gehalten worden ist²⁵³). Die Masse der Arbeiter ist grundsätzlich pazifistisch, antimilitaristisch eingestellt und fordert auf diesem Hintergrund die Auflösung der Armee. Dies wird insbesondere im Verlauf des Aufstandes selber deutlich. Erbeutete Waffen werden regelmäßig vernichtet und nicht für die eigenen Zwecke benutzt²⁵⁴).

Die Aggressionen gegen den Aufbau einer Armee beschränken sich jedoch nicht nur auf die DDR, sondern richten sich auch gegen die Bundesrepublik Deutschland. So wird etwa eine offizielle Parole zum 1. Mai 1953 übernommen und im Demonstrationszug mitgeführt: „Nie wieder SS-Europa — Nieder mit

den Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland.“²⁵⁵)

Vor allem aber protestieren die Arbeiter gegen die allgemeine politische Entrechtung und das Klima der gesellschaftlichen Unterdrückung und Bespitzelung. Sie fordern Freiheit für alle politischen Gefangenen und befreien sie während der Unruhen auch selbst aus den Gefängnissen.

Sie fordern überall den Rücktritt der Regierung und wenden sich insbesondere gegen Ulbricht und Grotewohl. „Nieder mit Grunzewohl und der sibirischen Ziege!“ Der zentrale Streikrat in Bitterfeld fordert für die Übergangszeit, bis freie Wahlen abgehalten werden sollen, die „Bildung einer provisorischen Regierung aus fortschrittlichen Werktätigen“²⁵⁶).

Die Arbeiter fordern überall freie und geheime Wahlen, teilweise nur für die DDR und Ost-Berlin, teilweise als gesamtdeutsche Wahlen²⁵⁷).

Und die Arbeiter fordern die Wiederherstellung der deutschen Einheit²⁵⁸). Allerdings haben sie — wie u. a. Willy Brandt betont — dabei „unzweideutige Vorbehalte“ gegen die westliche Politik in der Bundesrepublik Deutschland, und es geht ihnen keineswegs um den einfachen „Anschluß“ der DDR an die Bundesrepublik Deutschland²⁵⁹). Eine Wiedervereinigung ist für sie nur auf dem Hintergrund veränderter gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland vorstellbar. Dafür sprechen zum einen die Parolen, wie etwa: „Räumt Euren Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!“ — „Fort mit Ulbricht und mit Adenauer, wir verhandeln nur mit Ollenhauer.“²⁶⁰) An der Brücke über die Autobahn Magdeburg-Helmstedt bei Barleben hängt ein großes Plakat. Es zeigt Ulbricht und Adenauer am Galgen und trägt die Unterschrift: „Einheit macht stark!“²⁶¹)

Für diese Haltung der DDR-Arbeiter spricht zum zweiten, daß immer wieder nach dem

²⁴⁹) Vgl. Dokumente der SED, Bd. IV, Berlin (DDR) 1954, S. 458.

²⁵⁰) Juniaufstand. Dokumente und Berichte über den Volksaufstand in Ost-Berlin und der Sowjetzone, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Berlin o. J. (1953), S. 8.

²⁵¹) J. G. Leithäuser, a. a. O., S. 605.

²⁵²) Vgl. Juniaufstand . . . , a. a. O., S. 8; J. G. Leithäuser, a. a. O., S. 53, 605, 608, 616.

²⁵³) Vgl. Bernd Rabehl, a. a. O., S. 117.

²⁵⁴) Vgl. A. Baring, a. a. O., S. 55 f.; R. Hildebrandt, a. a. O., S. 13.

²⁵⁵) Bernd Rabehl, a. a. O., S. 118.

²⁵⁶) Vgl. A. Baring, a. a. O., S. 55; J. G. Leithäuser, a. a. O., S. 49, 53 und 614.

²⁵⁷) Vgl. Martin Jänicke, Der dritte Weg, a. a. O., S. 44.

²⁵⁸) Diese Forderung trat allerdings nicht so häufig auf, wie die grundsätzliche Forderung nach dem Rücktritt der Regierung und nach freien Wahlen (vgl. ebenda).

²⁵⁹) Vgl. Willy Brandt, Arbeiter und Nation, Berlin o. J. (1955), S. 41 f.

²⁶⁰) Spiegel 26/1953, S. 7.

²⁶¹) Vgl. ebenda.

17. Juni geflüchtete Arbeiter fragten, warum ihre westdeutschen Kollegen nicht gestreikt hätten²⁶²). Die Belegschaft des Kupferwalzwerkes in Ilsenburg wollte sogar über die Zonengrenze nach Bad Harzburg ziehen²⁶³).

Zentral für das Verständnis der Ziele der aufständischen Arbeiter sind m. E. noch die Ergebnisse einer 1956 im Auftrag des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen vorgenommenen empirischen Untersuchung über das Bewußtsein von Industriearbeitern in der DDR²⁶⁴). Befragt wurden Flüchtlinge (Arbeiter), die repräsentativ ausgewählt wurden, „entsprechend der Aufteilung der Arbeiterschaft in den wichtigsten Industriegruppen der SBZ, nach deren regionaler Aufgliederung, nach ihrem Alter und Geschlecht“²⁶⁵).

Aus den Ergebnissen der Befragung²⁶⁶) wird deutlich, daß etwa zwei Drittel der befragten geflohenen Arbeiter eine sozialistische bzw. kommunistische Einstellung besaßen. Diese Einschätzung bestätigt sich auch in der Tatsache, daß bei einer Wiedervereinigung nur gut ein Drittel der Befragten für eine Reprivatisierung der Betriebe stimmen würden²⁶⁷).

Bedenkt man bei der Beurteilung der Befragungsergebnisse, daß jeder der 1956 befragten Arbeiter erst wenige Tage vorher aus der DDR geflohen war und sich „nun einer Befragung gegenüber sieht, von der er sich trotz aller gegenteiligen Versicherungen einen Einfluß auf den Gang seines Notaufnahmeverfahrens verspricht“²⁶⁸), so dürfte sich m. E. dieser Umstand in erheblichem Maße restriktiv in bezug auf das Äußern sozialistischer oder kommunistischer Einstellungen ausgewirkt haben.

Bedenkt man weiter, daß es sich bei den befragten Arbeitern um solche handelt, die bewußt in ein Land mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung geflohen sind, der Anteil der Arbeiter mit einer sozialistischen oder kommunistischen Einstellung darunter also mit ziemlicher Sicherheit niedriger ist als der entsprechende Anteil der Industriearbeiter in der DDR —, so kann aus den Ergebnissen der Befragung geschlossen werden, daß der größte Teil der DDR-Arbeiter 1956 sozialistische oder kommunistische Überzeugungen besessen hat.

²⁶²) Vgl. S. Brant, a. a. O., S. 312.

²⁶³) Ebenda.

²⁶⁴) Vgl. V., Graf Blücher, Industriearbeiterschaft in der Sowjetzone, Stuttgart 1959.

²⁶⁵) Ebenda, S. 2.

²⁶⁶) Vgl. die Tabellen in: ebenda, S. 13, 14, 58.

²⁶⁷) Ebenda, S. 61.

²⁶⁸) Ebenda, S. 2.

Da es zwischen 1953 und 1956 vermutlich nicht zu einem grundlegenden Wandel im Bewußtsein der Industriearbeiter der DDR gekommen ist bzw. eher Indikatoren existieren — wie etwa die Ereignisse des 17. Juni selbst —, die auf eine Abkehr von derartigen Einstellungen hinweisen — so kann man mit ziemlicher Sicherheit davon ausgehen, daß für die Industriearbeiter, die ja wesentlich den Aufstand getragen haben, zu diesem Zeitpunkt sozialistische oder kommunistische Einstellungen charakteristisch waren.

Diese Einschätzung bestätigt sich nicht zuletzt in der schon erwähnten Tatsache, daß während des Aufstandes bei der allgemein einsetzenden Säuberung der Fabriken und Straßen von Parolen, Bildern, Transparenten etc. überall allein die Bilder von Karl Marx unangetastet blieben²⁶⁹).

Im Hintergrund dürfte m. E. bei den aufständischen Arbeitern der Anspruch an eine Art „wahren Sozialismus“ gestanden haben, den sie gegen die damals herrschenden Zustände in der DDR wendeten.

Nur bei den vereinzelten Unruhen auf dem Lande standen „konservative oder kirchliche Widerstandsmotive stärker im Vordergrund“²⁷⁰), wurde teilweise die Abschaffung der Planwirtschaft gefordert²⁷¹). Aber die Unruhen unter den Bauern waren im Rahmen der Gesamt ereignisse eher eine Randerscheinung, bestimmten — allein schon vom quantitativen Umfang her — keineswegs den Charakter des Aufstandes²⁷²).

Zusammenfassend ist also festzuhalten: den aufständischen Arbeitern, die eindeutig den politischen und gesellschaftlichen Charakter des Aufstandes bestimmten, ging es am 17. Juni 1953:

— um die Wiederherstellung von basisdemokratischen Verhältnissen innerhalb der Betriebe, wie sie bis etwa Anfang 1948 charakteristisch für die SBZ waren,

— um mehr Einfluß auf die Prioritätensetzung im gesamtwirtschaftlichen Plan, um eine wirklich demokratische Planung,

— um die Auflösung der Armee, letztlich um den Verzicht auf ein wiederbewaffnetes Deutschland,

²⁶⁹) Vgl. H. Heimpel, a. a. O., S. 423; J. G. Leithäuser, a. a. O., S. 48.

²⁷⁰) Martin Jänicke, Der dritte Weg, a. a. O., S. 45.

²⁷¹) Vgl. ebenda.

²⁷²) Vgl. A. Baring, a. a. O., S. 39; S. Brant, a. a. O., S. 246 ff.

— um den Rücktritt der Regierung, freie, geheime Wahlen und freie politische Betätigungsmöglichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen,

— um die Einheit Deutschlands, allerdings auf Grundlage veränderter politischer und gesellschaftlicher Verhältnisse in beiden Teilen Deutschlands.

IX. Nach dem 17. Juni

Durch das Eingreifen der Roten Armee vererbte der Aufstand sehr schnell. Tausende von Aufständischen wurden verhaftet oder mußten fliehen. Drei wurden standrechtlich erschossen²⁷³). Es dauerte eine ganze Zeit, bis die Ruhe in den Betrieben wiederhergestellt war. Teilweise dauerten die Streiks an, teilweise flackerten sie neu auf, um die Freilassung verhafteter Arbeitskollegen zu erzwingen²⁷⁴).

Die meisten Mitglieder des ZK der SED hatten den Mut, sich der direkten Auseinandersetzung mit Belegschaften ausgewählter Großbetriebe zu stellen. Teilweise boykottierten die Arbeiter derartige Versammlungen, wie etwa bei Leuna. Von 28 000 Arbeitern erschienen nur 1 300 zur Diskussion mit Ulbricht — nicht einmal die Hälfte der eingeschriebenen SED-Mitglieder des Werkes²⁷⁵).

In den Ostberliner Nileswerken (VEB Großdrehmaschinenbau „7. Oktober“) lief eine derartige Versammlung wie folgt ab²⁷⁶):

„Etwa 700 Arbeiter füllten den Kultursaal. Ulbricht kam, eskortiert von acht Polizeimotorrädern. Die Polizisten umringten ihn bei seinem Eintritt. Die Arbeiter johlten, piffen und schrien, als die Polizei zur Bühne vordrang. ‚Pfui! — ‚Ei-ei, wer kommt denn da mit so vielen Kindermädchen! — ‚Polizei raus! — ‚Hoch lebe der Arbeiterführer, der mit Polizeibedeckung zu den Arbeitern kommt! — ‚Raus mit der Polizei oder mit Ulbricht!‘

Ulbricht flüsterte mit den Polizisten. Sie verließen die Bühne. Er ging ans Rednerpult. Ein Vorsitzender der ‚Nationalen Front‘ eröffnete die Versammlung; während er noch sprach,

²⁷³) Vgl. S. Brant, a. a. O., S. 324.

²⁷⁴) Vgl. J. G. Leithäuser, a. a. O., S. 59; Karl-Wilhelm Fricke, a. a. O., S. 119 f.; S. Brant, a. a. O., S. 167.

²⁷⁵) Vgl. Martin Jänicke, Der dritte Weg, a. a. O., S. 49.

²⁷⁶) Alfred Kantorowicz, Deutsches Tagebuch, Zweiter Teil, München 1961, S. 381 ff.

Bei einer Wiedervereinigung nach den Vorstellungen der aufständischen Arbeiter wäre also ein Deutschland mit einer politischen und gesellschaftlichen Ordnung entstanden, die sich in erheblichem Ausmaß von der heutigen (und damaligen) Gesellschaftsordnung sowohl in der DDR wie in der Bundesrepublik Deutschland unterschieden hätte.

kamen die Polizisten mit Stühlen wieder in den Saal und setzten sich vor die erste Reihe. Neue Empörung. ‚Nun langt's uns aber! — Pfui-Rufe, viele Arbeiter erhoben sich, um zu gehen. Ulbricht winkte den Polizisten, sie zogen sich zurück. Er begann sein Referat ohne vorherige Einleitung. Schon beim ersten Satz wurde er unterbrochen. Etwa 150 bis 200 Arbeiter erhoben sich, stühlerückend, und stampften aus dem Saal. Andere schrien: ‚Genug, aufhören! Ein Arbeiter stand auf und rief: ‚Diese Rede haben Sie schon zehnmals gehalten, und wir haben das alles schon hundertmal gehört. Wir wollen jetzt mal ganz konkret sprechen.‘ Ein anderer Arbeiter rief: ‚Hat ja doch keinen Sinn. Wir verstehen nicht, was Sie reden. Sie verlangen von unserer Jugend, daß sie richtig Deutsch spricht, und Sie selber haben es immer noch nicht gelernt.‘

Ulbricht steckte das Manuskript in die Rocktasche. Er sagte: ‚Ich bin ein Arbeitersohn, dem die kapitalistische Gesellschaft nur vier Jahre Schule erlaubt hat. Und ihr müßt es mir nicht übelnehmen, wenn ich auch heute manchmal fehlerhafte Sätze spreche. Aber darauf kommt es gar nicht an. Ihr versteht mich nur deshalb nicht, weil ihr nicht verstehen wollt, was ich euch zu sagen habe.‘ Rufe: ‚Hoho!‘

Nach anderen Zwischenrufen erhob sich in der Mitte des Saales Ewald und rief: ‚Ich muß schon sagen, Genosse Ulbricht, schwer machst du es uns. Wie stehen wir als einfache Genossen zwischen den Kollegen und sollen ihnen Rede und Antwort stehen, daß du hier mit Polizei herkommst.‘

Danach stand der Meister Wilke auf, ein 60jähriger, hochqualifizierter Arbeiter. Die Engländer, denen früher die Niles-Werke gehörten, sandten 1945 Besatzungsoffiziere in seine Wohnung, um ihn nach Bielefeld zu holen. Er blieb aber seinem Stammwerk treu. Er frug Ulbricht: ‚Erklären Sie uns mal: wenn ich schlecht arbeite an meinem Kessel, dann

fliege ich. Sie haben öffentlich gestanden, daß sie politisch schlecht gearbeitet haben, aber Sie bleiben. Und was gedenken Sie nun zu tun? (Das saß. Es ging um den Posten.)

Ulbricht reagierte wütend. „Sie lügen! Es ist nicht wahr. Bringen Sie mir den Beweis, daß ein guter Arbeiter entlassen wird, wenn er mal an seiner Maschine was falsch macht — etwas anderes ist es, wenn er die Maschine absichtlich kaputtmacht. Dann ist er ein Feind. Aber wer will behaupten, daß die Regierung ein Feind der Arbeiter ist!“

Weitere Arbeiter schnellten ihre Fragen auf ihn ab. Einer verlangte, im Namen seiner Abteilung zu sprechen. Er sagte: „Zu mir haben die Arbeiter nämlich Vertrauen.“ Er forderte: „Entfernung der Plakate und Losungen in Weißensee, keine übergroßen Bilder der Parteiführer. Wir wollen eine saubere Stadt haben.“

Ein anderer rief: „Keine Versammlungen mehr!“ Zwischenruf: „Und keine Aufbauschichten!“

Dann verlangte der Gewerkschafter Wienke im Auftrag der Gewerkschaft Gruppe 9 die Freilassung der nach dem 17. Juni gemachten Gefangenen.

Allein aus den Niles-Werken seien über 100 Arbeiter verschwunden. Ulbricht entgegnete, viele Arbeiter seien bei Verhängung des Ausnahmezustandes nach West-Berlin geflüchtet. Man sollte nicht glauben, alle, die seit Mittwoch nicht mehr da seien, wären verhaftet.

Ein anderer Meister sagte: „Wir haben schon hundertmal berechnete Kritik geübt. Der Erfolg war immer gleich Null, so daß wir schließlich über das, was wir jetzt über die Beschlüsse der Regierung, den sogenannten neuen Kurs erfuhren, alle nur sagten: die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“

Ein Parteimitglied sagte: „Wir haben ja immer gewollt, daß frei gesprochen wird und kritisiert wird. Aber leider ist es so gekommen, daß wir zuletzt nicht mehr gewagt haben, den Mund aufzumachen.“

Wieder ein anderer Meister beklagte sich über die schlechte Belieferung des Werkes mit Material und das Durcheinander der Arbeitsorganisation. Er sagte: „Es ist schon nicht mehr auszuhalten, daß wir immer nur Vorwürfe zu hören bekommen, wir erfüllen unseren Plan nicht. Wie sollen wir den Plan erfüllen, wenn uns kein Rohmaterial zur Verfügung gestellt wird.“

Ein Freund von Ewald, der Arbeiter Kreisel, sagte: „Ich bin der Meinung, daß unsere Funktionäre im Betrieb lieber am Tag ein bis zwei Stunden durch den Betrieb gehen und mit den Arbeitern über ihre Sorgen sprechen sollen, als daß sie sich an ihren Schreibtisch setzen und einen Bericht schreiben, der am Ende doch nicht stimmt.“

Die Unruhe wuchs; Zwischenrufe mehrten sich. Am Ende verdarb Ulbricht alles, was noch zu verderben war, indem er eine vorbereitete ‚Resolution‘ zur Abstimmung bringen lassen wollte. Da brach der Sturm los. „Aha! — ein Hurra für die SED!“ — „Es lebe der Führer!“ — „Ohne uns!“ — Ulbricht versuchte, sie zu überschreien. Schließlich gelang es ihm, die Resolution vorzulesen: Die übliche Vertrauenserklärung für Partei und Regierung. Er stellte sie zur Abstimmung. Die Zählung ergab: 188 dafür; dagegen alle übrigen. Ulbricht selber schätzte: „Also etwa 500 dagegen.“ Er erklärte die Versammlung für beendet.“

Viele Arbeiter, die sich auf Versammlungen wie der eben geschilderten kritisch geäußert hatten, wurden verhaftet und erhielten hohe Gefängnisstrafen²⁷⁷). Nur wenn der Druck aus den betreffenden Belegschaften zu stark wurde, (wie gesagt, bis zum erneuten Streik), wurden sie manchmal wieder freigelassen.

Da sich ein Teil der SED-Mitglieder, aber auch Funktionäre der SED und des FDGB an den Aktionen des 17. Juni beteiligt hatten²⁷⁸), begannen in den nachfolgenden Wochen umfangreiche Säuberungen. Interessant und für den Charakter des Aufstandes bezeichnend ist die Tatsache, daß „von den nach dem Juni-Aufstand ausgeschlossenen oder in den Kandidatenstand zurückversetzten SED-Mitgliedern durchschnittlich 30 % bereits vor 1933 der KPD angehört hatten“²⁷⁹). Im Ostberliner Bezirk Weißensee erklärten am 17. Juni von 42 Betriebsgewerkschaftsleitungen 31 offiziell den Streik²⁸⁰) und wurden entsprechend sanktioniert. Im gesamten Gebiet der DDR lag der Prozentsatz allerdings teilweise erheblich niedriger. Trotzdem wurden „bei den Gewerkschaftswahlen nach dem 17. Juni 71,4 % der FDGB-Kader ausgewechselt“²⁸¹).

²⁷⁷) Persönliche Berichte von Betroffenen.

²⁷⁸) Vgl. Martin Jänicke, *Der dritte Weg*, a. a. O., S. 46 f. Die Masse der aufständischen Arbeiter war Mitglied im FDGB, da 90 Prozent aller Arbeiter im FDGB organisiert waren (vgl. ebenda).

²⁷⁹) Ebenda, S. 51.

²⁸⁰) Vgl. S. Brant, a. a. O., S. 270.

²⁸¹) Martin Jänicke, *Der dritte Weg*, a. a. O., S. 48; Neues Deutschland, 26. 8. 1953.

Trotz alledem hatten die Arbeiter mit ihrem Aufstand auch eine Reihe von Erfolgen zu verzeichnen:

— Die administrativ verfügten mindestens 10 %igen Normenerhöhungen wurden zurückgenommen²⁸²⁾.

— Wie bereits erwähnt, mußten die Lohndifferenzen innerhalb der Arbeiterklasse vorläufig um einiges vermindert werden. Die Löhne, vor allem der unteren Lohngruppe, wurden — zum Teil erheblich — angehoben²⁸³⁾.

— Die Preise für Lebensmittel und sonstige Haushaltswaren wurden gesenkt²⁸⁴⁾.

— Die Zentralinstanzen stellten in erheblichem Umfang Mittel zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der allgemeinen Lebensbedingungen zur Verfügung²⁸⁵⁾.

— Auch andere sozial schwache Gruppen, wie etwa die Rentner, erhielten materielle Vergünstigungen²⁸⁶⁾.

— Um all das zu finanzieren, mußten die Schwerpunkte des laufenden Jahres- und Fünfjahresplanes von der Schwerindustrie zugunsten der Konsumgüterindustrie verschoben werden²⁸⁷⁾.

— Die Streiktage am 17. Juni und den darauffolgenden Tagen wurden mit 90 Prozent des Grundlohns bezahlt²⁸⁸⁾.

²⁸²⁾ Vgl. Dokumente der SED, Bd. IV, Berlin (DDR) 1954, S. 443.

²⁸³⁾ Vgl. ebenda und GBl der DDR 1953, S. 888 und 925.

²⁸⁴⁾ Vgl. GBl der DDR 1953, S. 838 ff., 888, 925; Dokumente der SED, Bd. IV, a. a. O., S. 443.

²⁸⁵⁾ Vgl. Dokumente der SED, Bd. IV, a. a. O., S. 443 f.; GBl der DDR 1953, S. 826 f. und S. 845 ff.

²⁸⁶⁾ GBl der DDR 1953, S. 822.

²⁸⁷⁾ Dokumente der SED, Bd. IV, a. a. O., S. 458.

²⁸⁸⁾ Vgl. GBl der DDR 1953, S. 853 f.

Gleichzeitig wurde aber von oben versucht, mit Hilfe der folgenden differenzierten Regelungen²⁸⁹⁾ die durch die Ereignisse gestärkte Solidarität der Arbeiter wieder zu brechen.

Ausgenommen von dieser Regelung waren Arbeiter, denen eine Beteiligung an volksfeindlichen Kundgebungen nachgewiesen werden konnte. Da sich im allgemeinen alle streikenden Arbeiter an den Kundgebungen beteiligt hatten, war damit der Willkür Tür und Tor geöffnet.

Arbeiter, die sich an Streiks beteiligt hatten, wurde der 90 %ige Grundlohn gezahlt, wenn sie sich verpflichteten, die versäumte Arbeitszeit nachzuholen oder sich als Urlaub anrechnen zu lassen.

Wenn die Arbeiter darüber hinaus bereit waren, eine schriftliche Erklärung abzugeben, daß sie arbeitswillig waren und nur die äußeren Umstände sie behindert hätten, so durften diese Arbeiter sich an der allgemeinen Nacharbeit beteiligen und erhielten vollen Lohn zusätzlich zu den 90 Prozent des Grundlohns. Dies war geradezu eine klassische Strategie, um die verstärkte Einheit der Arbeiter in den Betrieben wieder aufzubrechen.

Gegen derartige Regelungen wehrten sich die Arbeiter z. T. massiv. So streikte etwa am 10. Juli 1953 die Farbenfabrik Wolfen erneut, um dagegen zu protestieren²⁹⁰⁾.

Zusammenfassend läßt sich festhalten: Durch ihren Widerstand, wie er sich am 17. Juni 1953 manifestierte, konnten die Arbeiter zwar einige Erfolge erringen; grundsätzlich ist es ihnen aber — vor allem bedingt durch den Einsatz der sowjetischen Truppen — nicht gelungen, ihre politischen und gesellschaftlichen Ziele durchzusetzen.

²⁸⁹⁾ Vgl. Ebenda.

²⁹⁰⁾ Vgl. S. Brant, a. a. O., S. 276.

Jürgen Kocka: Ursachen des Nationalsozialismus

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/80, S. 3—15

Die Erklärung des deutschen Faschismus als eine Konsequenz der kapitalistischen Krise um 1930 reicht nicht aus. Wichtige Bestandteile der nationalsozialistischen Ideologie und Praxis wären so nicht zu begreifen, und unklar bleibe überdies, warum sich der Faschismus in Deutschland, nicht aber in anderen westlichen Ländern mit fortgeschrittener kapitalistischer Wirtschaftsordnung durchsetzte.

Zum einen erklärt sich die besondere deutsche Anfälligkeit für den Faschismus aus Faktoren, die mit der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg zusammenhingen. Zum anderen: Die Krise des privatwirtschaftlichen Wirtschafts- und bürgerlichen Gesellschaftssystems endete in Deutschland deshalb in der Katastrophe, weil sich aufgrund eines spezifischen Weges der deutschen Modernisierung mehr als in anderen westlichen Ländern vorbürgerliche Reste erhalten hatten. Weil die deutsche Gesellschaft nie wirklich eine bürgerliche gewesen war, schlug deren Krise in den zwanziger Jahren so abrupt in das anti-bürgerliche System des Faschismus um. Dies wird hier vor allem an der Sozial- und Bewußtseinsgeschichte ausgewählter Sozialgruppen, die überproportional in der NS-Bewegung vertreten waren, gezeigt, insbesondere an den Angestellten. Die vorindustriellen Traditionen und Reststrukturen, die den Umschlag der kapitalistisch-bürgerlichen Krise in den Nationalsozialismus ermöglichten, sind durch dessen Sieg, vor allem aber durch den zweiten Weltkrieg wesentlich geschwächt oder ganz beseitigt worden. Dies wird als eine der Bedingungen des Erfolgs des demokratisch-parlamentarischen Systems in der Bundesrepublik beschrieben.

Die Ergebnisse der Analyse werden abschließend in aktuelle Diskussionen eingeordnet. Erstens: Es erscheint als historisch unrichtig, Nationalsozialismus und Sozialismus als nah benachbart oder ähnlich zu sehen. Zweitens: Ohne die Rolle der Person Hitlers zu leugnen, ist es wissenschaftlich interessanter und politisch wichtiger, jene Strukturen und Prozesse aufzuweisen, die Hitlers Erfolge ermöglichten. Drittens: Die Untersuchung bedient sich sowohl des Begriffs „faschistisch“ wie des Begriffs „totalitär“, die oft überscharf gegeneinander ausgespielt worden sind, in Wirklichkeit aber miteinander zur Analyse des Nationalsozialismus verknüpft werden können. Ein sorgsam definierter Faschismusbegriff erweist sich als unverzichtbar für die sozialgeschichtliche Untersuchung des Nationalsozialismus. Er kann die deutschen Besonderheiten auf dem Hintergrund allgemeiner, auch in anderen Ländern auftretender Zusammenhänge in den Blick rücken und ermöglicht den sozialgeschichtlichen Vergleich besser als der Totalitarismusbegriff.

Arno Klönne: Legendäres über die Gründerzeit der Bundesrepublik — Bemerkungen anlässlich eines neuen politischen Bestsellers.

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/80, S. 16—23

Mit dem neuen Buch von Bernt Engelmann („Wie wir wurden, was wir sind“) wird eine auch in der wissenschaftlichen Literatur vorfindbare Lesart der gesellschaftspolitischen Entwicklung Westdeutschlands nach 1945 popularisiert, die sich auf den Begriff der „verhinderten Neuordnung“ bringen läßt. Unterstellt wird dabei, daß im öffentlichen Bewußtsein der ersten Nachkriegsjahre ein entschiedener Antikapitalismus bestimmend gewesen sei; gegen den Willen einer reformwilligen Bevölkerungsmehrheit sei dann jedoch in der Gründungsphase der Bundesrepublik eine Restauration der überkommenen ökonomisch-politischen Machtverhältnisse erfolgt. Für diese historische Weichenstellung seien Politiker wie Konrad Adenauer und Ludwig Erhard verantwortlich zu machen; unfreiwilligerweise habe aber auch das „inkonsequente“ und auf die Frontstellung gegen den Kommunismus fixierte Verhalten der SPD-Führung zu einer solchen Entwicklung beigetragen.

In dem Beitrag wird untersucht, ob diese Interpretation der westdeutschen Nachkriegsgeschichte der damaligen politischen und gesellschaftlichen Realität entspricht. Gab es zwischen 1945 und 1949 in den Westzonen Deutschlands hinreichende Ressourcen für eine umfassende Gesellschaftsreform? War der sich rekonsolidierende Kapitalismus „erzwungen“, wurden Chancen einer ökonomischen Alternative „verpaßt“? Wäre die oft zitierte „Einheit“ gesellschaftsreformerischer Kräfte herstellbar gewesen? Es wird darauf hingewiesen, daß in diesem Zusammenhang die Kritik der kommunistischen Politik nicht ausgeklammert werden darf. Als Resultat der Überprüfung von Interpretationsversuchen, wie etwa Engelmann sie anbietet, wird festgestellt, daß der Begriff der „Restauration“ die tatsächliche gesellschaftspolitische Entwicklung im Übergang zur Bundesrepublik nicht zutreffend zu charakterisieren vermag.

Axel Bust-Bartels: Der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953. Ursachen, Verlauf und gesellschaftspolitische Ziele

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/80, S. 24—54

Es gibt die unterschiedlichsten politischen Einschätzungen des Aufstandes vom 17. Juni 1953. Ein zentraler Grund dafür, die Vorgänge jener Tage entsprechend den eigenen politischen Vorstellungen interpretieren zu können, ist die bisher immer noch unzureichende wissenschaftliche Aufarbeitung der Ereignisse.

Ausgehend von einem Aufzeigen der Defizite in der bisherigen Erforschung und Analyse des Aufstandes sowie einer kurzen Charakterisierung der Entwicklung des gesamtgesellschaftlichen Klimas in der SBZ/DDR am Beispiel des Zerschlagens der Antifa-Ausschüsse, der Art und Weise des Aufbaues einer neuen Verwaltung sowie der Entwicklung innerhalb der SPD und KPD bzw. der SED wird vor allem auf die betrieblichen Herrschafts- und Machtverhältnisse nach 1945 eingegangen. In diesem Bereich sind die Ursachen des Aufstandes und die gesellschaftspolitischen Ziele der Arbeiter weitaus differenzierter und konkreter zu benennen, als es bisher geschehen ist.

Auch eine Analyse des Verlaufs der Ereignisse am 16. und 17. Juni 1953 und der proklamierten Ziele bestätigt: Bei einer Wiedervereinigung nach den Vorstellungen der aufständischen Arbeiter wäre ein Deutschland mit einer politischen und gesellschaftlichen Ordnung entstanden, die sich in erheblichem Maße von der heutigen (und damaligen) Gesellschaftsordnung sowohl in der DDR wie in der Bundesrepublik unterschieden hätte.